

2 Systemkonfrontation: die Programme in der Hochphase des Ost-West-Konflikts, 1961–1966

Der historischen Forschung zur deutschen Entwicklungspolitik gelten die 1960er Jahre als Hochphase der „deutschlandpolitische[n] Instrumentalisierung“¹. Nach dem Mauerbau 1961 hatte sich der systempolitische Gegensatz zwischen den beiden deutschen Staaten verschärft, was sich auch in der Entwicklungspolitik auswirkte. In den folgenden Jahren nutzten sowohl Bonn als auch Ost-Berlin ihre Entwicklungspolitik ganz gezielt, um ihre jeweiligen systempolitischen Interessen durchzusetzen. Sie versuchten, die Staaten des globalen Südens mithilfe von Entwicklungsprojekten und Kreditvergaben an sich zu binden beziehungsweise – im Falle der BRD – die Anerkennung der DDR zu verhindern, indem sie mit dem Entzug dieser Leistungen drohte.² Insbesondere die Politik gegenüber Ghana war von diesem geostrategischen Ringen der beiden deutschen Staaten geprägt.³ Die ghanaischen Entwicklungskonzepte wiederum erfuhren im gleichen Zeitraum ebenfalls eine Politisierung. Verschiedene Faktoren, wie interne Machtverschiebungen innerhalb der CPP-Regierung, die politischen Entwicklungen in der Kongo-Krise und das Ausbleiben westlicher Entwicklungsgelder, führten dazu, dass sich Nkrumah zunehmend an sozialistischen Wirtschaftsstrategien orientierte.⁴

Das folgende Kapitel zeigt, inwiefern sich diese systempolitischen Spannungen auf die Fortbildungsprogramme und die Bildungs Kooperation der drei Untersuchungsländer niederschlugen und wo die Grenzen dieses Einflusses lagen. Die CPP-Regierung nutzte die Auslandsschulungen gezielt, um die ideologische und wirtschaftspolitische Neuorientierung praktisch umzusetzen. Durch eine engere Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten wollte Accra zum einen das notwendige Wissen erhalten, um planwirtschaftliche Strukturen in Ghana zu etablieren und zum anderen das dafür notwendige politische Be-

1 Booz: „Hallsteinzeit“, S. 87.

2 Vgl. Bohnet: Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik, S. 39–42; Booz: „Hallsteinzeit“, S. 87 f; Eckert: Westdeutsche Entwicklungszusammenarbeit, S. 36 f; Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 182; Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 35; Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 276–278 & 291 f.

3 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, Kap. 4.2 insbesondere S. 187, 195, 214 & 218; Landricina: Nkrumah and the West, Chapter III insbesondere S. 269, 283, 320, 339; Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 292 f; Winrow: The Foreign Policy, S. 47 & 56.

4 Vgl. Gocking: The History of Ghana, S. 131–134; Grilli: Nkrumahism, S. 213 f & 219–221; Killick: Development Economics, S. 44–46 & 49; Landricina: Nkrumah and the West, S. 32–39; Nwabani: The United States, S. 146–160; Thompson: Ghana's Foreign Policy, S. 117 f.

wusstsein bei den Fachkräften schaffen. Für Ost-Berlin, dessen außenpolitische und außenwirtschaftliche Möglichkeiten begrenzt waren, stellten die Schulungen weiterhin ein wichtiges Instrument dar, um die Länder des globalen Südens als Verbündete zu gewinnen. Auf dieses Ziel richtete die SED-Regierung bereits die Konzeption der Programme aus. Die bundesdeutsche Programmkonzeption blieb in dieser Phase hingegen erstaunlich unbeeinflusst von politischen Zielsetzungen. Das stand allerdings in einem scharfen Kontrast zur bilateralen Fortbildungskooperation mit Ghana, die durchgängig von deutschlandpolitischen Erwägungen geprägt war.

Das Ende der hier behandelten zweiten Phase markieren zwei Entwicklungen der Jahre 1965/66. Für die BRD verdeutlichte unter anderem die Nahostkrise das Scheitern der Hallstein-Doktrin. Dies läutete den Beginn der deutsch-deutschen Entspannungspolitik ein und zog eine Neugestaltung der westdeutschen Entwicklungspolitik nach sich. Für Ghana bildet der Sturz Nkrumahs im Februar 1966 die entscheidende Zäsur, da die neue ghanaische Regierung einen gänzlich anderen wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Kurs einschlug und die Zusammenarbeit mit Ost-Berlin abrupt beendete.

2.1 Staatliche Konzeptionen in Zeiten der systempolitischen Instrumentalisierung

Das Jahr 1961 brachte in allen drei Untersuchungsländern entscheidende innen- und außenpolitische Veränderungen mit sich, die sich auch auf die Fortbildungsprogramme auswirkten. In der Bundesrepublik übernahm Walter Scheel in der schwarz-gelben Regierung unter Konrad Adenauer das neu gegründete Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in dessen Verantwortungsbereich die Praktikumsprogramme fortan fielen. Die ostdeutsche Regierung begann 1961, ihre entwicklungspolitische Strategie intensiv zu diskutieren. Und die ghanaische Regierung wandte sich im gleichen Jahr explizit den sozialistischen Staaten zu und richtete auch ihre Fortbildungskooperation darauf aus, diese Beziehungen zu stärken.

Einbettung in die westdeutsche Entwicklungspolitik

Die Programme unter der Federführung des BMZ

Im November 1961 gründete die neue schwarz-gelbe Bundesregierung das BMZ, um die entwicklungspolitischen Kompetenzen stärker zu bündeln und Konflikte zwischen den zuständigen Ressorts zu vermeiden, aber auch aus koalitionspoli-

tischen Erwägungen heraus.⁵ Das Ministeramt übernahm Walter Scheel (FDP), der zuvor den Ausschuss für Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) geleitet hatte.⁶ Das neue Ressort war aber weit davon entfernt, die westdeutsche Entwicklungspolitik in die eigene Hand nehmen zu können. Erst nach und nach erhielt das BMZ von den anderen Ministerien die notwendigen Kompetenzen.⁷ Alle wichtigen Entscheidungen fielen in den ersten Jahren „in einem komplizierten System interministerieller Ausschüsse.“⁸ Die formale Zuständigkeit für die „Technische Hilfe“ lag darüber hinaus bis zum Dezember 1964 beim AA, die Verantwortlichkeit für die „Kapitalhilfe“ gab das BMWi sogar erst im Dezember 1972 ab.⁹

Die „Regierungspraktikantenprogramme“ bildeten in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Sie standen schon früh unter der Federführung des neuen Ministeriums. Im Juni 1962 übertrug das BMA die Fortbildungsprogramme offiziell an das BMZ.¹⁰ Darüber hinaus leitete das BMZ alle entscheidenden Gremien, welche die Praktikumsprogramme koordinierten, so beispielsweise auch den ebenfalls neu eingerichteten „Bund-Länder-Ausschuss“ und den „Ausschuss für Entwicklungshilfe“ der Bundesregierung, der wegen seiner weitreichenden Entscheidungsbefugnisse auch als „Lenkungsausschuss“ bekannt war.¹¹ Damit zählten die Fortbildungen zu den wenigen Bereichen, die bereits in den ersten Jahren nach der Gründung des BMZ weitestgehend in dessen Zuständigkeitsbereich fielen, obgleich das Ministerium die Rahmenplanung nach wie vor mit dem AA abstimmen musste.¹² Das BMZ konnte die Schulungen also schon früh, stärker als andere Entwicklungsprojekte, nach eigenen Vorstellungen gestalten.

Im Jahr 1961 hatte die Bundesregierung, dem US-amerikanischen Druck nachgebend, ein besonders hohes entwicklungspolitisches Budget bewilligt. Das ermöglichte auch den Ausbau der Praktikumsprogramme: Die Zahl der Teilneh-

5 Vgl. Glagow/Stucke: Die Etablierung, S. 22–29; Hein: Die Westdeutschen, S. 45.

6 Vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 45.

7 Vgl. Glagow/Stucke: Die Etablierung, S. 3 & 30f; Lancaster: Foreign Aid S. 173, Lohmann: Von der Entwicklungspolitik zur Armenhilfe, S. 14.

8 Hein: Die Westdeutschen, S. 302.

9 Vgl. Glagow/Stucke: Die Etablierung, S. 48; Hein: Die Westdeutschen, S. 112f & 210; Lohmann: Von der Entwicklungspolitik, S. 75 & 128f.

10 Vgl. BAarch B 145/7406, Kätterblitz (BMA) an das BPA, Betr.: Fortbildung von Praktikanten aus Entwicklungsländern mit finanzieller Förderung der Bundesregierung, 13.7.1962.

11 Vgl. NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1503, Beschluss „Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe“, undatiert. Siehe auch: Glagow/Stucke: Die Etablierung, S. 30.

12 Vgl. PA AA B 96 464, AA: Runderlass des Auswärtiges Amt, Betr.: Bildungshilfe für Entwicklungsländer, 6.12.1968, S. 2 und S. 6.

mer:innen sprang auf 2.000 Personen; damit hatte sich der Umfang der Schulungen seit 1958 mehr als verdoppelt.¹³ Allerdings sank die Zahl der Teilnehmer:innen im Jahr darauf wieder deutlich. Im Sommer 1962 befanden sich nur noch 1.337 „Regierungspraktikanten“ in der Bundesrepublik.¹⁴ Danach baute das BMZ die Programme allerdings kontinuierlich aus. 1963 nahmen 2.300 Fachkräfte teil.¹⁵ Bis 1966 stieg der Umfang dann noch einmal auf über 2.800 Personen.¹⁶

Tabelle 9: „Regierungspraktikanten“ (Bund und Länder) in der BRD, 1961–1966.¹⁷

1961	1962	1963	1964	1965	1966
2.000	1.337	1.610	1.793	2.504	2.837

Gleichzeitig veränderte sich die regionale Schwerpunktsetzung. Während die Praktikant:innen in der ersten Phase überwiegend aus dem europäischen Ausland kamen, lag das Haupteinzugsgebiet ab 1962 in Afrika. 69 % der Teilnehmer:innen waren nun afrikanische Staatsbürger:innen, nur noch 15 % stammten aus Europa. Deutlich dahinter lagen Lateinamerika und Asien mit einem Anteil von 8,7 % beziehungsweise von 7,3 %.¹⁸ Die verstärkte Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten ging zum einen auf den nach wie vor großen Anteil der

13 Vgl. NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1503, Protokoll über die Sitzung der Unterkommission der Länderkommission für Entwicklungshilfe am 16.10.1961, 26.10.1961, S. 12. Vgl. zum Budget 1961: Glasgow/Stucke: Die Etablierung, S. 24 & 47; Schmidt: Pushed to the Front, S. 481f.

14 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 21, BMZ: Übersicht über die Praktikantenprogramme im Rahmen der Entwicklungshilfe und Programme der Bundesländer, soweit dem BMZ bekannt, Stand: 5.8.1962.

15 Vgl. BAArch B 145/7406, BMZ: Leistungen der Bundesrepublik im Rahmen der Technischen Hilfe für die Entwicklungsländer, 10.9.1963.

16 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 26, BMZ: Kurzprotokoll der 26. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 31.1.1967, S. 5. Vgl. für die Jahre 1964 und 1965: NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1504, Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft im Auftrag des BMZ: Entwicklungshilfeleistungen der Länder – Berichtsjahr 1966, 04/1967.

17 Vgl. NLA-HStAH, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1503, Protokoll über die Sitzung der Unterkommission der Länderkommission für Entwicklungshilfe am 16.10.1961, 26.10.1961, S. 12; NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 21, BMZ: Übersicht über die Praktikantenprogramme [...], Stand: 5.8.1962; BAArch B 145/7406, BMZ: Leistungen der Bundesrepublik im Rahmen der Technischen Hilfe für die Entwicklungsländer, 10.9.1963, S. 20; NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1504, Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft im Auftrag des BMZ: Entwicklungshilfeleistungen der Länder – Berichtsjahr 1966, 04/1967 [enthält Daten zu den Jahren 1964–1966].

18 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 21, BMZ: Übersicht über die Praktikantenprogramme [...], Stand: 5.8.1962. Diese Angaben beziehen sich auf alle Teilnehmer in der Förderung des Bundes oder der Länder.

ägyptischen Programme zurück – bei den Bundesprogrammen stellte Ägypten 28 % aller Teilnehmer:innen.¹⁹ Zum anderen hatte sich die Zahl der potenziellen afrikanischen Partner:innen durch die fortschreitende Dekolonisierung des Kontinents vervielfacht. Allein im Afrikanischen Jahr 1960 hatten dort 17 Staaten die Unabhängigkeit erlangt.²⁰ Parallel kamen zu den klassischen Schulungsschwerpunkten – den technischen Berufen, die immer noch etwa 60 % der Fortbildungen ausmachten, und den landwirtschaftlichen Berufen mit 20 % – nach und nach neue Ausbildungsbereiche hinzu, wie zum Beispiel in der Tourismusbranche. So begann die BRD auf Wunsch der Herkunftsländer, Praktika im Hotelgewerbe anzubieten. Auch die Schulungen in der Pflege und in medizinischen Berufen nahmen zu.²¹

Einbettung der Programme in die Entwicklungspolitik

Bonn gab in der zweiten Phase die *Laissez-faire*-Haltung der Anfangsjahre auf und orientierte sich mehr an den eigenen politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen als an den Wünschen der Partnerländer. Mit der Einführung konzeptioneller Richtlinien und der Erstellung von Rahmenplänen ging die westdeutsche Regierung dazu über, die Praktikumsprogramme stärker zu strukturieren und zu planen, dabei richtete sie die Schulungen zunehmend nach den eigenen Interessen aus. Diese stärkere bundesdeutsche Prägung war charakteristisch für die zweite Phase.

Wie auch schon das AA legte das BMZ einen entwicklungspolitischen Schwerpunkt auf Ausbildungsprojekte.²² Dazu zählten die Fortbildungsprogramme im Inland ebenso wie der Aufbau von Ausbildungseinrichtungen im Ausland. Walter Scheel begann nach der Übernahme der Praktikumsprogramme nun, diese stärker in die gesamte entwicklungspolitische Planung einzubetten, mit dem Ziel, eine in sich konsistente Entwicklungspolitik zu gestalten. So verknüpfte das BMZ Praktika im Inland mit Projekten der „Technischen Hilfe“ oder der „Kapitalhilfe“ im Ausland, indem es beispielsweise gezielt Mitarbeiter:innen für diese Projekte ausbildete.²³ Dieser Prozess der Einbettung vollzog sich etap-

¹⁹ Vgl. ebd. Unter den einzelnen Staaten lag an zweiter Stelle Griechenland mit 15 %, gefolgt von Togo (7,2 %), Ghana (6,6 %) und Nigeria (5,6 %). Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. Christoph Kalter: „Das Afrika-Jahr“ vor einem halben Jahrhundert, URL: <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/aufbruch-und-umbruch> [letzter Zugriff am 21.04.2017, 14:37 Uhr].

²¹ Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 21, BMZ: Übersicht über die Praktikantenprogramme [...], Stand 5.8.1962.

²² Vgl. Glasgow/Stucke: Die Etablierung, S. 58–60.

²³ Vgl. BAarch B 106/64445, Dr. Isey (DSE): Probleme der Ausbildung, Weiterbildung und Betreuung von Praktikanten aus Entwicklungsländern. 6. Arbeitstagung für betriebliche Füh-

penweise während der gesamten zweiten Phase und entstand im Zusammenspiel verschiedener staatlicher und wirtschaftlicher Akteur:innen. Maßgebend waren dabei die wirtschaftspolitischen Interessen. Scheel sah eine Hauptaufgabe der Entwicklungspolitik generell darin, den westdeutschen Außenhandel mit dem globalen Süden zu befördern und zu konsolidieren.²⁴ Dementsprechend bedeutete eine stärkere Einbettung der Schulungen in die Entwicklungszusammenarbeit, dass die Fortbildungsmaßnahmen ebenfalls nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gestaltet werden mussten.

Dass dies der Fall war, dafür sorgten vor allem die privaten Wirtschaftsverbände, die auch in der zweiten Phase die wichtigsten Impulsgeberinnen außerhalb des BMZ blieben. Der BDI und der DIHT waren im März 1961 übereingekommen, in Fragen der Entwicklungspolitik enger zusammenzuarbeiten, um so einen besseren Einfluss auf die westdeutsche Entwicklungspolitik ausüben zu können.²⁵ Über den Aussprachekreis des BDI versuchten die Spitzenverbände auch, die Praktikumsprogramme in ihrem Sinne zu lenken. In konzeptionellen Fragen orientierte sich das BMZ weitgehend am Rat des Aussprachekreises. Der große Einfluss der Wirtschaftsverbände auf die Schulungen zeigte sich beispielsweise bei der Gestaltung der ersten allgemeingültigen Programmrichtlinien im Jahr 1963. Die Richtlinien wurden zwar vom BMZ und den Bundesländern gemeinsam formuliert und diskutiert.²⁶ Die drei entscheidenden Neuerungen, die diese einführten – Verlagerung der Grundausbildung in die Herkunftsländer, eine stärkere Förderung von Spitzenkräften und eine engere Verknüpfung der Programme mit anderen Bereichen der Entwicklungspolitik –, gingen aber allesamt maßgeblich auf die bundesdeutschen Wirtschaftsverbände zurück.²⁷ Insbeson-

rungskräfte, Zusammenfassender Bericht, 19.10.1962, S. 2; 4. Deutscher Bundestag, Stenographische Protokolle, 49. Sitzung, 16.11.1962, S. 2183 B & 2203 A.

²⁴ Vgl. Bohnet: Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik, S. 41; Karsten Linne: Die Bruderschaft der „Entwickler“. Zur Etablierung der Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1956 bis 1974, Göttingen 2021, S. 533.

²⁵ Vgl. BAArch B 136/2925, Kuhn (DIHT)/Metzger (BDI): Ergebnisprotokoll über eine Besprechung zwischen dem BDI und DIHT über die Zusammenarbeit der Spitzenorganisationen in Fragen der Entwicklungspolitik am 20. 3. 1961, 27. 3. 1961, S.1.

²⁶ Vgl. u. a. BAArch B 106/64445, i. A. Dr. Haniel (BMZ) an das BMI, Betr.: Fortbildung von Angehörigen aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik, 10.5.1963; NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 22, Dr. Pusch (NMWV): 1. Vermerk, Betr.: 6. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe, 30.5.1963; NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 22, Sievert (NMWV): 1. Vermerk, Betr.: 7. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 12.7.1963.

²⁷ Vgl. BAArch B 136/2929, Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Richtlinien über die Durchführung von Aus- und Fortbildungsvorhaben für Angehörige der Entwicklungsländer, undatiert [08/1963]. Zum Einfluss der Wirtschaftsverbände vgl. BDI: Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1. April 1962–30. April 1963, Köln 1963, S. 74; BDI:

dere die Schulung von Spitzenkräften entsprach den westdeutschen Handelsstrategien. Anknüpfend an US-amerikanische Modernisierungstheorien hatte sich in westdeutschen Wirtschaftskreisen die Annahme etabliert, dass Führungskräfte aus dem globalen Süden die idealen Kooperationspartnerinnen darstellten, da diese sowohl die geeignete Geisteshaltung als auch eine vielversprechende gesellschaftliche Position besäßen: „Modernisierungswillige Führungskräfte und gut ausgebildete, rationalen Argumenten zugängliche und der Technik gegenüber aufgeschlossene Facharbeiter galten ihnen [den bundesdeutschen Unternehmern, J. O.] als Grundvoraussetzung für die Errichtung von Produktionsstätten in diesen Ländern.“²⁸ Das kam auch den ökonomischen Interessen der Bundesländer entgegen, die sich von den Fortbildungen in erster Linie eine „werbende Wirkung für die heimische Wirtschaft“²⁹ versprachen und somit in den Programmen ein Mittel der Exportförderung sahen. Auch nach 1963 setzten sich die Wirtschaftsverbände weiterhin dafür ein, noch stärker Elitenförderung zu betreiben.³⁰ Mit Erfolg: 1965 legte das BMZ sich schließlich darauf fest, höhere Führungskräfte zur Hauptzielgruppe der Programme zu machen.³¹

Neben den Spitzenkräften sollten auch zukünftige Ausbilder:innen – vor allem die sogenannten *Counterparts* – zur wesentlichen Zielgruppe der Fortbildungen werden.³² *Counterparts* waren einheimische Fachkräfte, welche die Leitung der Entwicklungsprojekte übernahmen, nachdem die westdeutschen Mitarbeiter:innen abgereist waren. Indem das BMZ – dem Rat der Wirtschaftsverbände folgend – die Programme auf eine spezialisiertere Förderung von Eliten und *Counterparts* ausrichtete, fügte das Ministerium die Schulungen gleichzeitig stärker in die übrigen entwicklungspolitischen Maßnahmen ein. Die Errichtung und der Betrieb von Ausbildungsstätten im globalen Süden stellten bereits seit 1956 Schwerpunkte der westdeutschen Entwicklungspolitik dar. Knapp 50 Ausbildungsstätten und Mustereinrichtungen hatte das AA zwischen 1956 und 1959

Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1. April 1963–30. April 1964, Köln 1964, S. 121; BDI: Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 1. April 1964–30. April 1965, Köln 1965, S. 129.

28 Dörre: Entwicklung durch Leistungsstreben, S. 335.

29 NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2000/139 Nr. 8, Abt. II/5d: Vermerk, Betr.: Ministerpräsidentenkonferenz 1966, 16.9.1966, S. 4.

30 Vgl. BDI: Jahresbericht 1964, S. 121; BDI: Jahresbericht 1965, S. 129.

31 Vgl. NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1504, o. A.: Niederschrift über das Ergebnis der Sitzung der Länderkommission für Entwicklungshilfe am 4.3.1965, S. 3; NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1504, Dr. Pusch: 1. Vermerk, Betr.: Sitzung der Länderkommission für Entwicklungshilfe am 4.3.1965, 10.3.1965, S. 2f.

32 Vgl. BArch B 136/2929, Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Richtlinien über die Durchführung [...], undatiert [08/1963], S. 1 & 5.

finanziert.³³ Damit waren zum einen schon notwendige Strukturen für die Grundausbildung in den Herkunftsländern geschaffen. Zum anderen würde deren geplante Verlagerung diesen Bereich der bundesdeutschen Entwicklungspolitik stärken und damit zur Profilbildung beitragen.³⁴ Die Praktikant:innen konnten ganz gezielt für die jeweiligen Entwicklungsprojekte geschult werden, denn es zeichnete sich ab, dass die ehemaligen Teilnehmer:innen nach ihrer Rückkehr oft keine angemessene Stelle im Herkunftsland fanden.³⁵ Gleichzeitig baute Bonn durch die *Counterpart*-Schulung frühzeitig Kontakte zu den zukünftig leitenden Personen vor Ort auf, die wiederum durch ihren Aufenthalt in der BRD mit deutschen Arbeitsprozessen und Prioritätensetzungen vertraut waren.

Das BMZ überarbeitete die Programmkonzeption in den 1960er Jahren laufend. Die Veränderungen verfolgten stets das Ziel, die Schulungen effektiver in die gesamte Entwicklungszusammenarbeit einzufügen oder offensichtlich gewordene organisatorische Schwierigkeiten auszuräumen. Eines dieser praktischen Probleme lag in der „Einzelförderung“ der sogenannten „freien Praktikanten“. Als frei wurden diese Praktikant:innen bezeichnet, da sie nicht als Teilnehmer:innen der regulären Praktikumsprogramme in die Bundesrepublik gekommen waren. Stattdessen reisten sie entweder aus eigener Initiative und ohne die Aussicht auf konkrete Förderungen oder aber aufgrund von Absprachen mit einzelnen Firmen, privaten Initiativen oder Stiftungen in die BRD. Dort finanzierten sie sich ihren Lebensunterhalt zunächst einmal selbst – sei es durch den Lohn ihres Ausbildungsbetriebes oder indem sie unterschiedliche Jobs annahmen – was zu Zeiten der Hochkonjunktur relativ einfach war. Obwohl sie nicht den klassischen Bewerbungs- und Auswahlprozess durchlaufen hatten, der den Fortbildungsprogrammen zugrunde lag, wurden die „freien Praktikanten“ dennoch immer wieder als Quereinsteiger:innen im Rahmen der Praktikumsprogramme gefördert. Insbesondere in finanziellen Notlagen wandten sie sich an die staatlichen Behörden und erhielten daraufhin oft Bundes- oder Landesstipendien. Schon zu Beginn unterstützten einige Bundesländer überwiegend „freie Praktikanten“³⁶. Bis Mitte

³³ Vgl. BDI: Jahresbericht 1960, S. 34. Siehe auch: Hein: Die Westdeutschen, S. 48.

³⁴ Umgesetzt wurde die Verlagerung der Grundausbildung allerdings nur partiell. Noch 1975 fanden 80 % der Aus- und Weiterbildungen in der Bundesrepublik statt, obwohl westdeutsche Expert:innen weiterhin dazu rieten, die Schulungen in den Herkunftsländern oder in Drittländern zu realisieren. Vgl. BMZ/DSE: Konzeption und Inhalte der Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer oder „Knet’ mir mal bis morgen früh rasch ’nen kleinen Bohrtechniker“, Sommer-Seminar 1980, Berlin 1980, S. 48 & 55.

³⁵ Vgl. BDI: Jahresbericht 1963, S. 74.

³⁶ Vgl. BArch B 213/6729, o. A.: Kurzprotokoll der 2. Sitzung des Länderausschusses am 7.8.1962, undatiert, S. 3–8.

der 1960er Jahre nahm diese Praxis noch zu. Das müsse ein Ende haben, so mahnten anfänglich vor allem die staatlichen Behörden wie die ZAV und die BAVAV sowie die Mittlerorganisationen wie die CDG, da es sich negativ auf die „Regierungspraktikantenprogramme“ auswirke und die Bearbeitung außerdem ausgesprochen aufwendig sei.³⁷

Diese Kritik griffen Bund und Länder auf. Sie beschlossen, Einzelförderungen „freier Praktikanten“ nur noch in absoluten Ausnahmefällen zu ermöglichen, die „freien“ Bewerber:innen wiederum zu Schulungsgruppen zusammenzufassen und die Kriterien für die Aufnahme zu vereinheitlichen.³⁸ Zur sozialen Absicherung „freier Praktikanten“ sollten die Programme hingegen nicht mehr dienen. Der Länderausschuss forderte, Ad-hoc-Entscheidungen zukünftig „zu vermeiden. Die sozialen Verhältnisse des Antragstellers zur Zeit der Bewerbung dürfen für die Aufnahme in die Förderung nicht ausschlaggebend sein.“³⁹ Auch hier trat stattdessen die entwicklungspolitische Effizienz in den Vordergrund. BMZ und CDG einigten sich darauf, die zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Mittel so wirksam wie möglich zu nutzen. Dies erfordere, so das BMZ „eine Konzentrierung der Mittel auf Fortbildungsvorhaben, die mit den Regierungen der Entwicklungsländer abgestimmt sind, den entwicklungspolitischen Planungen entsprechen und andere Massnahmen der Technischen Hilfe und Kapitalhilfe ergänzen.“⁴⁰

Neben dieser konzeptionellen Neugestaltung sollten sich zwischen 1961 und 1966 vor allem zwei externe Entwicklungen auf die Fortbildungsprogramme auswirken: Erstens wanderten immer mehr Student:innen und Praktikant:innen aus den osteuropäischen Staaten und der DDR in die BRD ab und zweitens gerieten etwa zeitgleich die Beziehungen zu den arabischen Staaten in eine Krise.

37 Vgl. BArch B 213/396, BMZ: Kurzprotokoll der 20. Sitzung des Länderausschusses am 7.7.1965, S. 10.

38 BArch B 213/396, BMZ: Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung mit der CDG, undatiert [ca. 1965], S. 2f; BArch B 213/396 BMZ: Anlage I, Vorschläge zur Arbeitsvereinfachung in der Zusammenarbeit mit der Carl Duisberg-Gesellschaft e.V., undatiert [1966], S. 3; BArch B 213/396, BMZ: Kurzprotokoll der 23. Sitzung des Länderausschusses am 26.4.1966, S. 3.

39 NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 25, BMZ: Kurzprotokoll der 23. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 26.4.1966, S. 3f. Siehe dazu auch: NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 25, Pusch, 1. Vermerk, Betr.: 23. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 26. April 1966 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 13.5.1966.

40 BArch B 213/396 BMZ: Anlage I, Vorschläge zur Arbeitsvereinfachung in der Zusammenarbeit mit der Carl Duisberg-Gesellschaft e.V., undatiert [1966], S. 2.

Die „Ostblockabwanderer“ – ausweisen oder fördern?

Im Laufe der 1960er Jahre reisten zunehmend afrikanische Student:innen und Praktikant:innen, die ihre Aufenthalte in den sozialistischen Staaten abgebrochen hatten, auf der Suche nach neuen Fördermöglichkeiten in die BRD ein. Die Einreise dieser sogenannten „Ostblockabwanderer“ stellte die konzeptionellen Grundlagen der Schulungen auf die Probe und brachte die westdeutschen Ministerien dazu, ihre Aufnahmekriterien zu verändern. Drängend wurde die Lage, nachdem es im Februar 1963 bei einer Demonstration in Sofia zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen afrikanischen Stipendiat:innen und der bulgarischen Polizei gekommen war. Der Vorfall erregte internationale Aufmerksamkeit und führte dazu, dass fast alle afrikanischen Student:innen Bulgarien verließen.⁴¹ Auf der Suche nach einem neuen Stipendium kamen viele von ihnen nach Westdeutschland. Bis zum September 1963 bewarben sich 300 Afrikaner:innen, die aus Bulgarien und anderen osteuropäischen Ländern ausgereist waren, beim Bundesstudentenring (BSR) um eine Aufnahme in die Studienförderung.

Für die Bundesregierung war der Umgang mit den „Ostblockabwanderern“ von hoher politischer Brisanz. Hier konnte der Westen *good will* schaffen, sowohl bei den Bewerber:innen als auch bei den afrikanischen Regierungen. Aber die Bundesministerien waren uneins, welches das richtige Vorgehen wäre: Sollte die BRD die ehemaligen Student:innen und Praktikant:innen fördern, um sich so neue Verbündete zu schaffen und damit gleichzeitig die eigene Überlegenheit gegenüber den sozialistischen Staaten zu demonstrieren? War es andererseits nicht problematisch, die Zugereisten aufzunehmen, da dies nur noch eine stärkere Abwanderung nach sich ziehen würde? Oder aber sollte Bonn die Afrikaner:innen gar zurück in den Osten schicken, damit sie dort in ihrer Unzufriedenheit gegen die sozialistische Politik agitierten? Solche und ähnliche Erwägungen prägten die Debatten um die Einreise der Ost-Stipendiat:innen.⁴² Hinzu kamen praktische

⁴¹ Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, G. E. K. Doe (Ghanaian Embassy, Bonn) to Enoch Okoh (Secretary of the Cabinet, President's Office), Betr.: Defective Students from the Soviet Union and Eastern European Countries, 13.3.1964. Siehe auch: Wibke Becker: Die USA und der Transformationsprozess in der „Dritten Welt“: Amerikanische Afrikapolitik am Beispiel von Ghana, 1950–1966, Dissertation an der Universität zu Köln, April 2004, S. 124 f & 212; Branch: Political Traffic, S. 824; Wolfgang Leonard: Afrikaner in Moskau, in: ZEIT Nr. 02/1964, URL: <http://www.zeit.de/1964/02/afrikaner-in-moskau/komplettansicht?print> [letzter Zugriff am 15.02.2018, 8:52 Uhr]; Slobodian: Bandung in Divided Germany, S. 654.

⁴² Vgl. für diese Positionen u. a. BArch B 213/438, Dr. Haniel (BMZ) an Staatssekretär, Vermerk, Betr.: Förderung von Flüchtlingsstudenten und -praktikanten aus Entwicklungsländern, 26.2.1963; BArch B 213/438, Regierungsinspektor (Senat für Wissenschaft und Kunst, Berlin): Protokoll über die Sitzung betreffend Maßnahmen zur Unterbringung und Betreuung der aus der sowjeti-

Probleme: Der Umfang der Anfragen war für die zuständigen Stellen schwer zu bewältigen, ein großer Teil der Bewerber:innen war nach westdeutschen Maßstäben nicht für ein Studium qualifiziert (da die osteuropäischen Studien- und Stipendienprogramme anders strukturiert waren und ihnen andere Aufnahmebedingungen zugrunde lagen) und die Nichtgeeigneten reisten oft nicht freiwillig wieder aus. So hatten die Ereignisse von Sofia auch in der BRD längere interne Debatten zur Folge, in denen die Bundesregierung versuchte, geostrategisches Kalkül, hochschulpolitische Interessen, finanzielle Kalkulationen und Fragen der Praktikabilität miteinander zu verbinden.

Ganz neu war der Umgang mit den „Ostblockabwanderern“ für Bonn nicht, schon mindestens seit 1962 waren afrikanische Student:innen und Praktikant:innen enttäuscht aus ihren sozialistischen Gastländern ausgereist. Die Gründe für ihre Unzufriedenheit waren zum einen der geringe materielle Komfort, mit dem sie vor Ort auskommen mussten – in den meisten sozialistischen Ländern überstiegen die Stipendien der Auslandsstudent:innen zwar das Einkommen der lokalen Bevölkerung, reichten aber dennoch nur knapp aus, um den Lebensunterhalt zu decken. Zum anderen hatten viele der Afrikaner:innen starke rassistische Diskriminierungen erfahren.⁴³ Die Ausreisenden kamen – oft über andere westeuropäische Staaten – in die BRD und versuchten, sich dort auf ein Stipendium zu bewerben.⁴⁴ Die USA beabsichtigten, die Enttäuschung der Abgewanderten für sich zu nutzen und baten Bonn bereits 1961 dringend darum, die Stipendiat:innen in der Bundesrepublik aufzunehmen. Sie boten sogar an, deren Lebensunterhalt zu finanzieren. Im Auftrag der Bundesregierung prüfte von da an das Sozialamt des BSR die Studienqualifikationen der Afrikaner:innen. Den geeigneten Bewerber:innen finanzierte das AA ein Studium in der BRD.⁴⁵ Nicht-

schen Besatzungszone und den Ostblockländern abgewanderten ausländischen Studenten, 8.10. 1963; BArch B 213/438, Schröder (Bundesaussenminister) an BMZ, ohne Betreff, 9.4.1964.

⁴³ Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, S. W. Kumah (Botschafter Ghanas, Belgrad) an Principal Secretary (Ministry of Foreign Affairs), Betr.: The Future of African Students in Eastern European Socialist Countries, Summary, 19.4.1963.

⁴⁴ Vgl. BArch B 213/438, Klaiber (Botschaft der BRD, Rom) an das AA, Betr.: Nicht-akademische Fortbildung von Personen aus Entwicklungsländern außerhalb der Regierungsprogramme, 27.11. 1962, S. 1.

⁴⁵ Vgl. BArch B 213/439, BMI: Niederschrift über die Besprechung im BMI am 21.12.1964, Betr.: Die Behandlung und Abschiebung von Ausbildungsbewerbern aus Entwicklungsländern, die aus den Ostblockstaaten und der SBZ in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind, undatiert [versandt am 25.1.1965].

qualifizierte Kandidat:innen wurden – teilweise auf Kosten der USA – in ihre Herkunftsländer ausgeflogen.⁴⁶

Als die Einreisen 1963 sprunghaft anstiegen, erwies sich dieses Vorgehen als nicht mehr praktikabel.⁴⁷ Eine zu große Zahl der „Ostblockabwanderer“ erfüllte die bundesdeutschen Studienvoraussetzungen nicht und kam somit nicht für ein Stipendium des AA infrage.⁴⁸ „Ein einfaches Abschieben“ sei aber ebenfalls nicht ratsam, so das BMZ, denn es würde „die Enttäuschung über den Ostblock großenteils auf den Westen lenken, ohne daß sicherheitsrechtliche Erwägungen eine solche Pauschalbehandlung rechtfertigen.“⁴⁹ Andererseits reisten die abgelehnten Bewerber:innen in der Regel nicht freiwillig in ihr Herkunftsland zurück, sondern versuchten auf eigene Faust, Förderungs- oder Arbeitsmöglichkeiten in der BRD zu finden.⁵⁰ Bei den westdeutschen Stellen wuchs die Sorge, dass die abgelehnten ehemaligen Ost-Stipendiat:innen „in die Asozialität [absinken]“⁵¹, sich zu einem „gefährliche[n] Unruheelement“⁵² entwickeln und so „eine Gefahr für die öffentliche Ordnung“⁵³ darstellen könnten. In dieser Situation stellten die Praktikumsprogramme des BMZ ein potenzielles Befriedungsinstrument dar.

46 Vgl. BArch B 213/438, Ref. ORR Jelden (BMZ): Vermerk, Betr.: Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern. (sic), 6.2.1964, S. 2.

47 Vgl. u. a. BArch B 213/438, Haniel (BMZ) an Staatssekretär (BMZ): Vermerk, Betr.: Förderung von Flüchtlingsstudenten und -praktikanten aus Entwicklungsländern, 26.2.1963, S. 2.

48 Vgl. BArch B 213/438, Regierungsinspektor (Senat für Wissenschaft und Kunst, Berlin): Protokoll über die Sitzung am Montag, dem 23.9.1963, betreffend Maßnahmen zur Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern abgewanderten ausländischen Studenten, 8.10.1963, S. 1.

49 BArch B 213/438, Haniel (BMZ) an Staatssekretär (BMZ): Vermerk, Betr.: Förderung von Flüchtlingsstudenten und -praktikanten aus Entwicklungsländern, 26.2.1963, S. 2.

50 Vgl. BArch B 213/438, AA: Vermerk, Betr.: Aus dem Ostblock in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin abgewanderte Praktikanten und Studenten aus den Entwicklungsländern, 24.2.1964, S. 3 f; BArch B 213/439, BMI: Niederschrift über die Besprechung im Bundesministerium des Innern am 21.12.1964 betr. Die Behandlung und Abschiebung von Ausbildungsbewerbern aus Entwicklungsländern, die aus den Ostblockstaaten und der SBZ in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind, undatiert, versendet am 25.1.1965, S. 2.

51 BArch B 213/438, Thiele (Sozialamt BSR, Aussenstelle Berlin): Erfahrungsbericht über die Betreuung und Weiterleitung der aus dem Ostblock in Berlin eintreffenden Studienbewerber aus Entwicklungsländern, Zeitraum: 1.10.1960 – 20.9.63, 23.9.1963, S. 4.

52 BArch B 213/438, AA: Vermerk, Betr.: Aus dem Ostblock in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin abgewanderte Praktikanten und Studenten aus den Entwicklungsländern, 24.2.1964, S. 4.

53 BArch B 213/439, BMI: Niederschrift über die Besprechung im BMI am 21.12.1964, Betr.: Die Behandlung und Abschiebung von Ausbildungsbewerbern aus Entwicklungsländern, die aus den Ostblockstaaten und der SBZ in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind, undatiert [versandt am 25.1.1965], S. 2.

Durch die Aufnahme in die Fortbildungen konnten die Bewerber:innen, die nicht für ein akademisches Studium qualifiziert waren, zum einen eine finanzielle Absicherung finden, zum anderen unterlagen sie durch die Einbindung in die Programmstrukturen staatlicher Kontrolle. Noch im Februar 1963 schlug BMZ-Mitarbeiter Joachim Haniel daher vor, den „Ostblockabwanderern“ „nach strenger menschlicher und fachlicher Prüfung eine Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland“⁵⁴ zu ermöglichen. Diesen Vorschlag übernahmen die Ministerien übergangsweise und eröffneten damit zumindest einem Teil der Stipendiat:innen aus dem Osten die Möglichkeit eines offiziellen und legalen Aufenthaltes in der BRD.

Diese Praxis bildete einen bemerkenswerten Kontrast zur sonstigen westdeutschen Einreisepolitik, die zeitgleich diskutiert wurde. Zwischen 1960 und 1965 entwarf die Bundesregierung das erste bundesdeutsche Ausländergesetz, das schließlich im Herbst 1965 in Kraft trat. Während das Gesetz für Bürger:innen westlicher Industriestaaten liberale Einwanderungsregelungen beinhaltete, versuchte die Bundesregierung gleichzeitig, die zunehmende Arbeitsmigration einzuschränken und Möglichkeiten zu deren Kontrolle und Regulierung zu schaffen. Insbesondere die Einreise aus dem globalen Süden wollte Bonn weitestgehend begrenzen.⁵⁵ Die Aufnahme der „Ostblockabwanderer“ stand dazu eindeutig im Widerspruch. Die Tatsache jedoch, dass die Student:innen und Praktikant:innen unmittelbar aus den RGW-Staaten kamen und diese enttäuscht verließen, führte dazu, dass die westdeutschen Ministerien in diesem Fall ihre Abschottungspolitik aufgaben. Hier überwog die Systemkonkurrenz den Wunsch nach Migrationsverhinderung.

Die Übergangslösung sah so aus, dass die Student:innen und Praktikant:innen aus dem Osten zunächst in eine Auffangstelle in Wickrath bei Mönchengladbach gebracht wurden, wo sie fachlich und – im Gegensatz zu den regulären Bewerber:innen – auch politisch überprüft wurden. Anschließend schlugen die zuständigen Stellen die „Ostblockabwanderer“ entweder für ein Studienstipendium des AA oder für ein Praktikumsstipendium des BMZ vor oder sie bereiteten deren Abschiebung vor.⁵⁶ Bis Ende des Jahres übernahm das BMZ allein

54 BAArch B 213/438, Haniel (BMZ) an Staatssekretär (BMZ): Vermerk, Betr.: Förderung von Flüchtlingsstudenten und -praktikanten aus Entwicklungsländern, 26.2.1963, S. 2, Hervorhebung i. O.

55 Vgl. Schönwälder: Einwanderung, S. 232–239, 245 & 257–271.

56 Vgl. BAArch B 213/438, Ref. ORR Jelden (BMZ): Vermerk: Betr.: Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern, 6.2.1964, S. 2; BAArch B 213/438, Platow (Senat für Wissenschaft und Kunst, Berlin): Protokoll über die Sitzung am Montag, dem 23.9.1963, Betr.: Maßnahmen zur Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Be-

aus Wickrath knapp 40 Ost-Stipendiat:innen in die „Regierungspraktikantenprogramme“.⁵⁷ Dabei hielten die westdeutschen Ministerien an zwei grundlegenden Prinzipien fest: Erstens sollten die Bewerber:innen, wenn irgendwie möglich, nur mit Zustimmung ihrer Heimatregierung in die westdeutsche Förderung aufgenommen werden, damit das in der Entwicklungszusammenarbeit gängige Antragsprinzip gewahrt bliebe.⁵⁸ Und zweitens – darauf bestand vor allem Scheels Ressort – sollte die Qualität der Praktikumsprogramme nicht unter den Aufnahmen leiden sowie deren entwicklungspolitischer Zweck gewahrt bleiben.⁵⁹ Analog dazu setzte sich das Außenministerium zusammen mit den Bundesländern dafür ein, dass die Förderung von ehemaligen Student:innen aus dem Ostblock nicht die Qualitätsstandards des westdeutschen Hochschulstudiums beeinträchtigte.⁶⁰

Diese Zwischenlösung stieß aber auf diverse praktische Probleme. Die Aufnahmekapazität des Lagers in Wickrath reichte nicht aus. 70 Plätze hatte die Unterkunft offiziell, im Februar 1964 war sie mit 95 Personen belegt, aber auch damit war nur ein Bruchteil der Einwanderer:innen versorgt.⁶¹ Diejenigen, die weder für ein Studium noch für ein Praktikum ausgewählt wurden, entglitten so der staatlichen Kontrolle.⁶² Darüber hinaus war die Finanzierung der Rückreisen

satzungszone und den Ostblockländern abgewanderten ausländischen Studenten, 8.10.1963, S. 1 f; BArch B 213/438, i. A. Jelden (BMZ) an AA, Betr.: Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern abgewanderten Studierenden aus Entwicklungsländern, 17.12.1963, S. 1.

57 Vgl. BArch B 213/438, Ref. ORR Jelden (BMZ) an Staatssekretär: Vermerk: Betr.: Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern, 6. 2. 1964, S. 3.

58 Vgl. BArch B 213/438, Haniel (BMZ) an Staatssekretär (BMZ): Vermerk, Betr.: Förderung von Flüchtlingsstudenten und -praktikanten aus Entwicklungsländern, 26. 2. 1963, S. 2; NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 22, Haniel (BMZ): Kurzprotokoll über die 9. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe vom 22.–24.10.1963, 9.12.1963, S. 2; BArch B 213/438, AA: Vermerk, Betr.: Aus dem Ostblock in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin abgewanderte Praktikanten und Studenten aus den Entwicklungsländern, 24. 2. 1964, S. 4.

59 Vgl. NLA-HStAH, Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 22, Haniel (BMZ): Kurzprotokoll über die 9. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe vom 22.–24.10.1963, 9.12.1963, S. 2.

60 Vgl. ebd., S. 2–4.

61 Vgl. BArch B 213/438, Ref. ORR Jelden (BMZ): Vermerk: Betr.: Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern, 6. 2. 1964, S. 3; BArch B 213/438, AA: Vermerk, Betr.: Aus dem Ostblock in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin abgewanderte Praktikanten und Studenten aus den Entwicklungsländern, 24. 2. 1964, S. 7.

62 Vgl. BArch B 213/438, Thiele (Sozialamt BSR, Aussenstelle Berlin): Erfahrungsbericht über die Betreuung und Weiterleitung der aus dem Ostblock in Berlin eintreffenden Studienbewerber aus Entwicklungsländern, Zeitraum: 1.10.1960–20.9.63, 23.9.1963, S. 2–4; BArch B 213/438, AA: Vermerk, Betr.: Aus dem Ostblock in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin abgewanderte Praktikanten und Studenten aus den Entwicklungsländern, 24. 2. 1964, S. 4.

ungeklärt – die Herkunftsländer lehnten die Kostenübernahme in der Regel ab.⁶³ Und das BMZ sorgte sich nun doch darum, dass durch die Aufnahme der „Ostblockabwanderer“ das entwicklungspolitische Profil der Praktikumsprogramme verloren ginge.⁶⁴ Vor allem aber rissen die Einreisen nicht ab. Das schürte bei den zuständigen Ministerien die Befürchtung, dass die Übernahme der Afrikaner:innen eine „unerwünschte Sogwirkung“⁶⁵ entfalten und immer mehr Teilnehmer:innen aus den sozialistischen Staaten anziehen würde.

Das BMZ drängte daher Ende 1963 und Anfang 1964 auf eine einheitliche Lösung des Problems. Unterstützung erhielt es dabei von West-Berlin, das als Hauptanlaufstelle am stärksten von der Einreise der Student:innen und Praktikant:innen betroffen war. Von den 300 Bewerber:innen im Jahr 1963 waren 225 zunächst nach West-Berlin gekommen.⁶⁶ Gemeinsam mit den Bundesländern forderte das BMZ das verantwortliche Außenministerium mehrfach auf, ein einheitliches Verfahren zu entwickeln und schlug selbst vor, eine zentrale Sammelstelle für die Bewerber:innen aus dem Osten einzurichten.⁶⁷ Als das AA diesem Drängen nicht nachkam, setzte das BMZ ab November 1963 aus Protest die Aufnahme der Einreisenden vorübergehend aus.⁶⁸

Kurz darauf verschärfte sich das Problem erneut. Anfang 1964 kam es in Moskau zu Konflikten zwischen den afrikanischen Stipendiat:innen und den lokalen Obrigkeiten. Nach wie vor war die materielle Lage der Afrikaner:innen

63 Vgl. BArch B 213/438, Ref. ORR Jelden (BMZ) an Staatssekretär: Vermerk: Betr.: Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern, 6. 2. 1964, S. 3.

64 Vgl. ebd., S. 4.

65 BArch B 213/438, Haniel (BMZ) an Staatssekretär: Vermerk, Betr.: Förderung von Flüchtlingsstudenten und -praktikanten aus Entwicklungsländern, 26. 2. 1963, S. 2. Siehe z. B. auch: BArch B 213/438, Platow (Senat für Wissenschaft und Kunst, Berlin): Protokoll über die Sitzung am 23. 9. 1963, Betr.: Maßnahmen zur Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern abgewanderten ausländischen Studenten, 8. 10. 1963, S. 1.

66 Vgl. BArch B 213/438, Thiele (Sozialamt BSR, Aussenstelle Berlin): Erfahrungsbericht über die Betreuung und Weiterleitung der aus dem Ostblock in Berlin eintreffenden Studienbewerber aus Entwicklungsländern, Zeitraum: 1. 10. 1960 – 20. 9. 63, 23. 9. 1963, S. 1f.

67 Vgl. BArch B 213/438, Platow (Senat für Wissenschaft und Kunst, Berlin): Protokoll über die Sitzung am 23. 9. 1963, Betr.: Maßnahmen zur Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern abgewanderten ausländischen Studenten, 8. 10. 1963, S. 2 & 8; BArch B 213/438, i. A. Jelden (BMZ) an AA, Betr.: Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern abgewanderten Studierenden aus Entwicklungsländern, 17. 12. 1963.

68 Vgl. BArch B 213/438, Ref. ORR Jelden (BMZ) an Staatssekretär: Vermerk, Betr.: Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern, 6. 2. 1964, S. 3f; NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 23, Koch (NMWV): Vermerk, Betr.: 11. Sitzung des Länderausschusses für Entwicklungshilfe am 5. 2. 1964, 20. 2. 1964, S. 12.

schwierig und sie erlebten teils gewaltsame rassistische Übergriffe. Als ein ghanaischer Medizinstudent unter ungeklärten Umständen zu Tode kam, brachte dies das Fass zum Überlaufen. Die afrikanischen Kommiliton:innen des Ghanaers zogen mehrere Tage lang demonstrierend durch Moskau, unter anderem zur ghanaischen Botschaft und auf den Roten Platz. Die Tatsache, dass Chruschtschow diesen Protest öffentlich kritisierte und ihm die Legitimation absprach, trug nicht dazu bei, die Lage zu deeskalieren.⁶⁹ Die angespannte Situation führte dazu, dass sich noch mehr Afrikaner:innen aus den sozialistischen Staaten auf den Weg in die BRD machten. Im Februar 1964 kündigte die westdeutsche Botschaft in Moskau allein 100 tanganjikanische Student:innen der Lumumba-Universität an, die sich auf dem Weg nach Westdeutschland befänden. In West-Berlin trafen darüber hinaus täglich ein bis zwei afrikanische Student:innen und Praktikant:innen ein.⁷⁰ Das AA, so kritisierte der zuständige BMZ-Oberregierungsrat Helmut Jelden, habe noch immer keine Grundsatzentscheidung getroffen, dränge aber das BMZ, weiter Praktikant:innen in die Förderung aufzunehmen.⁷¹ Sein Ressort, räumte Jelden ein, sei dazu durchaus bereit, aber nur „unter Wahrung grundsätzlicher Gesichtspunkte der Entwicklungspolitik [...] [und] wenn die erforderlichen Grundvoraussetzungen vom AA geschaffen würden“⁷². Das BMZ weigerte sich also, die Bewerber:innen allein aus außenpolitischen Gründen aufzunehmen.

Die erwartete Grundsatzentscheidung des Außenministeriums fiel dann im März 1964.⁷³ Sie stellte eine Kehrtwende zur bisherigen Haltung des AA dar. Außenminister Gerhard Schröder informierte die Ministerien und Bundesländer, dass die Bewerber:innen aus dem Osten zukünftig grundsätzlich in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken seien, Ausbildungswünsche sollten „äußerst re-

69 Vgl. Svetlana Boltovskaja: Bildungsmigranten aus dem subaharischen Afrika in Moskau und St. Petersburg. Selbstbilder und Fremdbilder, Herbolzheim 2014, S. 73; Leonard: Afrikaner in Moskau. Siehe auch: Mazov: A Distant Front, S. 232–238; Gerhard Wettig (Hg.): Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964. Band 4: Außenpolitik nach der Kuba-Krise (Dezember 1962 bis Oktober 1964), Berlin/Boston 2016, S. 235, v. a. FN 419.

70 Vgl. BArch B 213/438, Ref. ORR Jelden (BMZ) an Staatssekretär: Vermerk, Betr.: Unterbringung und Betreuung der aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostblockländern, 6. 2. 1964, S. 1 & 4.

71 Vgl. ebd., S. 4.

72 Ebd., S. 4 f. Siehe dazu auch: PA AA B 82 510 Scheel (BMZ) an Schröder (AA), ohne Betreff, 4. 3. 1964.

73 Vgl. PA AA B 82 510, Overbeck (AA) an Botschaft der BRD, Moskau, Fernschreiben, ohne Betreff, 13. 03. 1964.

striktiv⁷⁴ behandelt werden. Dieser Beschluss stand im Gegensatz zur bisher vertretenden Position, bei der das AA stets auf die Förderung der Bewerber:innen und eine loyale Zusammenarbeit mit deren Herkunftsländern gesetzt hatte.⁷⁵ Schröder begründete seine Entscheidung zum einen geostrategisch, zum anderen hochschulpolitisch. Er argumentierte, die Aufnahme der Student:innen und Praktikant:innen würde unerwünschte Effekte nach sich ziehen:

„[Die] sowjetischen Bemühungen werden durch die Anwesenheit unzufriedener Oppositionsgruppen empfindlich gestört. Gibt man ihnen Gelegenheit abzuwandern, so werden die Zurückbleibenden, dieses Gärungsfermentes beraubt, der politischen Indoktrinierung nur um so stärker ausgesetzt sein. Es liegt also nicht im Interesse westlicher Abwehr, den Sowjets die Lage auf diesem Gebiet dadurch zu erleichtern, daß man die Abwanderung der Enttäuschten begünstigt.“⁷⁶

Um die restriktivere Einreisepraxis zu begründen, präsentierte der Außenminister die „Ostblockabwanderer“ nun also als potenziell destabilisierendes Moment im sozialistischen System. Er argumentierte mit einer schlichten Kalter-Krieg-Logik. Auch bei einer Besprechung mit den anderen Bundesministerien berief der anwesende AA-Mitarbeiter sich auf dieses Argument. Er erläuterte den Teilnehmer:innen, das Auswärtige Amt „wolle mit seiner Grundsatzentscheidung erreichen, daß die unzufriedenen Ausbildungsbewerber im Ostblock unzufrieden seien. Es solle ihnen nicht geholfen werden, von dort abzuwandern; denn dies würde den Ostblock von den Unzufriedenen befreien. Es gelte, alle Enttäuschung auf den Ostblock zu lenken.“⁷⁷ Gleichzeitig betonte Schröder, die Qualität des westdeutschen Universitätsstudiums dürfe keinesfalls unter der Aufnahme von ungeeigneten Bewerber:innen leiden. Erst im Vorjahr waren die Zulassungsbedingungen für das Hochschulstudium verschärft worden, um den schlechten internationalen Ruf der westdeutschen Universitäten zu verbessern.⁷⁸ Darüber

74 BArch B 213/438, Schröder (Bundesaussenminister) an BMZ, ohne Betreff, 9.4.1964, S. 3. Siehe zur Grundsatzentscheidung auch: NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 23, Koch (NMWV): Vermerk über den Verlauf der Sitzung, Betr.: 13. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 26.5.1964, 3. Juni 1964, S. 6.

75 Vgl. u.a. BArch B 213/438, AA: Vermerk, Betr.: Aus dem Ostblock in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin abgewanderte Praktikanten und Studenten aus den Entwicklungsländern, 24.2.1964, S. 5.

76 BArch B 213/438, Schröder (Bundesaussenminister) an BMZ, ohne Betreff, 9.4.1964, S. 1.

77 BArch B 213/439, BMI: Niederschrift über die Besprechung im BMI am 21.12.1964, Betr.: Die Behandlung und Abschiebung von Ausbildungsbewerbern aus Entwicklungsländern, die aus den Ostblockstaaten und der SBZ in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind, undatiert [versandt am 25.1.1965], S. 5, Hervorhebung i. O.

78 Vgl. BArch B 213/438, Schröder an das BMZ, ohne Betreff, 9.4.1964, S. 2.

hinaus, so erläuterte das AA an anderer Stelle, seien sowohl die westdeutschen Hochschulen als auch die Fachausbildungsstätten bereits überfüllt, sodass eine Aufnahme der Abwandernden in der Regel nicht möglich sei.⁷⁹ Eine Sonderstellung kam jedoch den Student:innen und Praktikant:innen aus der DDR zu. Ihnen sollte ein relativ einfacher Zugang zum Studium in der BRD ermöglicht werden, was ganz im Gegensatz zum allgemeinen Aufnahmestopp stand.⁸⁰ Die direkte Konkurrenz zu Ost-Berlin überwog also offenbar die einwanderungsrechtlichen und hochschulpolitischen Bedenken.

Mit seiner Grundsatzentscheidung wälzte das Außenministerium das Problem faktisch an das BMI und die Ausländerbehörden ab.⁸¹ Nicht nur aus diesem Grund stieß die Entscheidung des AA beim BMI und den Bundesländern auf vehemente Kritik. Sie unterstellten, dass das Motiv für Schröders Meinungsumschwung weniger in den oben ausgeführten taktischen Überlegungen lag, sondern schlichtweg finanzielle Hintergründe habe. Erst kurz zuvor waren die Mittel des Kulturfonds des Auswärtigen Amtes, aus dem die Studienstipendien bis dahin finanziert worden waren, deutlich gekürzt worden.⁸² Insbesondere das Land Nordrhein-Westfalen monierte, dass durch die Kehrtwende des Außenministeriums der gleiche Personenkreis völlig anders behandelt werde als zuvor.⁸³ Nach mehreren gemeinsamen Besprechungen nahm das AA daher im Januar 1965 schließlich seine Entscheidung zurück. Stattdessen sollten wie bisher bei der Auswahl drei Gruppen differenziert werden: die potenziellen Hochschulstudent:innen, die möglichen Praktikant:innen, Ingenieur-, Fach- und Gewerbeschüler:innen und die gänzlich unqualifizierten Bewerber:innen. Nur die letzte Gruppe solle abgeschoben werden.⁸⁴ Damit hatte sich die Debatte seit Ende 1963 im Kreis gedreht. Ein systematisches, einheitliches Vorgehen für die Prüfung der Bewerber:innen existierte nach wie vor nicht. Dennoch hatte die vorläufige Ent-

79 Vgl. BArch B 213/439, Overbeck (AA) an das Sozialamt des BSR, Betr.: Ausbildungsbewerber aus nichteuropäischen Entwicklungsländern, die nach Abbruch ihres Studiums im Ostblock in das Bundesgebiet zugewandert sind [Abschrift], 6.11.1964.

80 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 23, Koch (NMWV): Vermerk über den Verlauf der Sitzung, Betr.: 13. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 26.5.1964, 3.6.1964, S. 6.

81 Vgl. BArch B 213/438, Schröder (Bundesausßenminister) an BMZ, ohne Betreff, 9.4.1964, S. 4.

82 Vgl. BArch B 213/439, BMI: Niederschrift über die Besprechung im BMI am 21.12.1964 [...], S. 3 & 5f.

83 Vgl. ebd., S. 10.

84 Vgl. BArch B 213/439, AA: Ergebnisprotokoll (Kurzfassung) über die Besprechung im AA am 22.1.1965, Betr.: Behandlung von Ausbildungsbewerbern aus Entwicklungsländern, die aus den Ostblockstaaten und der SBZ in die Bundesrepublik Deutschland zuwandern, undatiert [versandt am 20.4.65].

scheidung zur Folge, dass die Diskussionen um den Umgang mit den „Ostblockabwanderern“ ab 1965 erst einmal ruhten.

Zäsur Nahostkrise?

Die nächste größere entwicklungspolitische Herausforderung ergab sich etwa ein Jahr später aus anderen Gründen: Die Nahostkrise von 1964/65 mündete darin, dass Ägypten und neun weitere arabische Staaten die diplomatischen Beziehungen zur BRD abbrachen. Die Krise gilt als Zäsur für die deutschlandpolitischen und entwicklungspolitischen Strategien Bonns. Der Verlauf des Konflikts, so Booz, habe das Scheitern der Hallstein-Doktrin verdeutlicht und dazu geführt, dass sich die Bundesregierung in den nächsten Jahren schleichend von diesem außenpolitischen Grundsatz abwandte und im Systemkonflikt zunehmend auf Entspannungspolitik setzte.⁸⁵ Damit fand auch die „deutschlandpolitische Instrumentalisierung“⁸⁶ der Entwicklungspolitik nach und nach ihr Ende. Die westdeutsche Entwicklungspolitik erfuhr somit eine tiefgreifende Umgestaltung. Die Bundesregierung nutzte sie von da an weniger zur Durchsetzung deutschlandpolitischer Interessen, stattdessen setzte sie verstärkt auf multilaterale Kooperation und plante sogar eine entwicklungspolitische Kooperation mit den sozialistischen Staaten.⁸⁷ Schon während der Krise kündigte Walter Scheel einen grundlegenden entwicklungspolitischen Kurswechsel an. Er beabsichtigte, die Entwicklungszusammenarbeit von tagespolitischen Entscheidungen zu entkoppeln, aktiver zu planen und stärker auf die „Technische Hilfe“ ausrichten zu wollen.⁸⁸ Angesichts dieser Neugestaltung der Entwicklungspolitik, aber vor allem auch, weil mit der ägyptischen Regierung die wichtigste Kooperationspartnerin die Beziehungen zur BRD beendet hatte, stellt sich die Frage, inwiefern die Nahostkrise auch für die Praktikumsprogramme eine Zäsur bedeutete.

Die Nahostkrise begann, als Ende 1964 publik wurde, dass die Bundesregierung geheime Waffenlieferungen an Israel plante. Daraufhin empfing der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser den DDR-Staatschef Walter Ulbricht

85 Vgl. Booz: „Hallsteinzeit“, S. 88f, 95, 99 – 102 & 119f; Hein: Die Westdeutschen, S. 96f; Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 152f.

86 Booz: „Hallsteinzeit“, S. 87. Siehe auch: ebd., S. 95 – 102; Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 44; Hein: Die Westdeutschen, S. 96f, Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 152f; Schmidt: Pushed to the Front, S. 100 – 102.

87 Die „neuen Akzente in der Entwicklungspolitik“ führte Horst Dumke, inzwischen Ministerialdirektor im BMZ, beispielsweise auf der 28. Sitzung des Länderausschusses aus. Vgl. NLA-HStAH, Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 26, BMZ: Kurzprotokoll der 28. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 8.11.1967, S. 2 – 4. Siehe auch Booz: „Hallsteinzeit“, S. 119f.

88 Vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 116f.

feierlich in Kairo. Diese Reaktion brachte die Bundesregierung in eine diplomatische Zwickmühle. In anderen Fällen hatte sie auf eine solche Annäherung an die DDR mit weitreichenden Sanktionen reagiert. Im Falle von Ägypten war dies nicht so einfach. Zum einen war das Land ein ausgesprochen wichtiger Handelspartner der BRD. Zum anderen besaß Kairo eine enorme geostrategische Bedeutung, zumal Nasser in internationalen Fragen, die Israel betrafen, gemeinsam mit den anderen arabischen Staaten handelte. 1960 hatte die Arabische Liga angekündigt, ihre Beziehungen zu anderen Ländern stets von deren Verhalten gegenüber Israel abhängig zu machen, womit sie eine ähnliche Strategie nutzte, wie die Bundesregierung mit der Hallstein-Doktrin. Die Drohung Bonns stand damit der Drohung der arabischen Staaten gegenüber.⁸⁹ Die Bundesregierung riskierte nun, ihrerseits mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen „bestraft“ zu werden. Gleichzeitig stand sie unter dem Druck, gemäß der Hallstein-Politik auf den Empfang Ulbrichts mit Sanktionen zu reagieren. Mehrere Monate lang rang Bundeskanzler Ludwig Erhard um eine Entscheidung, bis er schließlich verfügte, die Beziehungen zu Ägypten seitens der BRD nicht abubrechen, aber auch keine „Wirtschaftshilfe“ mehr an Kairo zu leisten. Israel erhielt statt der geplanten Waffenlieferung zwar nur Unterstützung in Form von „Kapitalhilfe“, allerdings nahm Bonn im Mai 1965 diplomatische Beziehungen zu Tel Aviv auf. Daraufhin brachen zehn arabische Staaten ihre diplomatischen Verbindungen zur BRD ab.⁹⁰ Bei dem Versuch, die Hallstein-Doktrin durchzusetzen, hatte sich die Bundesregierung selbst ein Bein gestellt. Für sie war der Ausgang der Krise ein Desaster: Nicht nur waren die traditionell engen und guten Beziehungen zu den arabischen Staaten gestört, es hatte sich auch gezeigt, dass die Drohung mit der Hallstein-Doktrin im Zweifelsfall wirkungslos war.⁹¹

Nach dem Abbruch der bilateralen Beziehungen sagte zunächst einmal die ägyptische Regierung die Teilnahme an den für 1965 geplanten westdeutschen Praktikumsprogrammen kurzfristig ab – Bonn wäre hingegen bereit gewesen, die Zusammenarbeit fortzusetzen.⁹² Ab 1965 kamen nur noch vereinzelt ägyptische Praktikant:innen in die Bundesrepublik, meist im Rahmen der *Counterpart*-Aus-

⁸⁹ Vgl. Booz: „Hallsteinzeit“, S. 78.

⁹⁰ Zum Verlauf der Krise und der Entscheidung Erhards vgl.: Booz. „Hallsteinzeit“, S. 78–87; Hein: Die Westdeutsche, S. 95f; Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 119–148.

⁹¹ Vgl. Hein: Die Westdeutschen, S. 96.

⁹² Vgl. BAArch B 213/20764, Jelden (BMZ) an den Staatssekretär, Betr.: Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern in der BRD, 13.12.1965; BAArch B 213/20764, Habenicht (BMZ) an Referat I A 5 (BMZ), Betr.: Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland, 9.7.1969.

bildung.⁹³ Damit hatte die BRD ihre wichtigste Kooperationspartnerin verloren. Dennoch waren die Folgen der Nahostkrise für die Fortbildungsprogramme erstaunlich begrenzt. Ägypten wurde problemlos durch andere Staaten ersetzt, was sich nicht zuletzt an der weiterhin steigenden Zahl der „Regierungspraktikanten“ zeigte (siehe Tabelle 17).⁹⁴

Auch auf die Konzeption der Praktikumsprogramme wirkte sich die außenpolitische Krise erstaunlich wenig aus. Denn obwohl die Schulungen weiterhin „Freunde“ für die Bundesrepublik werben sollten, obwohl BMZ-Oberregierungsrat Helmut Jelden im Länderausschuss betonte, dass die Fortbildungen „politische[] Hintergründe“⁹⁵ besäßen, und obwohl der Umgang mit den „Ostblockabwanderern“ deutlich systempolitischen Interessen folgte, war die westdeutsche Programmkonzeption selbst politisch relativ neutral gehalten. Das ging auch auf Scheels Einfluss zurück. Zwar plädierte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ebenfalls dafür, bei der Vergabe von Entwicklungsgeldern politische Verbündete zu bevorzugen. Im Gegensatz zum Auswärtigen Amt, das die Entwicklungszusammenarbeit gezielt nutzte, „um kurzfristige deutschlandpolitische Krisensituationen zu beheben“⁹⁶, trat er aber dafür ein, diese weniger an den deutschlandpolitischen Interessen auszurichten, sondern bei der Vergabe stärker entwicklungspolitische Kriterien zu berücksichtigen.⁹⁷ Da die Fortbildungsprogramme – anders als andere Bereiche der Entwicklungspolitik – schon relativ früh in den Entscheidungsbereich des BMZ fielen, konnte Scheel diese eher nach seinen Vorstellungen ausrichten.⁹⁸ Hinzu kam, dass die Schulungen wegen ihrer vergleichsweise geringen ökonomischen Relevanz im Gegensatz zur „Kapitalhilfe“ oder den großen entwicklungspolitischen Industrie- und Infrastrukturprojekten weniger geeignet waren, um politischen Druck auf die Partnerländer auszuüben und diese im Systemkonflikt an die BRD zu binden.

93 Vgl. BAArch B 213/20764, Habenicht (BMZ) an Referat I A 5 (BMZ), Betr.: Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland, 9.7.1969, S. 1 sowie Anlagen.

94 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 26, BMZ: Kurzprotokoll der 26. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 31.1.1967, S. 5.

95 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 23, BMZ: Kurzprotokoll über die 11. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 5.2.1964, undatiert, S. 2.

96 Booz: „Hallsteinzeit“, S. 120.

97 Vgl. Linne: Die Bruderschaft der „Entwickler“, S. 103 & 534–536.

98 Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt auch Karsten Linne. Vgl. Linne: Bruderschaft der „Entwickler“, S. 533.

Politisierung der Betreuung

Obwohl also entwicklungs- und wirtschaftspolitische Überlegungen das Primat über die Fortbildungskonzeption behielten, ging die Verschärfung des Ost-West-Konflikts nicht vollkommen spurlos an der Ausrichtung der Programme vorüber. Die Konkurrenz zur DDR trat nicht nur bei Fragen der „Ostblockabwanderung“ zutage. Als der Länderausschuss und die CDG 1965/66 erstmalig einheitliche Grundsätze für die Betreuung der Fachkräfte entwarfen, zeigte sich auch hier eine gewisse Politisierung der zuvor sehr allgemein gehaltenen Betreuung. Anlass zur Formulierung der Grundsätze war allerdings keineswegs das Ziel, die Betreuung politischer auszurichten. Stattdessen ging es um finanzielle Fragen: Um eine bessere Entscheidungsgrundlage über die Finanzierung der CDG zu erhalten, sollten die Betreuungstätigkeiten genauer benannt werden.⁹⁹ Dazu zählte fortan auch Werbung für das politische System der BRD. So sollten den ausländischen Fachkräften „die Zusammenhänge zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat aufgezeigt und Verständnis für die freiheitlich demokratische Grundordnung sowie die nationalen Belange des deutschen Volkes geweckt werden.“¹⁰⁰ Dies könne bei Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen geschehen, bei Exkursionen oder aber durch die „Unterrichtung über speziell politische Fragen wie das Ost-West-Problem, die deutsche Teilung, die europäische Integration und Probleme der Entwicklungspolitik“¹⁰¹. Die Tatsache, dass diese Angebote gänzlich freiwillig waren und dass die Politisierung letztlich als Nebeneffekt einer Finanzfrage entstand, deutet darauf hin, dass die Länder keine systematische Politisierung der Programme beabsichtigten. Dennoch schlug sich hier die Omnipräsenz des Ost-West-Konflikts konzeptionell nieder. Die westdeutschen Stellen verstärkten also die Maßnahmen, um die Teilnehmer:innen politisch an die BRD zu binden, wenngleich auf freiwilliger Basis. In der Praxis waren einige Verantwortliche bereits in den Jahren zuvor dazu übergegangen, Ausflüge nach Berlin und insbesondere zur Berliner Mauer zu unternehmen, um den Praktikant:innen vor Augen zu führen, „daß den Deutschen das vorenthalten wird, was ihnen selbst vor geraumer Zeit endlich gewährt wurde, das Selbstbestimmungsrecht.“¹⁰² Trotz dieser verstärkten Bemühungen darum, die Stipendiat:innen an die BRD re-

⁹⁹ Vgl. BArch B 213/396, Sauer (Senator für Wirtschaft Berlin) an BMZ u. a., Betr.: Protokoll der 20. Sitzung des Länderausschusses, 1.11.1965.

¹⁰⁰ BArch B 213/396, BMZ: Grundsätze über die Betreuung von Angehörigen der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik Deutschland, Anlage zum Protokoll des Länderausschusses vom 9. und 10.11.1966, S. 2f.

¹⁰¹ Ebd., S. 3.

¹⁰² NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Pusch (NMWV): Vermerk, Betr.: Landespraktikantenprogramm 1 (Tansania/Malawi); hier: Verabschiedung der 8 Wasserwirtschaftler, 27.1.1965.

spektive den Westen zu binden, blieben die Maßnahmen unsystematisch. Eine konsistente „politische Arbeit“ mit den Teilnehmer:innen, wie sie etwa Bestandteil diverser US-amerikanischer Programme war, führte die Bundesregierung nicht ein.¹⁰³

Deutschlandpolitische Prägung der DDR-Programme

Ausbau der Programme

Auch bei den ostdeutschen Programmen begann die zweite Phase mit einer Verlagerung der Kompetenzen. Das Ministerium für Volksbildung realisierte fortan die Einreise und die Sprachausbildung, verteilte die Fachkräfte auf die Betriebe und kontrollierte deren Ausbildungsfortgang, ihre Unterbringung sowie Betreuung.¹⁰⁴ Einen prägenden inhaltlichen Einfluss entfaltete es aber nicht. Die wichtigen programmatischen Entscheidungen fielen weiterhin in den zentralen Parteigremien wie dem ZK der SED und dort insbesondere im Politbüro sowie in der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen.¹⁰⁵ Darüber hinaus behielten andere Ministerien und zentrale Staatsorgane weitreichenden Einfluss auf die Schulungen. Für deren Planung und Organisation war beispielsweise weiterhin die SPK zuständig sowie in einigen Fällen auch das MAI.¹⁰⁶ Vorgänge mit außenpolitischer Relevanz bearbeitete in der Regel das MfAA.

Dennoch war der Beschluss, die Kompetenzen zu verschieben, bedeutsam, denn er ging mit der Entscheidung einher, die Programme weiter auszubauen.¹⁰⁷ Die Aus- und Weiterbildungen wurden in den nächsten Jahren zu einem „Hauptschwerpunkt“¹⁰⁸ der ostdeutschen Entwicklungszusammenarbeit. Mit ei-

103 Vgl. Nwaubani: *The United States*, S. 94–97; Bell: *Developing a „Sense of Community“*, S. 138.

104 Vgl. BArch DE 1/21382, SPK IÖB: *Konzeption für die Ausbildung nationaler Kader der ökonomisch unterentwickelten Nationalstaaten durch die DDR [Entwurf]*, 18.8.1960, S. 3. Der genannte Entwurf gibt an dieser Stelle die faktische Aufgabenteilung wieder. Es handelt sich also nicht bloß um geplante Zuständigkeiten.

105 Vgl. zu den außenpolitischen Entscheidungsstrukturen der DDR: Muth: *Die DDR-Außenpolitik*, S. 54 f & 61.

106 Vgl. BArch DC 20-I-4/363, Präsidium des Ministerrates: *Beschluss über Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Aus- oder Weiterbildung [...]*, 11.2.1960, S. 2. Siehe auch: BArch DE 1/1961, Opitz (SPK) an Schomburg (SPK), ohne Betreff, 26.10.1959.

107 Vgl. BArch DC 20-I-4/363, Präsidium des Ministerrates: *Beschluss über Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Aus- oder Weiterbildung [...]*, 11.2.1960, S. 1.

108 BArch DE 1/1961, Opitz (Stellvertretender Vorsitzender & Leiter der Abteilung IÖB, SPK) an Pasold (Leiter der Abteilung Schwermaschinenbau, SPK), ohne Betreff, 14.6.1961. Siehe auch

nem eigenen beim MfV angesiedelten Fonds schuf das Präsidium des Ministerrates den finanziellen Rahmen für die Programme.¹⁰⁹ Damit war die materielle Grundlage gelegt, um die Fortbildungen quantitativ auszuweiten. Schon 1960 hatte das MfAA geplant, zusätzlich zu den bereits anwesenden 143 Praktikant:innen noch 400 weitere Fachkräfte aufzunehmen, konnte dieses Vorhaben aber wegen der langen Vorbereitungszeiten noch nicht umsetzen.¹¹⁰ In den Jahren 1962 und 1963 förderte Ost-Berlin dann jeweils knapp 500 Personen.¹¹¹ Die SED-Regierung hatte die Zahl der Betriebspraktikant:innen also innerhalb von zwei Jahren um mehr als das 150% Prozent angehoben – damit lag die prozentuale Steigerung höher als in der BRD, wenn auch die westdeutschen Programme die ostdeutschen Schulungen in absoluten Zahlen übertrafen.¹¹²

Tabelle 10: Internationale Praktikant:innen in der DDR, 1961–1966.¹¹³

1961	1962	1963	1964	1965	1966
185	497	496	k. A.	k. A.	k. A.

schon: BArch DE 1/21382, SPK, Abteilung IÖB: Konzeption für die Ausbildung nationaler Kader [...] [Entwurf], 18.8.1960, S. 1.

109 Vgl. BArch, DC 20-I-4/363, Präsidium des Ministerrates: Beschluß über Maßnahmen zur Verbesserung [...] 11.2.1960, S. 1.

110 Vgl. BArch DC 20-I-4 364, König (MfAA) an Plenikowski (Büro des Präsidiums des Ministerrates), Betr.: Beschlußvorlage, 29.12.1959.

111 Vgl. BArch, DE 1/21382, o. A.: Übersicht – Ausbildung ausländischer Bürger, Stand: 5.1.1962; PA AA MfAA A 16837, Kulturabteilung MfAA: Stand der Ausbildung von Praktikanten (Facharbeitern) in Betrieben und Institutionen der DDR per 31.12.1963, in: Dies.: Maßnahmenplan zur Realisierung der wichtigsten vereinbarten Maßnahmen der Kulturarbeitspläne im Bereich Südostasien, 12.3.1964, S. 2. Das letzte Dokument führt trotz des anderslautenden Titels nicht nur die Ausbildungen für Fachkräfte aus Südostasien, sondern alle Teilnehmer:innen aus Asien, Afrika und Südamerika auf. Für die Jahre 1964 und 1965 liegen keine verlässlichen Gesamtstatistiken vor.

112 Ganz ähnlich beschreibt Quinn Slobodian die quantitative Entwicklung der afrikanischen und asiatischen Student:innen in beiden deutschen Staaten zwischen 1956 und 1959. Während die absoluten Teilnahmehzahlen der BRD die ostdeutschen deutlich übertrafen, stiegen die ostdeutschen Zahlen prozentual deutlich stärker an. Vgl. Slobodian: Bandung in Divided Germany, S. 647.

113 Vgl. BArch DE 1/21382, SPK, Abteilung IÖB: Überblick über die Aus- und Weiterbildung von Bürgern nationaldemokratischer Staaten in Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik, 29.9.1961, S. 1; BArch DE 1/21382, o. A.: Übersicht – Ausbildung ausländischer Bürger, Stand: 5.1.1962; PA AA MfAA A 16837, MfAA, Kulturabteilung: Stand der Ausbildung von Praktikanten (Facharbeitern) in Betrieben und Institutionen der DDR per 31.12.1963.

Außerdem war die DDR dazu übergegangen, mit immer mehr Staaten zu kooperieren. 1963 nahm Ost-Berlin bereits Praktikant:innen aus 46 verschiedenen Ländern auf. Die meisten davon kamen aus afrikanischen Staaten.¹¹⁴ Diese breite Streuung ist durchaus bemerkenswert, da die DDR-Regierung sich ansonsten außen- und entwicklungspolitisch vorrangig auf Schwerpunktländer konzentrierte. Dass sie bei den Fortbildungsprogrammen im Gegensatz dazu eine Art „Gießkannenpolitik“ verfolgte, hing mit drei Faktoren zusammen: erstens mit den relativ niedrigen Kosten der Schulungen, zweitens mit der Tatsache, dass sich die westdeutsche Drohung mit der Hallstein-Doktrin kaum auf den Bereich der Bildungszusammenarbeit erstreckte, und drittens damit, dass Ost-Berlin daher versuchte, die Weiterbildungen besonders stark in den Dienst seiner deutschlandpolitischen Interessen zu stellen.

Deutschlandpolitischer Fokus

Als sich der Systemkonflikt und die Konkurrenz zur BRD Anfang der 1960er Jahre verschärften, erklärte das Politbüro die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den wichtigsten afrikanischen Staaten zum ersten Ziel der ostdeutschen Afrikapolitik. Die SED-Führung setzte große politische Hoffnungen auf den afrikanischen Kontinent. Da dort immer mehr Staaten die Unabhängigkeit erreichten und einige von ihnen mit sozialistischen Ideen sympathisierten, ging Ost-Berlin davon aus, in Afrika besonders gute Voraussetzungen für die diplomatische Anerkennung der DDR vorzufinden.¹¹⁵ Die Überwindung der Hallstein-Doktrin wurde „zur zentralen [afrikapolitischen] Aufgabe“¹¹⁶, der sich alle anderen Vorhaben unterordneten.

Dieser deutschlandpolitische Fokus wirkte sich auch auf die Weiterbildungsprogramme aus. Sie waren wie andere entwicklungs- und kulturpolitische Maßnahmen vorrangig auf politische „Wirksamkeit“¹¹⁷ ausgerichtet, womit letzt-

114 Vgl. PA AA MfAA A 16837, Kulturabteilung MfAA: Stand der Ausbildung von Praktikanten (Facharbeitern) in Betrieben und Institutionen der DDR per 31.12.1963, in: Dies.: Maßnahmenplan zur Realisierung der wichtigsten vereinbarten Maßnahmen der Kulturarbeitspläne im Bereich Südostasien, 12.3.1964, S. 2. Im Jahr 1963 kamen von 496 Teilnehmer:innen insgesamt 325 aus afrikanischen Staaten. Vgl. ebd.

115 Vgl. Engel/Schleicher, S. 94; Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 291.

116 Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 98. Siehe zur deutschlandpolitischen Prägung der ostdeutschen Afrika- und Entwicklungspolitik auch: Brunner: DDR „transnational“, S. 65; Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 35; Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 168; Winrow: The Foreign Policy, S. 11.

117 PA AA MfAA A 16837, MfAA: Direktive und Beschluß über die Entwicklung der kulturellen Beziehungen mit den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern, undatiert [1961], S. 1.

lich der Aufbau bilateraler – nach Möglichkeit diplomatischer – Beziehungen gemeint war. Denn im Unterschied zur BRD, die es sich gewissermaßen leisten konnte, die Schulungen hauptsächlich nach entwicklungspolitischen Kriterien auszurichten, blieben der DDR kaum andere Mittel, um ihre deutschlandpolitischen Interessen durchzusetzen. Von der Hallstein-Doktrin gehindert war es Ost-Berlin nicht möglich, reguläre Beziehungen zu den afrikanischen Regierungen zu pflegen. Keiner der Staaten, die 1960 die Unabhängigkeit erlangten, erkannte die DDR offiziell an. Dafür wog die westdeutsche Drohung, Entwicklungsgelder wieder zu streichen oder zukünftige Unterstützungen zu verweigern, zu schwer.¹¹⁸ Gleichzeitig war Ost-Berlin ökonomisch nicht in der Lage, die afrikanischen Länder durch intensiven Handel und kostenintensive Entwicklungsprojekte an sich zu binden.¹¹⁹

So musste die SED-Regierung auf die Kulturbeziehungen und die sogenannte „wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit“ – dem Gegenstück zur westdeutschen „Technischen Hilfe“ – ausweichen, um ihre Außenbeziehungen aufzubauen und zu stärken.¹²⁰ Den kulturpolitischen Maßnahmen, unter die auch die Ausbildung von Student:innen und Facharbeiter:innen fiel, käme hierbei „infolge der begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaftsbeziehungen eine besondere Rolle“¹²¹ zu, betonte das MfAA 1963. Die kulturellen Mittel seien wichtige propagandistische Instrumente, um politische Beziehungen vorzubereiten und zu vertiefen, und dienten so der „Bekämpfung Bonns“¹²². Insbesondere die Ausbildung von Student:innen und Facharbeiter:innen sei eine „sehr wir-

118 Vgl. Gray: *Germany's Cold War*, S. 87; Spanger/Brock: *Die beiden deutschen Staaten*, S. 164.

119 Vgl. Spanger/Brock: *Die beiden deutschen Staaten*, S. 204; Winrow: *The Foreign Policy*, S. 42f.

120 Vgl. PA AA MfAA A 16837, Kulturabteilung (MfAA): Konzeption für die Verstärkung der kulturellen Beziehungen mit den afrikanischen Hauptländern [Entwurf], 3.7.1963, S. 1f. Siehe auch: Engel/Schleicher: *Die beiden deutschen Staaten*, S. 106 & 391; Winrow: *The Foreign Policy*, S. 47–50. James Marks, Eric Burton und Steffi Marung konstatieren eine ähnliche Schwerpunktsetzung der Sowjetunion in den 1950er Jahren, vgl. Eric Burton/James Mark/Steffi Marung: *Development*, in: James Mark/Paul Betts u. a.: *Socialism Goes Global. The Soviet Union and Eastern Europe in the Age of Decolonization*, Oxford 2022, S. 75–114, hier: S. 89.

121 PA AA MfAA A 16837, Kulturabteilung (MfAA): Konzeption für die Verstärkung der kulturellen Beziehungen mit den afrikanischen Hauptländern [Entwurf], 3.7.1963, S. 1.

122 PA AA MfAA A 16837, handschriftliche Anmerkung, in: Marter (MfAA): *Vertrauliche Dienst-sache Nr. 353/62: Zur Problematik der kulturellen Beziehungen mit den Nationalstaaten*, 17.12.1962, S. 1. Die Ausbildung von Facharbeiter:innen wird in diesem Dokument noch nicht explizit genannt, in späteren Überarbeitungen des Schreibens hingegen schon. Vgl. PA AA MfAA A 16837, *Beschluß-Entwurf zur Direktive über die Entwicklung der kulturellen Beziehungen mit den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern*, undatiert [1962], S. 1.

kungsvolle¹²³ Methode. Wie auch schon in den Jahren zuvor spielten offizielle Verträge dabei eine wichtige Rolle. Sie konnten unterhalb der hallsteinschen Sanktionsgrenze abgeschlossen werden, waren aber dennoch ein Beleg für die internationale Präsenz der DDR.¹²⁴

Die Betriebspraktika boten somit eine vielversprechende Möglichkeit, um die auswärtigen Beziehungen der DDR auszubauen, zumal das Interesse der Entsendestaaten daran zunahm.¹²⁵ Darüber hinaus waren die Fortbildungen verhältnismäßig kostengünstig – und vor allem devisenschonend – realisierbar, was eben auch die breite Kooperation mit vielen verschiedenen Staaten ermöglichte.¹²⁶ Angesichts der diplomatischen und ökonomischen Einschränkungen setzte Ost-Berlin ganz darauf, Kulturarbeit, Bildungs Kooperation und „Internationale Solidarität“ für die Durchsetzung der deutschlandpolitischen Ziele zu nutzen.

Neue Akteur:innen

In Anbetracht der westdeutschen diplomatischen Blockade wickelte die DDR außerdem darauf aus, außenpolitische Beziehungen nicht nur über die offiziellen staatlichen Institutionen aufzubauen, sondern vor allem über Parteibeziehungen sowie über die sogenannten gesellschaftlichen Organisationen, wie beispielsweise Gewerkschaften und Jugendverbände.¹²⁷ Die Massenorganisationen waren bereits seit den späten 1950er Jahren in die Praktikumsprogramme eingebunden und realisierten eigene Schulungen.¹²⁸ In ihrer Arbeit unterstanden sie generell den Weisungen des zentralen Parteiapparates, insbesondere der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK, sodass ihre Aktivitäten einen Teil der Regie-

123 PA AA MfAA A 16837, Marter (MfAA): Vertrauliche Dienstsache Nr. 353/62: Zur Problematik der kulturellen Beziehungen mit den Nationalstaaten, 17.12.1962, S. 1.

124 Vgl. PA AA MfAA A 16837, Kulturabteilung (MfAA): Konzeption für die Verstärkung der kulturellen Beziehungen mit den afrikanischen Hauptländern [Entwurf], 3.7.1963, S. 1f. Siehe auch: Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 392; Winrow: The Foreign Policy, S. 50.

125 Vgl. BArch DC 20-I-4/364, MfV: Begründung zum Beschlussentwurf, Materialien zur 31. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 11.2.1960, S. 1f; BArch DE 1/21382, SPK, IÖB: Konzeption für die Ausbildung nationaler Kader der ökonomisch unterentwickelten Nationalstaaten durch die DDR [Entwurf], 18.8.1960, S. 5.

126 Siehe ähnlich für Studienstipendien: Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 200.

127 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 106, 189 & 392. Siehe auch: Winrow: The Foreign Policy, S. 47–50.

128 Vgl. BArch, DC 20-I-4/364, Begründung zum Beschlussentwurf [Beschluss über Maßnahmen zur Verbesserung...], undatiert [02/1960], S. 1; BArch DE 1/21382, SPK, Abt. IÖB: Überblick über die Aus- und Weiterbildung von Bürgern nationaldemokratischer Staaten in Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik, 29.9.1961, S. 1 & 4f.

rungspolitik bildeten.¹²⁹ In den frühen 1960er Jahren nahmen Einfluss und Wirkungsbereich der Massenorganisationen zu. Das ging unter anderem auf innenpolitische Strategien der ostdeutschen Regierung zurück. Wie Thomas Lindenberger ausführte, schuf die SED-Spitze diese „Basisstrukturen“¹³⁰ in unterschiedlichen Bereichen, um die DDR-Bevölkerung durch gezieltes und gelenktes Engagement an den eigenen Staat zu binden und dabei gleichzeitig die angepasste Mehrheit von der devianten Minderheit zu trennen. Dieser Prozess hatte bereits in den späten 1950er Jahren begonnen, mit dem erklärten Versuch, die BRD zu überholen, und setzte sich nach dem Mauerbau verstärkt fort.¹³¹ Im Bereich der „Internationalen Solidarität“ entstanden die wichtigsten gesellschaftlichen Organisationen in den Jahren 1960 und 1961.

Dazu zählte auch das „Komitee der DDR für die Solidarität mit den Völkern Afrikas“¹³², später auch als „Afro-Asiatisches Solidaritätskomitee“¹³³ und als „Solidaritätskomitee“¹³⁴ bekannt geworden. Es galt als eine der bedeutendsten entwicklungspolitischen und afrikapolitischen Institutionen der DDR.¹³⁵ Die Parteiführung gründete das Solidaritätskomitee im Juli 1960, um die entwicklungspolitischen Tätigkeiten aller gesellschaftlichen Organisationen zu koordinieren und ein einheitliches Auftreten gegenüber dem globalen Süden zu ermöglichen. Als Dachverband aller ostdeutschen Partei- und Massenorganisationen war das Komitee dafür zuständig, sämtliche gesellschaftlichen Solidaritätsaktionen abzustimmen. Das galt auch für die Aus- und Weiterbildungen. Darüber hinaus verwaltete es einen eigenen Fonds, der sich aus Spendenbeiträgen der Mitgliedsverbände speiste. Aus diesem Fonds finanzierte der Dachverband unter anderem Fortbildungs- und Studienprogramme.¹³⁶ Durch die obligatorischen Spendenaktionen auf der einen Seite und öffentlichkeitswirksame Solidaritätsaktionen auf der anderen Seite band das Solidaritätskomitee darüber hinaus die ostdeutsche Bevölkerung aktiv in die Entwicklungszusammenarbeit

129 Vgl. Döring: „Es geht um unsere Existenz“, S. 207; Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 144 f & 388; Schulz: Development Policy, S. 67.

130 Thomas Lindenberger: Diktatur der Grenzen(n). Die eingemauerte Gesellschaft und ihre Feinde, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad Jarausch/Christoph Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, S. 203–213, hier: S. 204.

131 Vgl. ebd., S. 203–205 & 210.

132 Brunner: DDR „transnational“, S. 66.

133 Ebd.

134 Ebd.

135 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 388; Schulz: Development Policy, S. 68–70.

136 Vgl. Brunner: DDR „transnational“, S. 66 f; Schulz: Development Policy, S. 68–70 & 73 f; Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 163 & 215.

ein.¹³⁷ Die Arbeit des Komitees zielte also sowohl auf eine konsistente Außenwirkung als auch auf einen besseren innenpolitischen Effekt der staatlichen Solidaritätspolitik. Die Einbeziehung der gesellschaftlichen Organisationen ermöglichte es der SED-Regierung wiederum, die (politischen) Aktivitäten der Praktikant:innen stärker zu kontrollieren. Dies geschah vorrangig über die Betreuung der Teilnehmer:innen, bei der die Massenorganisationen bald eine wichtige Rolle spielten.

„Freunde des Arbeiter-und-Bauern-Staates“ – verstärkte politische Betreuung der Praktikant:innen

Besonders aktiv wirkte die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft (DAfriG) bei der Betreuung der afrikanischen Praktikant:innen und Student:innen mit. Die DAfriG war 1961 als „Freundschaftsbewegung“ für Afrika gegründet worden. Sie zielte also, wie das Solidaritätskomitee, auf eine organisierte Einbindung der ostdeutschen Bevölkerung in die „Internationale Solidarität“ der Regierung und damit auf einen erhöhten propagandistischen Effekt im Inland.¹³⁸ Die DAfriG versorgte Afrikaner:innen mit Informationsmaterialien über die DDR, beantwortete Anfragen nach Studienplätzen, unterhielt eigene Kulturzentren in afrikanischen Staaten und pflegte Kontakte zu den afrikanischen Student:innen, Fachkräften und anderen internationalen Gästen.¹³⁹ Darüber hinaus nutzte die SED-Regierung die Gesellschaft, um die Aktivitäten der ausländischen politischen Organisationen in der DDR (wie Landsmannschaften, Studenten- und Arbeitervereinigungen etc.) zu kontrollieren und in ihrem Sinne zu lenken.¹⁴⁰ Wie Quinn Slobodian ausführt, versuchte Ost-Berlin mithilfe der DAfriG, „spaces of supervised freedom“¹⁴¹ zu schaffen, die es ermöglichten, das politische Engagement der Ausländer:innen in

137 Vgl. Brunner: DDR „transnational“, S. 66–70.

138 Vgl. Peter Sebald: Völkerfreundschaft oder Auslandsinformation. Impressionen zum Wirken der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, in: Hans-Georg Schleicher/Illona Schleicher/Ulrich van der Heyden (Hg.): Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken, Hamburg 1993, S. 79–94, hier S. 79 f & 84.

139 Vgl. ebd., S. 85–87 & 89 f.

140 Vgl. u. a. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20/56, Lobeda (DAfriG): Bericht über den II. Kongreß der „Union der afrikanischen Studenten und Facharbeiter in der DDR“ am 15. und 16. 7. 1961 in Leipzig, 23. 7. 1961, S. 1 f & 5; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20/56, o. A.: Information über die Lage unter den afrikanischen Studenten im Zusammenhang mit der Vorbereitung zum III. Kongreß der Union der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR, undatiert [1963], S. 1. Zur Gründung, Funktion und Kontrolle von afrikanischen Studentenorganisationen in der Sowjetunion siehe auch Julie Hessler: Death of an African Student in Moscow. Race, Politics and the Cold War, in: Cahiers du monde russe, 47/1–2 (2006), S. 33–63, hier: S. 42–45.

141 Slobodian: Bandung in Divided Germany, S. 646. Siehe auch: Ebd. S. 653 f.

einem begrenzten Rahmen zu halten oder gegebenenfalls auch zu unterdrücken. Diese Steuerungsversuche und das Bemühen um eine politisch-ideologische Beeinflussung der Praktikant:innen gewannen im Verlauf der zweiten Phase an Bedeutung.

Schon während der ersten Phase hatte die „politische Arbeit“¹⁴² mit den Teilnehmer:innen einen Bestandteil der ostdeutschen Fortbildungsprogramme gebildet. Betriebsleitungen, Partei- und Regierungsvertreter:innen versuchten, die afrikanischen Fachkräfte in Diskussionen von den Ansichten und Entscheidungen der DDR-Regierung zu überzeugen. Sie luden die Teilnehmer:innen zu politischen Veranstaltungen und banden sie in Demonstrationen ein. Die Praktikant:innen sollten so von den sozialistischen Vorstellungen überzeugt werden. Es sei selbstverständlich, betonte Sepp Schwab, Stellvertretender Minister im MfAA, Anfang 1961, „daß ausländische Studenten und Praktikanten sich während ihrer Ausbildungszeit das Gedankengut des Marxismus-Leninismus aneignen und auch mit unserer sozialistischen Praxis vertraut werden.“¹⁴³ Durch ihre Einbindung in die Öffentlichkeitsarbeit sollten die Fachkräfte darüber hinaus auch selbst aktiv zur Verbreitung des Sozialismus beitragen. Die politisch-ideologische Betreuung war also schon zu Beginn durchaus präsent, folgte aber keinem verbindlichen Plan und war überregional nicht koordiniert.

Das begann sich Anfang der 1960er Jahre zu ändern, als Ost-Berlin mit der Gründung des Solidaritätskomitees, der DAfriG und anderen Freundschaftsgesellschaften zum einen die praktische entwicklungspolitische Arbeit ausbaute und damit zum anderen Institutionen schuf, die eine koordinierende Funktion übernahmen. Mithilfe dieser Organisationen war es der SED-Regierung möglich, ein weiteres Problem in den Griff zu bekommen: Obwohl es Ausländer:innen in der DDR gesetzlich untersagt war, politische Organisationen zu gründen, waren inzwischen eine ganze Reihe solcher Vereinigungen entstanden. Im Frühjahr 1961 entschied das Sekretariat des ZKs, entgegen der Gesetzeslage, den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Student:innen, Praktikant:innen und Facharbeiter:innen die Gründung politischer Organisationen zu gestatten, um damit letztlich „die Kontrolle über die Tätigkeit der ausländischen Bürger in der DDR [zu sichern] und [...] es den progressiven Kräften unter ihnen [zu ermöglichen], eine bessere politische Arbeit zu leisten.“¹⁴⁴ Mit Genehmigung der SED

¹⁴² BArch DE 1/21382, Anlage zu: Kahlau (SPK, Abt. IÖB) an Prof. Kaiser (MfV), ohne Betreff, 10.10.1961, S. 1.

¹⁴³ BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 39, Schwab (MfAA) an Florin (ZK der SED, Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen), ohne Betreff, 24.1.1961, S. 2.

¹⁴⁴ BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 39, ZK der SED, Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen: Vorlage für das Sekretariat, Betr.: Zulassung von Organisationen afrikanischer,

wurden daraufhin eigene Vereinigungen gegründet, wie die „Union der afrikanischen Studenten und Facharbeiter der DDR“, deren Aktivitäten die DAfriG, der FDGB und die FDJ durchgängig kontrollierten und beeinflussten.¹⁴⁵

Das koordinierte Vorgehen der DAfriG ermöglichte dem ostdeutschen Staat darüber hinaus eine effektivere Überwachung der eigenen Betreuungspraxis. So wusste die Gesellschaft Ende 1962 beispielsweise nach Gesprächen mit politisch engagierten Afrikanern zu berichten, dass die „politische[n] und moralische[n] Qualifikation[en] der deutschen Betreuer“¹⁴⁶ häufig zu wünschen übrig ließen. Außerdem gäbe es bei den „sog. Familienverbindungen [...] noch ernsthafte Mängel in Bezug auf die Auswahl der Familien und den politischen Inhalt der Verbindungen, die oft dem Zufall überlassen sind; gegnerische Argumente und reaktionäre Auffassungen der deutschen Familien werden in die Studenten hineingetragen und Zweifel an der politisch-moralischen Einheit zwischen Regierung und Bevölkerung der DDR auch hinsichtlich der Afrika-Politik erzeugt.“¹⁴⁷ Die Autoren schlussfolgerten: „Die Regierung will, aber das Volk macht nicht mit.“¹⁴⁸ Nachdem durch den Mauerbau viele Verbindungen ins Ausland gekappt worden waren, schien das freie Gespräch zwischen der ostdeutschen Bevölkerung und den ausländischen Praktikant:innen und Student:innen – als eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten des internationalen Austauschs – besonders bedrohlich. Ost-Berlin fürchtete sowohl subversive Initiativen im Inland als auch einen weiteren Imageverlust im Ausland. Um dieses Problem in den Griff zu kriegen, schlug die DAfriG vor, die politische Betreuung der Afrikaner:innen zu verstärken.¹⁴⁹ Durch die gemeinsamen politischen Aktivitäten innerhalb der Union erfuhr die DDR-Regierung also von den Einschätzungen der „progressi-

asiatischer und lateinamerikanischer Studenten und Facharbeiter in der DDR, 28.4.1961. Ursprünglich zitiert in: Slobodian: *Bandung in Divided Germany*, S. 653. Obwohl in diesem Text nicht explizit genannt, schlossen die Maßnahmen auch die Praktikant:innen und Auszubildenden mit ein. Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 39, Neugebauer (ZK der SED, Abteilung Volksbildung) an Florin (ZK der SED, Abteilung Außenpolitik u. Internationale Verbindungen), Betr.: Vorlage – Zulassung von Organisationen afrikanischer, asiatischer und lateinamerik. Stud. u. Facharb. in d. DDR, 12.5.1961. Für den endgültigen Beschluss siehe: BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 39, o. A.: Plan zur Durchführung des Sekretariatsbeschlusses 21/61 vom 17.5.1961 über die Zulassung von Organisationen afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Studenten und Facharbeiter in der DDR, 31.5.1961.

145 Vgl. Slobodian: *Bandung in Divided Germany*, S. 653.

146 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20/56, DAfriG: Bericht über eine gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees der Union der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR und der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft in der DDR am 7.11.1962, 9.11.1962, S. 3.

147 Ebd.

148 Ebd.

149 Vgl. ebd.

ven“¹⁵⁰ Teilnehmer:innen, was es ihr ermöglichte, die Programmkonzeption stärker an die realen Gegebenheiten anzupassen. Zum Beispiel, indem die DAfriG ab 1963 gezielter Kontakte zu „fortschrittlichen Familien“¹⁵¹ herstellte. Die Einbeziehung der politisch konformen Praktikant:innen eröffnete der SED-Führung einen Einblick in die Einstellungen und Haltungen ihrer Bürger:innen, der ihr in diesem Bereich vorher verwehrt geblieben war. Sie nutzte deren Einbindung, um den unerwünschten Austausch zwischen Ostdeutschen und Ausländer:innen besser zu kontrollieren. Damit wandte die Parteispitze also auch bei den ausländischen Fachkräften Mechanismen gegenseitiger Kontrolle an, um ihre Macht zu erhalten.

Während die SED die politischen Aktivitäten der Afrikaner:innen im Frühling 1961 noch weitestgehend positiv eingeschätzt hatte, wandelte sich dieser Eindruck in den folgenden Jahren. Anfang 1963 griff die DAfriG verstärkt in die Entwicklungen der „Union der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR“ ein. So sorgte sie mehrfach dafür, dass der Kongress der Union verschoben wurde, unter anderem weil die afrikanischen Student:innen und Praktikant:innen planten, dort die „Vorgänge in Bulgarien“¹⁵² zu diskutieren. Ost-Berlin war offensichtlich darum bemüht, die Abwanderung in den Westen nicht zu einem Politikum werden zu lassen, was sich auch mit der Tatsache deckt, dass die ostdeutschen Quellen die Migrationsbewegung kaum thematisieren.¹⁵³

Das Bemühen darum, die politische Tätigkeit der Teilnehmer:innen zu überwachen und in die gewünschten Bahnen zu lenken, hielt während der gesamten zweiten Phase an und verstärkte sich Mitte des Jahrzehnts noch, als auch die deutsch-deutsche Konkurrenz eine heiße Phase durchlief.¹⁵⁴ Die ostdeutsche Regierung reagierte also mit verstärkten politisch-ideologischen Maßnahmen auf

150 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 39, ZK der SED, Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen: Vorlage für das Sekretariat, Betr.: Zulassung von Organisationen afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Studenten und Facharbeiter in der DDR, 28.4.1961.

151 BArch DR 2/7382, DAfriG: Rahmenarbeitsplan für das Jahr 1963.

152 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20/56, o. A.: Information über die Lage unter den afrikanischen Studenten im Zusammenhang mit der Vorbereitung zum III. Kongreß der Union der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR, undatiert, S. 2. Ursprünglich zitiert in: Slobodian: Bandung in Divided Germany, S. 654.

153 Ausnahmen dazu bilden folgende Dokumente: BArch SAPMO DY 30/IV 2/20/56, DAfriG: Bericht über eine gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees [...], 9.11.1962, S. 10 f; PA AA MfAA A 1156, Umbreit (Attaché, Konsularabteilung Moskau): Vermerk über ein Gespräch zwischen Herrn Brown, I. Sekretär der Botschaft Ghana in Moskau und Gen. Pokisser und Gen. Umbreit am 3.3.1964, 4.3.1964.

154 Vgl. Gray: Germany's Cold War, S. 155–162; Kilian: Hallstein-Doktrin, S. 163–226; Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 295 f.

die Zuspitzung des Systemkonflikts. Auch wenn die fachliche Berufsbildung weiter im Vordergrund stand, politisierten sich die Programme deutlich. In einer internen Anweisung ordnete die SPK im Jahr 1965 unmissverständlich an, die politische Kontrolle und Lenkung der afrikanischen Teilnehmer:innen zu intensivieren. Drei Maßnahmen sollten dazu beitragen: die „politische Arbeit“ mit den Praktikant:innen, das Verbot der Einmischung in interne Angelegenheiten und eine engmaschigere Kontrolle der Fachkräfte. Die Kommission setzte erstens erneut auf eine verstärkte „politische Arbeit“ mit den Teilnehmer:innen. Um die Fachkräfte als politische Verbündete der DDR zu gewinnen und kritische Stimmen zum Verstummen zu bringen, sollten die Praktikant:innen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR vertraut gemacht werden, und zwar durch „enge Verbindung[en]“¹⁵⁵ zu ihren Betriebskolleg:innen. Darüber hinaus sollten verantwortliche Mitarbeiter:innen der Betriebe dazu angehalten werden, regelmäßige Aussprachen zu fachlichen, aber auch zu politischen und ökonomischen Fragen zu führen. Persönliche Pat:innen sollten die Teilnehmer:innen betreuen und nach deren Abreise den Kontakt aufrechterhalten.¹⁵⁶ Außerdem rief die SPK die Betriebsgewerkschaften dazu auf, die ausländischen Kolleg:innen mehr in ihre Aktivitäten einzubinden. Das Ziel all dieser Maßnahmen war es unter anderem, die Praktikant:innen vom Alleinvertretungsanspruch der DDR zu überzeugen:

„Die ausländischen Bürger sollen als Freunde unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates und mit der Erkenntnis in ihre Heimat zurückkehren, daß es nur einen rechtmäßigen Staat in Deutschland gibt, die Deutsche Demokratische Republik, die wahrhaft für den Frieden, die nationale Unabhängigkeit und für Freundschaft mit allen Völkern eintritt.“¹⁵⁷

Gleichzeitig sollte die politische Betreuung dazu beitragen, bei den Teilnehmer:innen Verständnis für gesellschaftliche Prozesse der DDR zu wecken.¹⁵⁸ Dies schloss aus Sicht des MfAA stets auch die Vermittlung marxistisch-leninistischen Denkens mit ein.¹⁵⁹ Zweitens betonte die SPK, dass es den Programmteilnehmer:innen verboten sei, sich „in die innen- und außenpolitischen Angelegen-

155 BArch SAPMO DY 42/1990, Abteilung Planung und Leitung der Berufsbildung (SPK): Hinweise der Staatlichen Plankommission für die Arbeit mit Berufspraktikanten aus Entwicklungsländern in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, nur für den Dienstgebrauch, 13.12.1965, S. 1.

156 Vgl. ebd., S. 7 f.

157 Ebd., S. 1.

158 Vgl. ebd., S. 7.

159 Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 39, Schwab (MfAA) an Florin (ZK der SED, Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen), ohne Betreff, 24.1.1961, S. 2.

heiten“¹⁶⁰ der DDR einzumischen. Diese Festlegung gab den staatlichen Stellen und den gesellschaftlichen Organisationen einen weiteren Hebel in die Hand, um unliebsame politische Betätigungen der Ausländer:innen zu unterbinden. Drittens systematisierte die Plankommission schließlich die Kontrolle der Teilnehmer:innen, indem sie „kurzgefaßte separate Einschätzungen in dreifacher Ausfertigung“¹⁶¹ anfertigen ließ, in denen die Ausbildungsbetriebe die politisch-ideologische Haltung der Praktikant:innen beurteilten. Dabei drängte die SPK darauf, diese Überwachung keinesfalls nach außen dringen zu lassen. Dafür seien die politischen Beurteilungen säuberlich von den allgemeinen Leistungsbewertungen zu trennen, die den Partnerländern zuzugingen.¹⁶² Faktisch changierte die „politische Arbeit“ und Betreuung dabei zwischen bloßer Kontrolle und Lenkung der politischen Aktivitäten und politischer Überzeugungsarbeit. Insofern kann Eric Burtons These, dass es aus Sicht der DDR-Regierung ausreichend gewesen sei, wenn die Fachkräfte und Student:innen so taten, „als ob“ sie vom Marxismus-Leninismus überzeugt wären, nur zum Teil bestätigt werden. Burton konstatiert: „The GDR required compliance, but not belief. Acting ‚as if‘ was enough.“¹⁶³ Dem widersprechen die internen Regierungsäußerungen, aus denen der authentische Wunsch spricht, die Teilnehmer:innen politisch zu überzeugen. Da aber die Vermittlung politischer Theorien und Grundsätze faktisch den Betreuer:innen überlassen blieb, hing das Verhältnis von Kontrolle und Indoktrination in der Praxis zu einem erheblichen Teil von deren politischer Motivation ab. Damit variierte das Ausmaß der politischen Erziehung individuell. Festhalten lässt sich in jedem Fall, dass Ost-Berlin mit der Vereinheitlichung und Verstärkung der politischen Kontrollmaßnahmen auf die Zuspitzung des Systemkonflikts reagierte. Auch die Betreuung richtete die DDR in der zweiten Phase stärker auf die deutschlandpolitische Zielsetzung aus.

Instrumentelle Ökonomisierung der Afrikapolitik

Neben der stärkeren Kontrolle prägte Mitte der 1960er Jahre ein weiterer Trend die ostdeutschen Schulungen: die ostdeutsche Regierung begann verstärkt, wirtschaftspolitische Instrumente zu nutzen, um ihre außenpolitischen Ziele zu erreichen. Schon im Januar 1963 hatte das MfAA auf dem VI. Parteitag der SED

160 Barch SAPMO DY 42/1990, Abteilung Planung und Leitung der Berufsbildung (SPK): Hinweise der Staatlichen Plankommission für die Arbeit mit Berufspraktikanten aus Entwicklungsländern in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, nur für den Dienstgebrauch, 13.12.1965, S. 3.

161 Ebd., S. 6.

162 Vgl. ebd., S. 5f.

163 Burton: Navigating Global Socialism, S. 74.

festgestellt, dass alle bisherigen Versuche, die Hallstein-Doktrin zu durchbrechen, nicht den erwarteten Erfolg gebracht hatten.¹⁶⁴ Daraufhin unterzog die SED-Regierung ihre gesamte afrikapolitische Konzeption einer Revision. Deren Folgen wirkten sich etwas verzögert auch auf die Praktikumsprogramme aus. Um neue afrikapolitische Strategien zu diskutieren, organisierte das Politbüro kurz nach dem Parteitag 1963 eine Regionalkonferenz in Accra mit den Leitern der DDR-Vertretungen einiger afrikanischer Staaten.¹⁶⁵ Otto Winzer, Staatssekretär im MfAA und erster Stellvertreter des Außenministers, leitete die Konferenz und reiste im Anschluss durch Ghana, Mali, Guinea, Marokko und Algerien.¹⁶⁶ Das Ergebnis der Konferenz und der Afrikareise war die Erkenntnis, dass die DDR ihre politischen Ziele nur erreichen könne, wenn sie ihre Außenpolitik stärker ökonomisch ausrichtete. Die afrikanischen Staaten seien zu sehr auf wirtschaftliche Unterstützung angewiesen und daher nachgiebig gegenüber der BRD. Gleichzeitig sollten auch die eigenen ökonomischen Interessen der DDR zukünftig mehr Berücksichtigung finden.¹⁶⁷ Zu ähnlichen strategischen Erkenntnissen waren die SU und die Tschechoslowakei schon etwas früher gelangt. Prag richtete seine Afrikapolitik schon seit 1962 stärker nach ökonomischen Kriterien aus.¹⁶⁸ Möglicherweise orientierte sich Ost-Berlin also auch an diesen Vorbildern.

Mit dieser neuen wirtschaftlichen Ausrichtung verfolgte die SED-Regierung aber weiterhin hauptsächlich politische Ziele. Ihre Absicht war es primär, mit den ökonomischen Maßnahmen gezielt zur „Durchbrechung“ der Hallstein-Doktrin beizutragen.¹⁶⁹ Die Ökonomisierung der ostdeutschen Afrika- und Entwicklungspolitik war also vorerst nur instrumentell. Bei den Betriebspraktika blieb

164 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 183.

165 Eingeladen waren die ostdeutschen Vertreter in den Staaten der sogenannten Casablanca-Gruppe (Marokko, Ghana, Guinea, Mali, VAR, Libyen und Algerien), da deren Regierungen als besonders offen für eine sozialistische Politik eingeschätzt wurden. Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 184.

166 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 99; Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 291f.

167 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 99f & 184–186. Zu ähnlichen Erkenntnissen kamen auch die DDR-Sonderbotschafter:innen Paul Scholz, Grete Wittkowski und Heinrich Homann, die im 1964 in verschiedene afrikanische und asiatische Schwerpunktländer reisten. Vgl. BArch DC 20-I-4/1069, Beschluß über die Schlußfolgerungen aus der Reise der Sonderbotschafter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Dr. Heinrich Homann, Dr. Grete Wittkowski und Paul Scholz, nach der Vereinigten Arabischen Republik, Syrien, Indien, Burma, Guinea, Mali, Dahomey und Ghana, undatiert [1964].

168 Vgl. Philip Muehlenbeck: *Czechoslovakia in Africa. 1945–1968*, Basingstoke/New York 2016, S. 174 f.

169 Vgl. PA AA MfAA A 17452, MfAA: Afrikaplan 1965, 5.1.1965, S. 4. Siehe auch: Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 99f & 186; Gray: *Germany's Cold War*, S. 152.

faktisch bis einschließlich 1965 im Wesentlichen alles beim Alten. Die ökonomische Neuausrichtung wirkte sich erst ab 1966 konkret auf die Praktikumsprogramme aus. Die Strategieänderung führte allerdings bereits ab 1963 dazu, dass die SED-Führung zum einen die Kooperation mit einzelnen Schwerpunktländern – wie beispielsweise Ghana – intensivierte. Zum anderen begann sie, die entwicklungspolitischen Strukturen der DDR zu verändern.

Einige der Neuerungen, die Ost-Berlin in den nächsten Jahren sukzessive einführte, bildeten die Grundlage für das veränderte Profil der Programme in der dritten Phase. Wegweisend war beispielsweise, dass der Ministerrat Anfang 1965 entschied, die gesamte „wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“ – zu der auch die Praktikumsprogramme zählten – an das MAI zu übertragen.¹⁷⁰ Dass nun das Außenhandelsministerium die Hauptverantwortung für diesen wichtigen Teil der „Internationalen Solidarität“ trug, spiegelte die neue ökonomische Prioritätensetzung wider. Wirtschaftliche Kriterien gewannen in den folgenden Jahren an Relevanz. Das MAI konnte fortan von anderen Staats- und Wirtschaftsinstitutionen entwicklungspolitische „Vorschläge, ökonomische Begründungen und Berechnungen“¹⁷¹ einfordern. Gleichzeitig legte der Ministerrat fest, die wissenschaftlich-technischen Beziehungen zukünftig „auf einen rasch wachsenden gegenseitigen Warenaustausch, insbesondere zur langfristigen Sicherung des Importbedarfs der DDR und auf die planmäßige Organisation und Sicherung des perspektivischen Absatzes von Erzeugnissen der Industrie in der DDR, darunter vor allem der metallverarbeitenden Industrie“¹⁷² auszurichten. Solche wirtschaftlichen Interessen sollten explizit auch bei den von der DDR angebotenen Betriebspraktika berücksichtigt werden.¹⁷³ Damit war der Boden bereitet für eine Ökonomisierung der Programme, die in der folgenden Phase zunehmend realisiert werden sollte.

Die ghanaische Subventionspolitik – Prinzipien und Widersprüche

Erstarken neuer Partner:innen: die sozialistischen Staaten

Das Jahr 1961 gilt als eine Zäsur in der ghanaischen Außenpolitik, denn Nkrumah, der lange Zeit als Liebling der Westmächte gehandelt worden war, wandte sich

170 Vgl. BArch DE 1/51203, Ministerrat der DDR: Richtlinie für die Leitung und Koordinierung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zu Entwicklungsländern, in: Mitteilungen des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 26.1.1965, S. 36.

171 Ebd.

172 Ebd., S. 33.

173 Vgl. ebd., S. 33f.

spätestens seit seiner ausgiebigen Reise durch Osteuropa im Sommer und Herbst des Jahres politisch wie wirtschaftlich verstärkt den sozialistischen Staaten zu.¹⁷⁴ Fortan bemühte sich Accra auch im Bereich der Fortbildungsprogramme um eine engere Zusammenarbeit mit den RGW-Staaten. Nkrumah dachte dabei in größeren Maßstäben als zuvor. Er bat beinahe alle sozialistischen Staatsschefs darum, in den kommenden fünf Jahren bis zu 500 ghanaische Stipendiat:innen pro Land und Jahr aufzunehmen.¹⁷⁵

Für die engere Bildungs Kooperation mit den osteuropäischen Staaten sprachen aus Sicht Accras eine ganze Reihe an Gründen. Erstens konnten die Fachkräfte im Osten zusätzlich zur fachlichen Ausbildung auch eine politische Schulung durchlaufen. In der CPP hatte 1961 ein interner Machtwechsel stattgefunden, der zur Folge hatte, dass nun die sozialistisch ausgerichtete Fraktion maßgeblich die Partei- und Regierungspolitik bestimmte.¹⁷⁶ Diese war explizit daran interessiert, den fachlichen Unterricht durch ideologische Unterweisungen zu ergänzen. Als Moskau klarstellte, dass die afrikanischen Teilnehmer:innen nicht verpflichtet seien, Kurse in Marxismus-Leninismus zu besuchen, reagierte beispielsweise der zuständige Sekretär für ideologische Fragen, Kwaku Akwe, empört. Er appellierte an die sowjetischen Entscheidungsträger:

„Ihr sagt, dass ihr den Studenten das Recht gebt, selbst zu entscheiden, ob sie den Marxismus studieren wollen oder nicht. Damit sind wir nicht einverstanden. Die Wünsche der Studenten zählen für uns nicht. [...] Wir benötigen wirklich eure Erfahrung mit dem Aufbau des Sozialismus und hoffen, dass unsere Studenten, die in eurem Land ausgebildet werden, ihn vorantreiben werden.“¹⁷⁷

174 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 192; Gocking: The History of Ghana, S. 131; Constantin Katsakioris: Nkrumah's Elite: Ghanaian Students in the Soviet Union in the Cold War, in: Paedagogica Historica. International Journal of the History of Education, 2020, S. 1–17, hier: S. 5; Landricina: Nkrumah and the West, S. 48 & 52f.

175 Entsprechende Gesuche sind für folgende Länder erhalten: Albanien, Bulgarien, die DDR, Jugoslawien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Ungarn, allerdings nicht für die SU. Der Umfang der Anfragen variierte bei den einzelnen Ländern. Die albanische Regierung bat Nkrumah beispielsweise nur um 50 Stipendien. Vgl. exemplarisch: GH/PRAAD/RG 7/1/1650, Aide Memoire von Kwame Nkrumah an Dimitier Ganev, President of the People's Republic of Bulgaria, undatiert sowie entsprechende Schreiben an die Staatsschefs der oben genannten Länder in derselben Akte. Für die Reaktionen einzelner Länder siehe: verschiedene Dokumente in GH/PRAAD/RG 7/1/1662.

176 Vgl. Gocking: The History of Ghana, S. 132f; Landricina: Nkrumah and the West, S. 48–51; Thompson: Ghana's Foreign Policy, S. 112.

177 Zitiert nach: Katsakioris: Sowjetische Bildungsförderung, S. 412.

Die Möglichkeit, die Teilnehmer:innen nicht nur fachlich ausbilden, sondern auch politisch unterweisen zu lassen, stellte aus Sicht der CPP also einen expliziten Vorteil der osteuropäischen Programme dar. Akwes Ausführungen verweisen aber gleichzeitig auch auf einen zweiten Grund, der dafür sprach, Student:innen und Fachkräfte nach Osteuropa zu schicken: Accra verstärkte Anfang der 1960er Jahre nicht nur die außenpolitische Zusammenarbeit und den Handel mit den sozialistischen Staaten, sondern begann auch damit, die eigene Wirtschaftsstruktur stärker nach sozialistischen Prinzipien auszurichten.

Wie viele postkoloniale Staatschefs zu der Zeit setzte Nkrumah zunehmend auf die Verstaatlichung von Unternehmen, den Aufbau neuer Staatsbetriebe und staatlichen Interventionismus.¹⁷⁸ Diese Strategie unterstützten die SU und andere sozialistische Staaten mit ihren Schulungsprogrammen aktiv – im Gegensatz zu den westlichen Stipendienggeber:innen.¹⁷⁹ Auch im ghanaischen Fall traf zu, was Constantin Katsakioris für die postkolonialen Staaten generell unterstreicht: Die intensive Bildungszusammenarbeit mit der Sowjetunion ging nicht zuletzt auf „geteilte[] Vorstellungen von Entwicklung, Modernisierung, Zentralismus und nationaler Souveränität“¹⁸⁰ zurück. Aufgrund der ideologischen und strategischen Übereinstimmungen schienen die Schulungen in den sozialistischen Staaten besonders gut zur ghanaischen Entwicklungsstrategie zu passen.¹⁸¹ Nkrumah galt insbesondere die Sowjetunion als Paradebeispiel eines Staates, der ökonomische Entwicklung und politischer Zusammenhalt einer heterogenen Bevölkerung erfolgreich miteinander verbunden hatte.¹⁸² Auch wenn Nkrumah sich im Verlauf der 1960er Jahre stärker dem konventionellen Marxismus-Leninismus zuwandte, bestand seine politische Vision keinesfalls darin, Ghana zu einem Satellitenstaat der Sowjetunion zu machen. Stattdessen verfolgte er weiterhin einen eigenständigen Afrikanischen Sozialismus als dritten Weg im Systemkonflikt.¹⁸³

Hierbei kam Ghana drittens entgegen, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten den afrikanischen Staaten eine Kooperation auf Augenhöhe in Aussicht stellten, wobei sie explizit den Kontrast zu westlichen Entwicklungsprogrammen betonten. Schon in der Zwischenkriegszeit hatte die Sowjetunion damit begonnen, ihre Entwicklungsinitiativen als antikoloniale, kommunistische Moderni-

178 Vgl. Gocking: *The History of Ghana*, S. 134; Killick: *Development Economics*, S. 43–46, 49 & 53; Landricina: *Nkrumah and the West*, S. 56 f.

179 Vgl. Katsakioris: *Sowjetische Bildungsförderung*, S. 400 f, 407 & 409.

180 Ebd., S. 401.

181 Vgl. Grilli: *Nkrumaism*, S. 221.

182 Vgl. Katsakioris: *Nkrumah's Elite*, S. 7.

183 Vgl. Young: *Postcolonialism*, S. 238–245; Burton: *Socialisms in Development*, S. 8 f.

sierungsprojekte zu bewerben: „Soviet developmentalism thus claimed to be different: it promised a relationship of solidarity in which the periphery was both the object and the subject of its own development.“¹⁸⁴ Das Versprechen einer Zusammenarbeit unter Gleichgestellten wurde nicht nur dadurch gestützt, dass die sozialistischen Staaten eine gemeinsame antiimperialistische Zielsetzung betonten, sondern auch dadurch, dass sie auf die eigene Vergangenheit als industrielle und wirtschaftliche Peripherie verweisen konnten, die erst wenige Jahrzehnte zurücklag.¹⁸⁵

Viertens bot die Kooperation zumindest anfänglich finanziell bessere Konditionen als die mit den westlichen Regierungen. Die sozialistischen Gastländer übernahmen die mit den Fortbildungen verbundenen Kosten häufig komplett.¹⁸⁶ Aber auch in Fällen, in denen Ghana einen Teil der Ausgaben (wie beispielsweise die Reisekosten) selbst finanzieren musste, profitierte Accra davon, dass die Abrechnung mit den sozialistischen Staaten üblicherweise über Swing-Kredite, also einen devisenschonenden Tauschhandel, erfolgte.¹⁸⁷ Generell zielte die CPP darauf, durch den stärkeren Tauschhandel mit dem Osten die Abhängigkeit vom Westen zu verringern. Dabei hoffte die Regierung unter anderem darauf, dass sich dadurch die Schwankungen des internationalen Kakaopreises weniger auf die nationale Wirtschaft auswirken würden.¹⁸⁸

Ein fünfter Grund lag vermutlich darin, dass die Bildungsinstitutionen des Ostens gerade im technischen Bereich durchaus Prestige besaßen, auch wenn die Qualität der sozialistischen Studien- und Ausbildungsgänge international umstritten war. Die unterschiedliche Bewertung der Schulungen war ganz offensichtlich beeinflusst von der systempolitischen Konkurrenz.¹⁸⁹ So gingen die Westmächte davon aus, dass die Kurse der sozialistischen Staaten nur ein geringes Niveau besaßen. Die britische Regierung zum Beispiel hielt die osteuro-

184 Burton/Marks/Marung: Development, S. 81. Hervorhebung i. O.

185 Vgl. ebd., S. 84.

186 Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, S. W. Kumah (Ambassador Yugoslavia) to Principal Secreary (Ministry of Foreign Affairs), Betr.: The Future of African Students in Eastern European Socialist Countries, 19.4.1963, confidential, S. 3.

187 Vgl. Michael Neu/Wolfgang Gieler/Jürgen Bellers (Hg.): Handbuch der Außenwirtschaftspolitik. Staaten und Organisationen. Afrika, Amerika, Asien, Europa, Ozeanien, Teilband 1, Münster 2004, S. 76. Siehe auch: PRAAD, RG 7/1/1672, Minutes of the Second Meeting of the Committee for Economic Co-Operation with Eastern Countries, 21.12.1961.

188 Vgl. Dennis Austin: Introduction, in: Ders./Robin Luckham (Hg.): Politicians and Soldiers in Ghana 1966–1972, London 1975, S. 1–15, hier: S. 13; Landricina: Nkrumah and the West, S. 88f; Osei: Ghana. Recurrence and Change, S. 63f.

189 Vgl. hierzu auch die politisch motivierten Kampagnen gegen und für die Lumumba-Universität in Moskau: Katsakioris: Lumumba University, S. 289f.

päischen Abschlüsse für qualitativ minderwertig. Auch die westdeutschen Debatten um die Übernahme der „Ostblockabwanderer“ waren von dieser Annahme geprägt. Bei den afrikanischen Teilnehmer:innen und Regierungen hingegen genossen insbesondere die technischen Studien- und Ausbildungsgänge der Sowjetunion einen guten Ruf.¹⁹⁰

So sehr sich Accra auch um eine verstärkte Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten bemühte und auf deren ideologische und entwicklungsstrategische Vorteile setzte, die Fortbildungskooperation mit dem Westen gab die CPP-Regierung trotzdem nicht auf. Ghana, so Matteo Grilli, „was not joining the communist side: Nkrumah was merely trying to open the doors to the other half of the moon.“¹⁹¹ Dementsprechend nahm Ghana ab 1961 die Schulungsangebote beider politischer Lager intensiv wahr, sodass eher von einer Verbreiterung der Fortbildungskooperation als von einer Fokussierung auf die sozialistischen Staaten die Rede sein kann.¹⁹² Abgesehen davon prägten hauptsächlich zwei Entwicklungen die ghanaische Stipendienpolitik zwischen 1961 und 1966. Zum einen war die Regierung gezwungen, auf die Proteste der afrikanischen Student:innen und Praktikant:innen in Osteuropa und deren partielle Abwanderung in den Westen zu reagieren. Zum anderen musste sie einen Umgang mit den ersten Rückkehrer:innen finden, was sich in Anbetracht der ausbleibenden Industrialisierung als schwierig erwies.

Die Subvention der Auslandsstipendien – eine rätselhafte Entscheidung

Auch in Ghana wirkten sich die Erfahrungen, welche die Programmteilnehmer:innen in Osteuropa machten, sowie die daraus resultierenden Proteste maßgeblich auf die Stipendienpolitik aus. Die weitreichendste konzeptionelle

190 Vgl. Branch: Political Traffic, S. 826; Katsakioris: Sowjetische Bildungsförderung, S. 403 & 410; ders.: Socialist Intelligentsia, S. 263 f; ders.: Nkrumah's Elite, S. 2. Explizite Überlegungen zu diesem Aspekt sind seitens der Regierung Nkrumah nicht überliefert. In den Folgejahren spielten sie aber für die neue ghanaische Regierung durchaus eine Rolle. Vgl. GH/PRAAD/RG 11/1/424, P. D. Anin (Ministry of External Affairs): Memorandum to the Executive Council [Draft], Subject: Renewal of Cultural Agreements with Eastern European Countries, 03/1969, S. 3.

191 Grilli: Nkrumaism, S. 221.

192 So nahm Ghana zum einen weiterhin Regierungsstipendien aus den westlichen Staaten (z. B. aus Großbritannien, der BRD oder den Niederlanden) in Anspruch und finanzierte zum anderen eigene ghanaische Regierungsstipendien für Fortbildungen in diesen Ländern. Vgl. exemplarisch: GH/PRAAD/RG 7/1/469, H. Davidson (Training Officer): Staff Training Progress, Third Report up to 31.5.1961. Für den akademischen Bereich: GH/PRAAD/RG 11/1/124, E. C. Quist-Therson (National Council for Higher Education) an F. H. Cawson (British Council), ohne Betreff, 7.5.1962; GH/PRAAD/RG 11/1/326, o. A.: Number of Awards offered by Foreign Governments to Ghana for 1962–1963 Academic Year for University Courses, undatiert.

Entscheidung der frühen 1960er Jahre ging wesentlich auf diese Ereignisse zurück. Die Beschwerden der ghanaischen Student:innen und Praktikant:innen über Rassismus und schlechte Entlohnung, die daraus resultierenden Demonstrationen in Sofia und Moskau sowie schließlich die Abwanderung ins kapitalistische Ausland führten letztlich dazu, dass Accra begann, erst die östlichen, später aber auch die westlichen Auslandsstipendien aus dem ghanaischen Staatshaushalt zu subventionieren. Bis zu ihrem Sturz wandte die CPP nun – trotz chronischer Finanznot und Devisenmangel – regelmäßig eigene Mittel für die Zuschüsse auf. Im Jahr 1966 lag die Höhe der Subventionen bei 288.000 Pfund – keine geringe Summe für ein Land, das schon zuvor massive ökonomische Schwierigkeiten hatte und im Februar 1966 schließlich zahlungsunfähig wurde.¹⁹³

Ende 1962 entschied Accra erstmalig, einige der osteuropäischen Schulungen zu subventionieren, da die ghanaischen Teilnehmer:innen sich darüber beschwert hatten, dass sie ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten konnten.¹⁹⁴ Anfänglich war nur ein Teil der Fortbildungsprogramme von diesen ghanaischen Zuschüssen betroffen. Nach und nach weitete die Regierung die Zahlungen aber aus. Sowohl der grundsätzliche Beschluss, Subventionen zu leisten, als auch dessen Anwendung auf weitere Teilnehmergruppen gingen auf Entwicklungen in Osteuropa zurück. 1963 drängte Simon Wellington Kumah, der ghanaische Botschafter in Jugoslawien (und mangels eigener Vertretung auch für Bulgarien akkreditiert), darauf, die Zuschüsse auf alle Stipendiat:innen in den sozialistischen Staaten auszuweiten. In seiner Begründung argumentierte Kumah jedoch nicht mit der materiellen Not der ghanaischen Fachkräfte. Der Botschafter sah, ganz im Gegenteil, ein Problem darin, dass die afrikanischen Student:innen und Praktikant:innen im Vergleich zur lokalen Bevölkerung materiell verhältnismäßig gut versorgt seien, was zu Spannungen zwischen beiden Gruppen führe: „Unlike

193 Vgl. GH/PRAAD/RG 11/1/424, Anin: Memorandum to the Executive Council (Draft), Subject: Renewal of Cultural Agreements with Eastern European Countries, 03/1969, S. 1; J. D. Esseks: Economic Policies, in: Dennis Austin/Robin Luckham: Politicians and Soldiers in Ghana 1966–1972, London 1975, S. 37–61, hier: 37–41.

194 Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, S. W. Kumah (Ambassador Yugoslavia) to Principal Secretary (Ministry of Foreign Affairs), Betr.: The Future of African Students in Eastern European Socialist Countries, 19.4.1963, confidential, S. 4 f; GH/PRAAD/RG 11/1/307, Benson (Scholarship Secretariat) to the National Liberation Council, Memorandum, Betr.: Grant of Scholarships/Financial Assistance by the Ghana Government to Ghanaians for Studies Overseas, undatiert, S. 2; GH/PRAAD/RG 3/6/892, The Committee on Scholarships and Establishment Matters: Review of the Scholarships Held by Ghanaians in the U.S.S.R and other Eastern European Countries, undatiert [ca. 1967], S. 1. Die ghanaischen Stipendiat:innen blieben nicht die einzigen mit ihrer Kritik. Auch Student:innen aus Tansania forderten 1964 höhere Zahlungen. Vgl. Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 219.

Western Europe, scholarships for studies in Eastern European countries cover tuition, clothing, accomodation and even passage at times. Very often these Governments assure new candidates coming to study in their countries that they would be clothed on arrival.¹⁹⁵ Dies führe zu Neid und Missgunst bei der lokalen Bevölkerung, deren Einkommen in den meisten Fällen ausgesprochen gering sei. Rassistische Angriffe seien die Folge.

Kurz nachdem die Spannungen im Februar 1963 bei den Protesten in Sofia eskaliert waren, in denen sich der Frust über rassistische Diskriminierung ebenso entlud wie der über die politische Einflussnahme der Regierung, welche die Gründung einer Union afrikanischer Student:innen verhindert hatte, berichtete Kumah dem Außenministerium in Accra ausführlich von der Situation, wobei er maßgeblich seine eigenen Beobachtungen schilderte. Seine Einschätzung soll hier ausführlich zitiert werden, da sie treffend den Argumentationsgang veranschaulicht, der schließlich zur Ausweitung der Subventionen führte:

„On February 1st this year, I was at the Belgrade International Airport when some twenty African students disembarked an Ilyision Aircraft in a heavy snowfall. The airport was 3–4 feet deep in snow and the temperature was about minus 15 degrees centigrade. The students were in light tropical clothes and not one of them had a winter coat on. In order to help them endure the bleak cold weather while walking a distance of about 150 yards from the Aircraft to the Airport Terminal, they were given blankets to wrap themselves from head to waist. This presented a very funny spectacle. Their queer appearance attracted a lot of attention and camera men rushed to take pictures. When the students finally entered the terminal I approached them to find out where they came from and what was their destination. I was in fact ashamed to learn that they were Ghanaians, on their way to Moscow on scholarships offered by the Russian Government. This is one example of what happens nearly every month in some of these Eastern European countries.

[...] The authorities awarding the scholarships however keep their word. A week or so after their arrival, these students are taken to ready-made clothes shops, and amidst a huge number of on-lookers, they are asked to select a winter coat, a warm suit, a pair of pyjamas, a pair of singlets, a pair of under-pants, a hat, a pair of shoes, some shirts and other items which are considered necessary for normal life in Europe. Day in day out new students continue to pour in from all over Africa and this ‚degrading show of love‘ is repeated.

[...] It is common knowledge in these Eastern countries that all African students studying among them receive allowances (in many cases higher than the salary or wages of the average worker) in addition to the free supply of clothing. Worse still, as the worker goes about in old shoes or in an old winter coat, he finds African students who arrived shabbily clothed just a week ago, now better dressed than himself. He enters shops and sees rows of

195 GH/PRAAD/RG 3/1/600, Kumah to Principal Secretary [Ministry of Foreign Affairs], Betr.: The Future of African Students [...], 19.4.1963, confidential, S. 3, Hervorhebung i. O.

good winter coats for the year, which he cannot afford, and yet he finds African students selecting what they want at the expense of their socialist government.

[...] The natural consequence is that the man in the street is gradually developing resentment towards African students.“¹⁹⁶

Folgt man dieser Analyse, so ist davon auszugehen, dass die sozialistischen Regierungen mit ihrer Stipendienpolitik zumindest partiell das Gegenteil von dem erreichten, was sie beabsichtigt hatten. Statt die eigene Bevölkerung aktiv und mit Herzblut in die „Internationale Solidarität“ einzubinden und so zur Völkerfreundschaft beizutragen, führte die ökonomische Besserstellung der Stipendiat:innen zu rassistischen Feindseligkeiten.

Die ghanaische Regierung war in dieser Situation zum einen daran interessiert, ihr Ansehen als souveräne Regierung zu wahren und sich der „degrading show of love“¹⁹⁷ zumindest ein Stück weit zu entziehen. Zum anderen stand sie vor der Frage, wie sie ihre Student:innen und Praktikant:innen vor den rassistischen Übergriffen und Anfeindungen schützen konnte. Diese Frage hatte durchaus existenzielle Bedeutung für die Teilnehmer:innen ebenso wie für die Schulungsprogramme, denn die Auseinandersetzungen in Bulgarien hatten dazu geführt, dass alle ghanaischen Student:innen das Land verließen.¹⁹⁸ Sofern die CPP-Regierung nicht auf die Fortbildungskooperation verzichten wollte, musste sie also einen Weg finden, um die Spannungen zu entschärfen und die Attraktivität der Programme zu erhöhen. Als Lösung für beide Probleme schlug Kumah vor, die sozialistischen Zahlungen mit ghanaischen Geldern zu bezuschussen. Insbesondere sollten die Teilnehmer:innen bereits vor der Abreise aus Ghana neu eingekleidet werden, um das Bild zu vermeiden, dass Afrikaner:innen in schlechter Kleidung eintreffen und wenige Tage später neu ausgestattet werden. Der Botschafter kritisierte, dass die schon zuvor gewährten ghanaischen Zuschüsse nur für 35% der Teilnehmer:innen in Jugoslawien gälten. Um aber die schwelenden Konflikte zu beruhigen und das eigene Ansehen zu wahren, so Kumah, sei es absolut notwendig, die ghanaischen Subventionen auf alle Stipendiat:innen in Osteuropa auszudehnen.¹⁹⁹ Die Praxis der folgenden Jahre deutet darauf hin, dass die CPP Kumahs Vorschlag schließlich nachkam, auch wenn kein Beleg für einen dementsprechenden Beschluss überliefert ist.

196 Ebd., S. 4.

197 Ebd.

198 Vgl. Katsakioris: Nkrumah's Elite, S. 6f.

199 Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, Kumah to Principal Secretary [Ministry of Foreign Affairs], Betr.: The Future of African Students [...], 19.4.1963, confidential, S. 1–5.

Damit hatte Accra 1962 und 1963 in zwei Etappen die Bezuschussung der sozialistischen Stipendien beschlossen – und zwar aus konträren Gründen. Dass die Teilnehmer:innen die sozialistischen Zahlungen für nicht ausreichend erachteten, scheint ebenso relevant gewesen zu sein wie die Erkenntnis, dass die vergleichsweise gute Ausstattung der afrikanischen Student:innen und Praktikant:innen den Neid der lokalen Bevölkerung weckte. Die Tatsache, dass diese anscheinend widersprüchlichen Begründungen parallel akzeptiert wurden, wirft auch ein neues Licht auf das Einkommensgefälle zwischen Osteuropa und Westafrika. Die ghanaische Regierung erachtete offensichtlich zumindest für ihre gesellschaftliche Elite einen höheren Lebensstandard als angemessen als die sozialistischen Staaten für die einfache arbeitende Bevölkerung. Die Krux an der ghanaischen Entscheidung war jedoch, dass die osteuropäische Öffentlichkeit wohl nie von den ghanaischen Eigenleistungen erfuhr. Dementsprechend konnte von diesen gar kein befriedender Effekt ausgehen.

Obwohl der Erfolg der Subventionen fragwürdig war, weitete die CPP die Zuschüsse 1964 auf die Stipendien der kapitalistischen Staaten aus. Ab dem Sommer 1964 subventionierte Accra auch die Regierungsstipendien der BRD, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens und Österreichs.²⁰⁰ Die Hintergründe dieser Entscheidung sind im Gegensatz zu den vorhergehenden nicht dokumentiert. Möglicherweise ging der Beschluss wiederum auf Beschwerden der Teilnehmer:innen zurück. Es scheint naheliegend, dass die ghanaischen Teilnehmer:innen im Westen durch die aus dem Osten abgewanderten Landsleute von den Subventionen erfuhren und ebenfalls Zuschüsse ihrer Regierung einforderten. Denkbar wäre allerdings auch, dass Accra mit der Ausweitung ihrer offiziell immer noch vertretenen blockfreien Politik gerecht werden wollte.

Überhaupt bleiben hinsichtlich der ghanaischen Subventionspolitik einige Fragen offen. Warum zum Beispiel finanzierte Accra diese Subventionen, statt auf eine andere Lösung der Probleme zu setzen? Diese Frage scheint besonders relevant, da sich die ghanaische Wirtschaftslage in der ersten Hälfte der 1960er Jahre kontinuierlich verschlechterte. Trotz hoher Investitionen blieb der angestrebte Industrialisierungsschub aus. Stattdessen verfestigte sich Ghanas Position als Rohstofflieferant.²⁰¹ Der ausbleibende Wirtschaftsboom und der mehrfache Einbruch des Weltkakaopreises führten dazu, dass die Regierung diverse Sparmaßnahmen beschloss und generell bemüht war, die eigenen Devisen zu scho-

200 Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, Doe (Embassy of Ghana, Bonn) to G. K. Benson (Scholarship Secretariat), ohne Betreff, 22.7.1964.

201 Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 74; Christopher Stevens: *Entente Commercial. The Soviet Union and West Africa*, in: Deepak Nayyar (Hg.): *Economic Relations between Socialist Countries and the Third World*, London/Basingstoke 1977, S. 78–104, hier: S. 80.

nen.²⁰² Umso erstaunlicher ist es, dass die Stipendiensubventionen bis 1966 zu keinem Zeitpunkt ernsthaft infrage gestellt wurden. Unklar ist auch, welche der Ausbildungsprogramme von den Zuschüssen betroffen waren und welche nicht.²⁰³ Accra unterstützte damit vorrangig die ghanaischen Hochschulstudent:innen. Ob die Zahlungen den Betriebspraktikant:innen gleichermaßen zukamen oder nur in einigen Fällen, lässt sich aufgrund widersprüchlicher Quellenangaben nicht nachvollziehen: Die westdeutschen Praktikumsprogramme scheinen generell subventioniert worden zu sein, wobei die Bundesregierung allerdings die ghanaischen Zahlungen als Zuschuss zu den eigenen Kosten anrechnete, sodass die Leistungen nicht bei den Teilnehmer:innen ankamen.²⁰⁴ Von den Betriebspraktika der sozialistischen Staaten förderte Accra teilweise ganze Programme.²⁰⁵ Andere Dokumente deuten hingegen daraufhin, dass die Subventionen für Betriebspraktika variierten oder überhaupt nur in einigen Fällen gezahlt wurden.²⁰⁶ So wies das *Scholarship Secretariat* die ghanaischen Auslandsvertretungen in Osteuropa explizit an, den Auslandspraktikant:innen nur dann Zuschüsse zu zahlen, wenn diese zusätzlich zu ihrer praktischen Arbeit im Betrieb auch einen theoretischen Unterricht besuchten.²⁰⁷

Während die Frage nach einer Eingrenzung der subventionierten Praktikumsprogramme hier unbeantwortet bleiben muss, lassen sich für die Frage danach, warum Accra die teuren Zuschüsse finanzierte, zumindest einige Erklärungsansätze finden. Erstens war die ghanaische Regierung offensichtlich politisch gewillt, trotz der schnell entstandenen Konflikte vor Ort weiterhin Student:innen und Fachkräfte nach Osteuropa zu schicken. Um die Bildungsk Kooperation mit den sozialistischen Staaten aufrecht zu erhalten, war die CPP bereit, hohe Kosten in Kauf zu nehmen. Ausschlaggebend für dieses anhaltende Interesse an den Schulungen in den sozialistischen Staaten waren vermutlich die oben bereits ausgeführten Gründe: der Wunsch nach einer ideologi-

202 Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 55; Landricina: *Nkrumah and the West*, S. 58.

203 Ein Grund für diese Unklarheit liegt in der Uneindeutigkeit des englischen Begriffs „student“, der sowohl auf Universitätsstudent:innen als auch auf Betriebspraktikant:innen angewendet wurde.

204 Vgl. BArch B 213/394, Kurzprotokoll über die 14. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 6./7.7.1964, 30.9.1964, S. 15.

205 Vgl. GH/PRAAD/RG 3/6/892, Committee on Scholarships and Establishment Matters of the National Liberation Council: Agenda, 1.6.1967, Item No. 8.

206 Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, Victor D. Adu (Ministry of Industries) an Registrar of Scholarships, Scholarships Secretariat, Betr.: Allowances paid to Trainees: Eastern European Countries, 5.10.1964.

207 Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, I.R.O. Neequaye (Scholarship Secretariat) an die Handelsvertretung der u. a., ohne Betreff, 1.10.1964.

schen Schulung der Teilnehmer:innen, der Bedarf an Fachleuten für die Umstellung auf eine sozialistisch-inspirierte Wirtschaftsstruktur sowie der gute Ruf der technischen Fortbildungskurse. Zweitens mag die Bereitschaft mit dem hohen Wert zusammenhängen, den Accra der Bildung im Allgemeinen zuschrieb. Bildung erfüllte für die CPP mehrere Funktionen. Sie galt als Wert an sich, als eine Art Prestigeobjekt, in das es sich zu investieren lohnte.²⁰⁸ Zudem schien sie nach wie vor die Grundvoraussetzung für den industriellen und wirtschaftlichen Fortschritt des Landes zu bilden.²⁰⁹ Bildung, so Nkrumah, sei die Triebfeder der ökonomischen Entwicklung.²¹⁰ Und letztlich setzte die Regierung ab 1962 verstärkt darauf, Bildungsprogramme auch zur Verbreitung der Parteiideologie zu nutzen.²¹¹ Vor diesem Hintergrund sah der neue ghanaische Entwicklungsplan, der *Seven-Year Development Plan*, der ab 1964 den vorherigen Plan ersetzte, einen deutlichen Ausbau des ghanaischen Bildungssystems vor.²¹² Solange diese Pläne aber nicht umgesetzt waren, blieb Accra auf die Auslandsschulungen angewiesen. Als die Fortbildungen in Osteuropa zu Konflikten zwischen Teilnehmer:innen und der einheimischen Bevölkerung führten, die CPP sich aber nicht auf die Angebote der westlichen Staaten allein verlassen wollte, erschien die Subventionsstrategie – protegiert von einem der zuständigen Botschafter – als mögliche Lösung des Problems. In Anbetracht der Tatsache, dass die Einführung der Subventionen im Wesentlichen eine Reaktion auf die rassistische Diskriminierung und körperliche Gewalt war, denen die Student:innen und Praktikant:innen in den sozialistischen Staaten ausgesetzt waren, könnten die Stipendien auch als Gefahrenzulage bezeichnet werden.²¹³ Drittens ist es gut möglich, dass sich die ghanaische Regierung durch die Bezuschussung eine gewisse Kontrolle über die Auswahl und den Inhalt der Schulungen sichern wollte. Zumindest im Bereich der universitären Bildung versuchte Ghana seit den späten 1950er Jahren zu verhindern, dass die gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen der Sowjetunion die ghanaische Regierung bei der Auswahl von Teilnehmer:innen umgingen. Nkrumahs Regierung insistierte mehrfach darauf, die Stipendienvergabe aus-

208 Vgl. Foster: *Education and Social Change*, S. 183f; Killick: *Development Economics*, S. 52.

209 Vgl. Foster: *Education and Social Change*, S. 183; Killick: *Development Economics*, S. 52; Jonathan Zimmerman: *Presidential Address: „Money, Materials, and Manpower“: Ghanaian In-Service Teacher Education and the Political Economy of Failure, 1961–1971*, in: *History of Education Quarterly*, Vol. 51, 1 (2011), S. 1–27, hier: S. 22.

210 Vgl. Haizel: *Education*, S. 59.

211 Vgl. Jones-Quartey: *Englisch-Speaking West Africa*, S. 24. Zu frühen ideologischen Komponenten siehe auch: Ahlman: *Living with Nkrumahism*, S. 54.

212 Vgl. Killick: *Development Economics*, S. 5 & 52.

213 Vgl. Katsakioris: *Nkrumah's Elite*, S. 9; Hessler: *Death of an African Student*, S. 37f.

schließlich über die staatlichen Stellen laufen zu lassen. Die Wahrung staatlicher Kontrolle über die Auswahl war aus Sicht der afrikanischen Staaten essenziell, da sich darüber zumindest partiell auch die Ausrichtung der Programme lenken ließ.²¹⁴ Die Subvention der staatlichen Programme konnte deren Attraktivität gegenüber anderen Angeboten potenziell erhöhen und somit eine bessere Kontrolle der Vergabe gewährleisten.

Ohne Fachkräfte keine Industrialisierung – ohne Industrialisierung keine Arbeitsplätze. Oder: Was tun mit den Rückkehrer:innen?

Das postkoloniale Fachkräftedilemma, das sich schon in den ersten Jahren herauskristallisiert hatte, bestand auch in der zweiten Phase fort: Ghana benötigte Fachkräfte, um das eigene Bildungssystem auszubauen, und auch, um die Industrialisierung voran zu treiben. Weil aber noch nicht genügend Bildungseinrichtungen vor Ort existierten, wanderten die potenziellen Spezialist:innen ab, um sich im Ausland fortzubilden. Die CPP betrachtete den Fachkräftemangel als eines der größten Wachstumshemmnisse für die ghanaische Wirtschaft.²¹⁵ Mangels anderer Alternativen setzte die Regierung weiterhin auf Auslandsschulungen, um Ghana mit einer ausreichenden Zahl an qualifizierten Arbeitskräften zu versorgen. Dabei ging sie zunächst davon aus, dass mit der Realisierung des *Seven-Year Development Plans* noch mehr Fachkräfte benötigt würden als bisher. Die Zahl der Fachleute, so nahm die CPP an, müsse verdreifacht werden, um den Plan umzusetzen.²¹⁶ Die Regierung setzte daher darauf, nur solche Teilnehmer:innen für die Auslandskurse zu entsenden, die für die nationale Entwicklungsstrategie benötigt wurden.²¹⁷ Nach Informationen der westdeutschen Botschaft beschloss das ghanaische Kabinett im Sommer 1964 nur noch gezielt ausgewählte Programme zu realisieren. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Erkenntnis, dass ein Großteil der Rückkehrer:innen bis dato keine Anstellung in Ghana gefunden hatte.²¹⁸

Letztlich ging diese Strategie aber nicht auf. Sie scheiterte daran, dass der Industrialisierungsboom nicht wie geplant eintrat. Damit blieb auch der Bedarf

²¹⁴ Vgl. Katsakioris: Nkrumah's Elite, S. 7; ders.: Lumumba University, S. 291 f; ders.: Socialist Intelligentsia, S. 266 f.

²¹⁵ Vgl. Killick: Development Economics, S. 5.

²¹⁶ Vgl. ebd., S. 5 f.

²¹⁷ Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/549, Director (Training Division, Establishment Secretariat): Circular Letter 1/64, Betr.: Overseas Scholarships Programme in Relations to the Seven-Year Development Plan, 11.6.1964.

²¹⁸ Vgl. PA AA B 58 994, Brühl (Botschaft Accra) an das AA, Betr.: Praktikanten aus Ghana, 12.8.1964, S. 2.

an ausgebildeten Fachleuten deutlich niedriger als erwartet. Auf diese Diskrepanz zwischen Planung und Realität wies der Soziologie Philip Foster bereits in den 1960er Jahren hin. Er betonte: „It needs to be pointed out, however, that one of the characteristics of an underdeveloped economy is that the market demand for technical skills is small. This conflicts with the conception that there is an insatiable need for technically trained people in underdeveloped areas.“²¹⁹ Ein neuer Aspekt des postkolonialen Fachkräftedilemmas zeichnete sich ab: Wegen der ausbleibenden Industrialisierung fehlten Beschäftigungsmöglichkeiten für die ersten Rückkehrer:innen, die ihre Schulungen nun erfolgreich abgeschlossen hatten. Im April 1963 hielt die ghanaische Regierung erstmals fest, dass es zu viele „students with specialised certificates and degrees“²²⁰ gäbe.²²¹ Zu diesem Zeitpunkt ging sie aber noch optimistisch davon aus, dass sich dieses Problem von selbst lösen werde, sobald der *Seven-Year Development Plan* angelaufen sei. Dennoch blieb die CPP nicht tatenlos. Um steuernd auf die Beschäftigung der Rückkehrer:innen einwirken zu können, beschloss sie, eine Liste aller Auslandsstipendiaten zu erstellen und laufend zu aktualisieren. Darüber hinaus plante sie, innerhalb des *Scholarship Secretariats* eine eigene Abteilung für die Vermittlung der heimkehrenden Teilnehmer:innen einzurichten und die neu genehmigten Stipendien mit dem tatsächlichen Bedarf abzugleichen.²²² All diese Vorhaben scheiterten aber an einer völlig unzulänglichen Verwaltungs- und Vergabepaxis.

Probleme der Stipendienpraxis

Eine ausführliche Bestandsaufnahme der praktischen Arbeit des *Scholarship Secretariats* verfasste der britische Berater David D. Carmichael im Sommer 1967, knapp eineinhalb Jahre nach dem Sturz Nkrumahs. Carmichael, ein Mitarbeiter der britischen *Technical Assistance*, war zu diesem Zeitpunkt nicht nur seit drei

²¹⁹ Foster: *Education and Social Change*, S. 294.

²²⁰ GH/PRAAD/RG 1/11/126, Agenda for the 11th Meeting of the National Council for Higher Education, Item 10: Employment of Students Returning from Abroad, 24.4.1963.

²²¹ Wie Anton Tarradellas für das *African Scholarship Programm of American Universities* ausführt, standen auch andere afrikanische Staaten vor diesem Problem, wobei die Diskrepanz zwischen Bedarf und Angebot in den einzelnen Bereichen teilweise auf ungenügende Einschätzungen und Planungen der zuständigen US-amerikanischen Institutionen zurückging, teilweise aber auch auf die Wünsche und Eigeninitiative der Teilnehmer:innen. Vgl. Tarradellas: „A Glorious Future“, S. 9–11.

²²² Vgl. ebd.; GH/PRAAD/RG 1/11/126, National Council for Higher Education, Extract from the Minutes of the Eleventh Meeting of the National Council for Higher Education, Item 10, Employment of students Returning from Abroad, undatiert.

Monaten als Regierungsberater tätig, er hatte das *Scholarship Secretariat* auch in den Anfangsjahren geleitet, bevor der Ghanaer G. K. Benson ihn als Nachfolger ablöste. Dementsprechend war Carmichael durchaus mit der Praxis und den Erfordernissen der ghanaischen Stipendienpolitik vertraut. In seinem Bericht kam der Brite nun – gelinde gesagt – zu einem ernüchternden Urteil.

Das *Scholarship Secretariat*, so Carmichael, sei schlichtweg nicht in der Lage, seine beiden Hauptaufgaben zu erfüllen, nämlich sämtliche Stipendienprogramme an den ghanaischen Arbeitskräftebedarf anzupassen und alle geförderten Ghanaer:innen im Ausland zu erfassen. Die Gründe für dieses Versagen seien vielfältig. Sie reichten von akutem Personalmangel über eine unzureichende Aktenverwaltung bis hin zu der Tatsache, dass viele Politiker und Beamte:innen die Vergabeprinzipien unterliefen und eigenmächtig Fortbildungen vermittelten, ohne das Sekretariat zu informieren.²²³ Außerdem seien die Räumlichkeiten vollkommen ungeeignet für die Tätigkeit der Behörde, was unter anderem dazu führe, dass die überquellende Aktenablage faktisch allen Besucher:innen zugänglich sei.

„Even if there were a reception room and a receptionist, access to the offices is so unrestricted that proper control could not be exercised. The difficulties arising from unsuitable office accommodation would impair the efficiency of any Government organisation but the problem is more acute in the case of the Secretariat such as this which has to have direct dealings with the public. [...] [T]here is always a stream of students and their relatives seeking advice [...]“²²⁴

So sehr Accra auch die ausländischen Regierungen dazu anhielt, alle gewährten Studien- und Praktikumsstipendien zentral zu melden – in der westdeutschen Botschaft kursierten Gerüchte darüber, dass die CPP bereits vier ausländische Kulturinstitute geschlossen habe, weil sie diesen Meldepflichten nicht nachkamen – gelang es ihr nicht, den Überblick und damit die Kontrolle über die Auslandsschulungen zu behalten.²²⁵ Die Beschlüsse der Regierung waren daher nicht umgesetzt worden: Weder existierte eine Übersicht über die Geförderten im Ausland und die Rückkehrer:innen noch waren die Förderprogramme am ghanaischen Arbeitskräftebedarf ausgerichtet oder wurden auch nur miteinander ab-

223 Vgl. GH/PRAAD/RG 3/6/892, D. D. Carmichael an Secretary, National Liberation Council: Memorandum, undatiert [1967].

224 Ebd., S. 2.

225 Vgl. HHStAW 502–11647a, Dietrich Loewe (Botschaft Accra) an Barth (Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Hessen), Betr.: Gewährung von Sportstipendien, 7.3.1963, S. 1.

geglichen.²²⁶ Ursächlich dafür waren zum einen die materiellen Engpässe der Regierung, die verhinderten, dass dem Sekretariat ausreichend Personal oder angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung standen, und zum anderen das eigenmächtige Vorgehen von Ministern und Regierungsmitarbeiter:innen, die auf eigene Faust Stipendienprogramme organisierten, ohne die Behörde vorab zu informieren oder sich an die Vorgaben zu halten.

Eine solche inkonsistente Praxis war unter der CPP in vielen Bereichen verbreitet. Sie stellte also keine Besonderheit der Stipendienverwaltung dar. Eigenmächtige Entscheidungen von Politiker:innen und Regierungsmitarbeiter:innen waren gang und gäbe. Selbst Nkrumah setzte sich immer wieder über die von ihm getroffenen Bestimmungen hinweg.²²⁷ Vor diesem Hintergrund scheint die Tatsache, dass Theorie und Praxis der Stipendienpolitik auseinanderdrifteten, wiederum nicht so erstaunlich. Umso bemerkenswerter ist es aber, dass es zumindest zwei leitende Prinzipien gab, die anscheinend weitestgehend konsequent umgesetzt wurden: die verstärkte – aber nicht ausschließliche – Kooperation mit den sozialistischen Staaten und die Subvention der Auslandsstipendien. Von beidem versprach sich Accra das wirtschaftstheoretisch und technisch geeignete sowie ideologisch konforme Personal, um die nationale Entwicklungsstrategie umzusetzen. Die ghanaischen Bemühungen darum, zunehmend mehr Auslandsschulungen in den RGW-Ländern durchzuführen, schlug sich auch auf die Fortbildungskooperation mit den beiden deutschen Staaten nieder.

2.2 Fortbildungskooperation zwischen politischem Kalkül und Wirtschaftsinteressen

Im Herbst 1961 hatten sich die außenpolitischen Vorzeichen in Ghana eindeutig verschoben. Die vorsichtige Haltung gegenüber der DDR gab Accra mit der Annäherung an die sozialistischen Staaten auf. Ganz im Gegensatz zur ersten Phase bemühte sich die CPP-Regierung nun aktiv um engere Beziehungen zu Ost-Berlin. Das zeigte sich spätestens im Oktober 1961, als Nkrumah eine Regierungsdelegation entsandte, um die nur wenige Monate zuvor unterzeichneten protokollarischen Vereinbarungen nun auf Regierungsebene neu abzuschließen.²²⁸ Trotz der enger werdenden Beziehungen stagnierten die gemeinsamen Praktikumspro-

²²⁶ Siehe hierzu auch: GH/PRAAD/RG 11/1/112, o. A.: Minutes of the Meeting Held in the Office of the Minister of Labour on Special Training Scheme, 7.1.1966, S. 1.

²²⁷ Killick führt dies unter anderem exemplarisch an der ebenfalls problematischen Realisierung des *Seven-Year Development Plans* aus. Vgl. Killick: Development Economics, S. 153–155.

²²⁸ Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 193.

gramme aber weiterhin, denn die SED-Regierung sah sich nicht in der Lage, Schulungen in größerem Umfang zu finanzieren. Sie benötigte ihre finanziellen Ressourcen für den Versuch, die ostdeutsche Wirtschaft so umzustrukturieren, dass sie unabhängiger von westlichen Importen wurde. Erst als Ghana 1963 so weit ging, eine Handelsmission in der DDR zu eröffnen, nahm auch die Fortbildungskooperation der beiden Länder zu.

Gegenüber der BRD trat Accra in der zweiten Phase politisch zurückhaltend auf – ebenfalls im Kontrast zu den Vorjahren. Die westdeutsche Außenpolitik gegenüber Accra war in dieser Zeit durchgängig von deutschlandpolitischen Erwägungen geprägt. Dabei versuchte Bonn auch, die eigene ökonomische Potenz zu nutzen, um Accra so weit noch möglich wieder an den Westen zu binden. Die Praktikumsprogramme waren Teil dieser Strategie, wobei Nkrumahs Regierung bis 1964 kaum Interesse an den westdeutschen Schulungen zeigte. Bis dahin nahm Ghana nur vereinzelte Schulungsangebote der Bundesregierung an. Das änderte sich erst, als sich die ghanaische Wirtschaftslage Mitte des Jahrzehnts so weit verschlechtert hatte, dass Accra dringend auf Kredite der BRD angewiesen war.

Ghana und die DDR: ein verspäteter Honeymoon

Vergebliche Annäherungsversuche Accras

Als Nkrumah die sozialistischen Staaten im Sommer 1961 darum bat, ghanaische Praktikant:innen in großem Umfang aufzunehmen, wandte er sich unter anderem auch an Walter Ulbricht. Er bat den ostdeutschen Staatschef darum, 400 Stipendiat:innen pro Jahr in der DDR zu schulen.²²⁹ Das hätte einer enormen Steigerung der Zusammenarbeit entsprochen, denn in den Jahren zuvor hatte Ghana lediglich über ein Kontingent von 30 Schulungsplätzen verfügt und dieses nicht einmal voll ausgeschöpft. Als im Oktober 1961 eine ghanaische Regierungsdelegation in der DDR weilte, um die gemeinsamen Abkommen neu abzuschließen, brachte der Delegationsleiter, Krobo Edusei, das Thema erneut auf. Er versuchte, die SED-Regierung davon zu überzeugen, wenn schon nicht 400, so doch zumindest 200 Fortbildungen zu finanzieren.²³⁰ An den ostdeutschen Schulungen

229 Vgl. GH/PRAAD/RG 7/1/2188, Dr. Kwame Nkrumah an Walter Ulbricht: Aide Memoiré, undatiert [1961].

230 Vgl. BArch DL 2/VAN 762, o. A.: Protokoll über die 2. Plenarsitzung am 17.10.1961 [Abschrift], 21.10.1961, S. 3. Siehe auch: BArch DL 2/VAN 762, Referat Ghana (MfAA) an Kramer (MAI) u. a.: Bericht über den Aufenthalt der Ghanesischen Regierungs-Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik, 25.10.1961, S. 7 & 9.

sei Accra vor allem wegen der ideologischen Komponente interessiert, die zum sozialistischen Aufbau Ghanas beitragen solle, so unterstrich Edusei dem abschließenden Bericht des MfAA zufolge. Darüber hinaus verfolge Ghana mit der angestrebten engeren Zusammenarbeit das Ziel, die Angebote der kapitalistischen Länder zu ersetzen.²³¹ Nach der Reise Nkrumahs durch die sozialistischen Staaten waren beispielsweise die Beziehungen zwischen Accra und London deutlich angespannt.²³² Man müsse damit rechnen, führte der Minister aus, dass die ghanaischen Stipendiat:innen möglicherweise aus Großbritannien ausgewiesen würden.²³³ Edusei umwarb also die ostdeutsche Regierung, indem er die politischen Übereinstimmungen zwischen Ghana und der DDR hervorhob und ihr eine engere und privilegierte Kooperation in Aussicht stellte. Eine intensivere Zusammenarbeit mit Ost-Berlin hätte in der Tat der neuen ghanaischen Stipendienpolitik entsprochen. Eduseis Bemühungen blieben aber ohne Erfolg. Die SED-Regierung lehnte Nkrumahs Wunsch nach einem höheren Schulungskontingent ab.²³⁴ Im Kulturabkommen vom Oktober 1961 erklärte sie lediglich die allgemeine Bereitschaft, Ghana bei der Aus- und Weiterbildung zu unterstützen, ohne sich aber auf eine konkrete Zahl von Teilnehmer:innen festzulegen.²³⁵

Drei Gründe waren ausschlaggebend für die ostdeutsche Zurückhaltung: Zum einen war sie eine Folge der vorherigen Zögerlichkeit Ghanas. So forderte Sepp Schwab, Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten, dass Ghana zunächst die bestehenden Kontingente ausnutzen müsse, bevor über eine Erweiterung gesprochen werden könne. Die Tatsache, dass Accra für 1960/61 nur zwei Drittel der Schulungsplätze in Anspruch genommen und im September 1961

231 Vgl. BArch DL 2/VAN 762, Referat Ghana (MfAA) an Kramer (MAI) u.a.: Bericht über den Aufenthalt der Ghanesischen Regierungs-Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik, 25.10.1961.

232 Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 73f.

233 Vgl. BArch DL 2/VAN 762, Referat Ghana (MfAA) an Kramer (MAI) u.a.: Bericht über den Aufenthalt der Ghanesischen Regierungs-Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik, 25.10.1961, S. 7.

234 Vgl. BArch DL 2/VAN 762, o. A.: Protokoll über die 2. Plenarsitzung am 17.10.1961 [Abschrift], 21.10.1961, S. 3; GH/PRAAD/RG 7/1/1662, Krobo Edusei: Report on Agreements signed with the Government of the German Democratic Republic, strictly confidential, 1.11.1961.

235 Vgl. BArch DL 2/VAN 762, Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Ghana über kulturelle Zusammenarbeit, 19.10.1961, S. 2. Siehe auch: GH/PRAAD/RG 7/1/1662, Krobo Edusei: Report on Agreements signed with the Government of the German Democratic Republic, strictly confidential, 1.11.1961, S. 2.

für die Jahre 1961/62 noch keine:n einzige:n Praktikant:in entsandt hatte, führte anscheinend dazu, dass Ost-Berlin die Aufstockungswünsche nicht ernst nahm.²³⁶

Hinzu kam eine solide Skepsis gegenüber dem ghanaischen Verhandlungsleiter. Nkrumah hatte offensichtlich keine glückliche Entscheidung getroffen, als er Edusei mit der Delegationsleitung beauftragte. Denn während das MfAA die Delegation insgesamt als prosozialistisch einschätzte, fiel die Beurteilung Eduseis deutlich negativ aus. Er gebe sich nur „als Freund des sozialistischen Lagers aus, ist aber in der Tat ein Vertreter des rechten Flügels der Bourgeoisie Ghana's. Im Auftreten ist er sehr wendig und macht schnell leere Versprechungen“²³⁷, lautete das Urteil des Ghana-Referats im MfAA. Eduseis enge Verbindungen in den Westen waren der ostdeutschen Regierung offensichtlich nicht verborgen geblieben und gerieten der Delegation nun zum Nachteil.

Hauptsächlich aber fehlten der DDR im Herbst 1961, als die ghanaische Delegation im Lande weilte, schlicht die finanziellen Mittel, um Zusagen in der gewünschten Größenordnung zu machen. Schon vor dem Mauerbau hatte die SED-Regierung mit tiefgreifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Die zunehmende Abwanderung von DDR-Bürger:innen in den Westen und Importengpässe bei bestimmten Rohstoffen hatten bereits vor 1961 dazu geführt, dass die Wachstumsraten im Vergleich zu den späten 1950er Jahren eingebrochen waren und Ost-Berlin die eigenen ökonomischen Planziele um Längen verfehlt hatte. Das war nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch fatal, da die Regierung das Versprechen, den ostdeutschen Lebensstandard zu erhöhen, so nicht hatte einlösen können. Folglich hatten die Ausreisen in die BRD weiter zugenommen – was wiederum weitere Wirtschaftsplanungen erschwert hatte. Außerdem waren die Schulden der DDR im westlichen Ausland gewachsen. Diese Situation hatte letztlich zu der Entscheidung geführt, die Berliner Mauer zu bauen, um eine weitere Abwanderung der DDR-Bürger:innen zu verhindern und Planungssicherheit herzustellen.²³⁸ Faktisch waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten damit aber nicht behoben, denn zum einen entstanden durch die Er-

236 Vgl. BArch DL 2/VAN 762, Schwab (MfAA): Vorlage für das Politbüro des ZK der SED betreffs Verhandlungen mit einer ghanesischen Regierungsdelegation über das Aide Memoire der ghanesischen Regierung [...], 21.9.1961, S. 2.

237 BArch DL 2/VAN 762, Referat Ghana (MfAA) an Kramer (MAI) u. a.: Bericht über den Aufenthalt der Ghanesischen Regierungs-Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik, 25.10.1961, S. 12.

238 Vgl. André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S. 39 – 44.

richtung der Mauer und die notwendigen logistischen Folgemaßnahmen selbst neue Kosten und zum anderen bemühte die SED-Spitze sich parallel zum Mauerbau darum, mit der sogenannten „Störfreimachung“ unabhängiger von wirtschaftlichen Importen des Westens zu werden. Die Kosten für beides zusammen veranschlagt der Historiker André Steiner auf mindestens 3 Milliarden Mark.²³⁹ Dementsprechend verbesserte sich die wirtschaftliche Lage der DDR nach dem Mauerbau nicht.²⁴⁰

Die ghanaische Bitte, die Zahl der Regierungsstipendien um ein Vielfaches zu erhöhen, erreichte die ostdeutsche Regierung also zu einem ausgesprochen ungünstigen Zeitpunkt. Bei den bilateralen Verhandlungen warb Bruno Leuschner, Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates und ehemaliger Vorsitzender der SPK, um Verständnis für diese Lage. Er erläuterte der ghanaischen Delegation:

„Die wichtigste Aufgabe für uns auf ökonomischem Gebiet ist die Frage der Störfreimachung der Wirtschaft von Westdeutschland. Die Maßnahmen, die von uns am 13.8.1961 und nachher zur Sicherung des Friedens durchgeführt wurden, erfordern unsere ganze Kraft. Es machten sich Planänderungen notwendig; daher ist es im Moment nicht möglich, alle Wünsche unserer ghanesischen Freunde restlos zu erfüllen.“²⁴¹

Für die SED-Regierung stand 1961 erst einmal die eigene wirtschaftliche Konsolidierung im Vordergrund. Eine umfassende Ausweitung der Praktikumsprogramme kam daher nicht infrage. Damit verpasste Ost-Berlin die Chance, die Fortbildungskooperation mit Ghana frühzeitig auszubauen, und zwar obwohl der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe Ghana kurz zuvor zum Schwerpunktland ernannt hatte und alle Mitgliedsstaaten ermutigte, Studien- und Ausbildungsstipendien für Ghanaer:innen bereitzustellen.²⁴² Die schwierige Wirtschaftslage hinderte die DDR daran, dieser Aufforderung nachzukommen. Daher blieb die Zahl der ghanaischen Programmteilnehmer:innen auch in den Jahren 1961 und 1962 gewohnt niedrig. Sie umfasste nur 19 beziehungsweise 22 Betriebsprakti-

239 Vgl. André Steiner: Eine wirtschaftliche Bilanz der Mauer, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad Jarausch/Christoph Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall, Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, S. 189–202, hier: S. 189–192.

240 Vgl. Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform, S. 46–48.

241 BAArch DL 2/VAN 762, Referat Ghana (MfAA) an Kramer (MAI) u. a.: Bericht über den Aufenthalt der Ghanesischen Regierungs-Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik, 25.10.1961, S. 6.

242 Vgl. Katsakioris: Nkrumah's Elite, S. 6.

kant:innen.²⁴³ Erst ab 1963 nahm der Umfang der bilateralen Programme deutlich zu.²⁴⁴

Tabelle 11: Ghanaische Praktikant:innen in der DDR; 1961–1966.²⁴⁵

1961	1962	1963	1964	1965	1966
19	22	66	74	k. A.	59

„Allseitiger“ Ausbau der Beziehungen – die Kooperation kommt in Schwung

Seit 1958 hatten Ost-Berlin und Accra also wechselseitig um eine engere gemeinsame Fortbildungskooperation geworben, die aber stets aufgrund von politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen des jeweils anderen Partners gescheitert war. Im Jahr 1963 schien nun endlich die Zeit gekommen, die Zusammenarbeit auszuweiten. Beide Seiten machten deutliche Schritte aufeinander zu. Die ghanaischen Bemühungen um enge Beziehungen zu Ost-Berlin gingen sogar so weit, dass die CPP-Regierung im September 1963 eine Wirtschafts- und Handelsmission (WHM) in der DDR eröffnete. Damit war Ghana das dritte Land außerhalb der sozialistischen Welt, das eine staatliche Vertretung in der DDR besaß.²⁴⁶ Nicht nur wegen dieser Pionierrolle war die Eröffnung der ghanaischen Handelsmission ein beachtlicher Schritt. Die ghanaische Regierung

243 Vgl. PA AA MfAA A 14352, 4. AEA, Referat Ghana: Bericht über die Entwicklung der Beziehungen [...]1, 23.11.1961; BArch, DE 1/21382, Übersicht – Ausbildung ausländischer Bürger, Stand: 5.1.1962.

244 Vgl. für die Jahre 1963–1966: PA AA MfAA A 16837, MfAA, Kulturabteilung: Stand der Ausbildung von Praktikanten (Facharbeitern) in Betrieben und Institutionen der DDR per 31.12.1963; BArch DC 20/7314, Kozyrowski (Büro des Ministerrates): Abschluß von Kultur-, Studenten- und Facharbeiterabkommen mit Ghana, Guinea und Mali, 28.04.1964; BArch DL 2/VAN 224, MAI: Aufstellung über ghanesische Staatsbürger, die in Betrieben und Einrichtungen der DDR eine berufliche Qualifizierung erhalten, undatiert [11.5.66].

245 Vgl. PA AA MfAA A 14352, 4. AEA, Referat Ghana: Bericht über die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur Republik Ghana, 23.11.1961; BArch DE 1/21382, o. A.: Übersicht – Ausbildung ausländischer Bürger, Stand: 5.1.1962; PA AA MfAA A 16837, MfAA, Kulturabteilung: Stand der Ausbildung von Praktikanten (Facharbeitern) in Betrieben und Institutionen der DDR per 31.12.1963; BArch DC 20/7314, Kozyrowski (Büro des Ministerrates): Abschluß von Kultur-, Studenten- und Facharbeiterabkommen mit Ghana, Guinea und Mali, 28.04.1964; BArch DL 2/VAN 224, MAI: Aufstellung über ghanesische Staatsbürger, die in Betrieben und Einrichtungen der DDR eine berufliche Qualifizierung erhalten, undatiert [11.5.66].

246 Vor Ghana hatten, abgesehen von den sozialistischen Staaten, nur Finnland und die VAR eigene Vertretungen in der DDR eröffnet. Vgl.: Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 74 f; Landricina: Deutsch-deutscher Gegensatz, S. 386.

riskierte damit, die Bundesrepublik sowohl als „Geberin“ von Entwicklungsgeldern als auch als wichtige Kakaoimporteurein zu verlieren. Nur gute zwei Jahre zuvor hatte sich Accra aus diesem Grund noch auf alle erdenklichen Arten abgesichert, bevor sie bereit war, ein Handelsabkommen mit Ost-Berlin abzuschließen (siehe Kapitel 1.2). Die Tatsache, dass Nkrumah nun sogar eine offizielle Vertretung – und damit die Vorstufe einer Botschaft – in der DDR einrichtete, verdeutlicht die Reichweite seiner politischen Neuausrichtung sowie das anhaltende Interesse an engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur SED-Regierung.²⁴⁷ Die Bundesregierung reagiert faktisch ausgesprochen gemäßigt auf die Eröffnung der ghanaischen Handelsmission: Sie bestellte lediglich den westdeutschen Botschafter zur Berichterstattung nach Bonn und fror die Entwicklungsgelder für Ghana bis zum folgenden Frühjahr ein.²⁴⁸

Ost-Berlin wiederum erkor Ghana im Zuge der afrikapolitischen Neuausrichtung 1963 abermals als Schwerpunktland aus. Die neue Strategie bestand darin, die Zahl der Schwerpunktländer deutlich zu reduzieren, um die finanziellen Kräfte stärker auf diese wenigen Staaten zu konzentrieren. Die Beziehungen zu den Schwerpunktländern sollten auf allen Ebenen – wirtschaftlich, politisch und kulturell – ausgebaut werden.²⁴⁹ Auch gegenüber Ghana bemühte sich die SED-Regierung darum, die Verbindungen „allseitig“²⁵⁰ zu pflegen, mit dem Ziel, über die immer enger werdenden Kontakte schließlich die diplomatische Anerkennung zu erreichen. Ost-Berlin begann also, die Wirtschaftsbeziehungen zu Accra auszubauen, entsandte und empfing jährlich mehrere staatliche Delegationen und schuf auf Parteiebene und über die gesellschaftlichen Organisationen ein ausgesprochen enges bilaterales Netzwerk.²⁵¹ Für die Aus- und Weiterbil-

247 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 205. Auslöser für die Entscheidung, die Handelsmission in der DDR zu eröffnen, war, Matteo Landricina zufolge, Nkrumahs Verärgerung darüber, dass die Bundesrepublik der Regierung in Togo – als Nachbarland einer der wichtigsten Konkurrenten Ghanas – einen wesentlich höheren Kapitalhilfekredit gewährt hatte als Accra. Vor diesem Hintergrund war die Einrichtung der Mission nicht nur ein politischer Freundschaftsbeweis gegenüber dem Osten, sondern auch ein Schachzug im Spiel „Entwicklungsgelder gegen Loyalität“. Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 315–320.

248 Vgl. Landricina: Deutsch-deutscher Gegensatz, S. 386 f.

249 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 184–186; Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 277 & 292.

250 BArch DC 20-I/4/1069, Beschluß über die Schlußfolgerungen aus der Reise der Sonderbotschafter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Dr. Heinrich Homann, Dr. Grete Wittkowski und Paul Scholz, nach der Vereinigten Arabischen Republik, Syrien, Indien, Burma, Guinea, Mali, Dahomey und Ghana, undatiert [1964], S. 1.

251 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 193–195; Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 292 f.

dungsprogramme bedeutete dies, dass Ost-Berlin endlich bereit war, mehr Stipendien zu finanzieren. Die Zahl der ghanaischen Praktikant:innen in der DDR verdreifachte sich 1963 im Vergleich zum Vorjahr: 66 Fachkräfte aus Ghana erhielten nun eine Schulung in ostdeutschen Betrieben.²⁵²

Auch 1964 blieb Ghana für die SED-Regierung das „wichtigste[] Schwerpunktland in Afrika südlich der Sahara“²⁵³, was sich offensichtlich auf die Fortbildungskooperation niederschlug. In diesem Jahr unterzeichneten beide Staaten ein offizielles Abkommen über betriebliche Weiterbildungen – das sogenannte „Facharbeiterabkommen“ – sowie ein Abkommen über die Entsendung von Student:innen.²⁵⁴ Ost-Berlin verfolgte damit das Ziel, das Vertragsnetz zu Ghana weiter auszubauen und „eine höhere Etappe der kulturellen Beziehungen“²⁵⁵ einzuleiten, was wiederum auch dem Zweck diene, den Einfluss der kapitalistischen Staaten vor Ort insbesondere den der BRD, zu begrenzen.²⁵⁶ Schon vor dem Abschluss der Abkommen Mitte Mai 1964 war die Zahl der ghanaischen Praktikant:innen in der DDR noch einmal auf 74 Personen gestiegen.²⁵⁷ Nach der Unterzeichnung schien in diesem Bereich für Ost-Berlin alles nach Plan zu laufen. 1965 konnte die zuständige Außereuropäische Abteilung des MfAA feststellen, dass sowohl das Kontingent des „Facharbeiterabkommens“ als auch das des „Studentenabkommens“ voll ausgelastet worden seien. Die Abteilung war überzeugt: „Die Qualität der Ausbildung in der DDR genießt in Ghana ein hohes Ansehen.“²⁵⁸

In anderen Bereichen wiederum entwickelte sich die Zusammenarbeit zwischen Ghana und der DDR nicht wie vorgesehen, vor allem der Ausbau der

252 Vgl. PA AA MfAA A 16837, MfAA: Stand der Ausbildung von Praktikanten (Facharbeitern) in Betrieben und Institutionen der DDR per 31.12.1963.

253 BArch DC 20-I/4/1069, Beschluß über die Schlußfolgerungen aus der Reise der Sonderbotschafter [...], undatiert [1964], S. 8.

254 Vgl. BArch DC 20/11543, Kattner (MAW): Konzeption über die weitere Gestaltung der Ausenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu Republik Ghana, 7.5.1968, S. 4, sowie Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 196.

255 BArch DC 20/7314, o. A.: Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED, Betr.: Entsendung einer Delegation nach Ghana, Mali und Guinea zum Abschluß von Kultur-, Studenten- und Facharbeiterabkommen sowie von Kulturarbeitsplänen, undatiert [1964], S. 2.

256 Vgl. ebd., S. 2.

257 Vgl. BArch DC 20/7314, Kozyrowski (Büro des Ministerrates): Abschluß von Kultur-, Studenten- und Facharbeiterabkommen mit Ghana, Guinea und Mali, 28.04.1964.

258 BArch SAPMO DY 30/IV A 2/20 906, 4. AEA: Information für den Besuch der Delegation des ZK der SED unter der Leitung [...] [von] Paul Verner nach Ghana, 22.3.1965.

Wirtschaftsbeziehungen blieb hinter den Erwartungen zurück.²⁵⁹ Die Afrika-Abteilung des MfAA stellte selbst fest:

„Den recht gut entwickelten politischen und kulturellen Beziehungen [zu Ghana, J. O.] steht die recht schwache ökonomische Zusammenarbeit gegenüber (Bei Westdeutschland ist das genau umgekehrt) [...] Die Erweiterung und Verbesserung der ökonomischen Beziehungen sind deshalb der Schwerpunkt in unserer Außenpolitik gegenüber Ghana.“²⁶⁰

Auch die ostdeutsche WHM in Accra kam zu dem Schluss, dass der Absatz von Maschinen in Ghana gesteigert werden müsse. Wieder einmal gingen die ostdeutschen Stellen davon aus, mithilfe der Schulungsprogramme einen höheren Export erreichen zu können. Um sich gegen die starke britische Konkurrenz durchzusetzen, die den Maschinenimport in Ghana dominierte, schlug die WHM 1965 vor, die Bildungskoooperation gezielt auszubauen: „Wir müssen mehr ghanesische Kader bei uns ausbilden bzw. unsere Fachkräfte hier einsetzen [...], das würde uns den Absatz von Maschinen und Ausrüstungen wesentlich erleichtern.“²⁶¹ Wie bereits in den späten 1950er Jahren, unternahm Ost-Berlin also einen erneuten Versuch, die Fortbildungsprogramme als Türöffner für ostdeutsche Exporte zu nutzen. Die inzwischen gut ausgebaute Fortbildungskoooperation sollte nun in den Dienst der ökonomischen Interessen gestellt werden.

Die ostdeutsche Regierung setzte also wieder verstärkt auf das wirtschaftliche Potenzial, das vermeintlich in den Auslandsschulungen steckte. Überhaupt bemühte sich Ost-Berlin entsprechend der neuen afrikapolitischen Strategie darum, die Beziehungen zu den Schwerpunktländern umfassend auszubauen. Dabei traten ab 1964/65 zunehmend genuin wirtschaftliche Interessen neben das politische Ziel, die afrikanischen Partner:innen als Verbündete im Kampf gegen die BRD zu gewinnen. Die SED-Spitze setzte darauf, mehr Rohstoffe aus dem globalen Süden einzuführen und damit den ostdeutschen Importbedarf zu decken. Gleichzeitig plante sie, mehr Industrieerzeugnisse, „darunter vor allem der metallverarbeitenden Industrie“²⁶² in diese Staaten zu exportieren. Für Ghana war

²⁵⁹ Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 206.

²⁶⁰ BArch SAPMO DY 30/IV A 2/20 906, 4. AEA: Information für den Besuch der Delegation des ZK der SED unter der Leitung [...] [von] Paul Verner nach Ghana, 22.3.1965, Hervorhebung i. O.

²⁶¹ BArch SAPMO DY 30/IV A 2/20/908, WHM Ghana: Diskussion der 4. Ökonomischen Beratung der WHM Ghana, 8.2.1965, S. 2.

²⁶² BArch DC 20-I-4/1070, Ministerrat der DDR: Richtlinie für die Leitung und Koordinierung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zu Entwicklungsländern, in: Mitteilungen des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 26.1.1965, S. 32–45, hier: S. 33. Zum Ausbau der ökonomischen Beziehungen siehe auch: Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 205; Winrow: The Foreign Policy, S. 160 f.

bis zum Jahre 1970 eine Verdreifachung des ostdeutschen Exports anvisiert.²⁶³ Auch andere ehrgeizige Vorhaben vereinbarten die CPP- und die SED-Regierung, wie beispielsweise die Verdopplung des Warenaustauschs bis 1966 oder die Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsausschusses. Darüber hinaus schlossen sie im Sommer 1965 ein Kreditabkommen im Umfang von 85 Millionen Valutamark beziehungsweise 24 Millionen Dollar ab.²⁶⁴ Die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten befanden sich damit auf einem Höhepunkt.

Die Umsetzung dieser ehrgeizigen Pläne war in der Praxis hingegen nicht so einfach. Die Absicht, die Praktikumsprogramme in den Dienst des stärkeren Wirtschaftsaustausches zu stellen, scheiterte zunächst, trotz der engen Bindung der beiden Staaten. Der Teufel steckte im Detail. Zwar bemühte das zuständige MAI sich, die Schulungen an den ostdeutschen Exportbedarf zu koppeln, allerdings deckte sich dieser häufig nicht mit den ghanaischen Importinteressen.²⁶⁵ Bevor aber Accra und Ost-Berlin eine Lösung für die divergierenden Interessen finden konnten, beendete der Sturz Nkrumahs im Februar 1966 die enge Kooperation der vergangenen drei Jahre abrupt.

... und die Abwanderungsfrage?

Dass in den frühen 1960er Jahren immer mehr ghanaische Student:innen und Praktikant:innen die RGW-Länder verließen und in den Westen ausreisten, beeinflusste sowohl die staatliche Stipendienpolitik Ghanas stark als auch die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten insgesamt. Daher liegt es nahe, zu fragen, inwiefern die Abwanderungsfrage auch die Fortbildungskooperation zwischen Accra und Ost-Berlin prägte. Da die Quellenbestände beider Staaten den bilateralen Umgang mit diesem brisanten Thema kaum dokumentieren, muss diese Frage hier allerdings weitestgehend offenbleiben. Für die frühen 1960er Jahre sind nur wenige Einzelfälle belegt, in denen ghanaische Praktikanten ernsthaft die Absicht äußerten, aus der DDR in die BRD zu wechseln.²⁶⁶ Und auch für die Mitte des Jahrzehnts, als sich die Ausreisen aus dem Osten häuften, ist keine ergiebigere Überlieferung vorhanden. Ein entscheidender Unterschied be-

263 Vgl. BArch DC 20/7314, WHM in Ghana an Sekretariat des ZK der SED, ohne Betreff, 17. 2. 1965, S. 3.

264 Vgl. Engel/Schleicher: Die beiden deutschen Staaten, S. 207.

265 Vgl. BArch DL 2/VAN 224, MAI: Bericht über die ökonomischen Beziehungen der DDR mit der Republik Ghana, die Perspektiven ihrer Entwicklung bis 1970 und die dabei zu lösenden Aufgaben, 28. 10. 1965, S. 12.

266 In den Jahren 1961 und 1962 blieb die Anzahl der Wechselkandidaten sicherlich auch deshalb niedrig, weil überhaupt nur um die 20 ghanaische Praktikant:innen in der DDR weilten.

stand allerdings zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Staaten: Dort verdienten die ausländischen Fachkräfte in der Regel nicht mehr als das Gros der Bevölkerung. Das Einkommen der Betriebspraktikant:innen in Ostdeutschland entsprach dem der niedrigsten Facharbeiter:innen und war damit nicht sonderlich hoch.²⁶⁷ Damit entfiel ein großer Konfliktherd, der in den restlichen RGW-Staaten anscheinend zu anhaltenden Spannungen zwischen den Stipendiat:innen und der lokalen Bevölkerung geführt hatte. Möglicherweise brachen aus diesem Grund in der DDR weniger Teilnehmer:innen ihre Schulung ab als in den „Bruderländern“.

Ghana und die BRD: die deutsch-deutsche Konkurrenz dominiert die Praxis

Die BRD: große Wirtschaftspartnerin – kleine Ausbildungspartnerin

Die Annäherung an die sozialistischen Staaten führte zwangsläufig zu Spannungen zwischen Ghana und der BRD. Diese latenten politischen Konflikte erreichten in der ersten Hälfte der 1960er Jahre mehrfach ein akutes Stadium, etwa als die ghanaische Staatspresse, die regelmäßig Diffamierungskampagnen gegen Bonn führte, den westdeutschen Botschafter beschuldigte, von Attentatsplänen gegen Nkrumah gewusst zu haben.²⁶⁸ Dennoch hielten beide Länder weiterhin enge Wirtschaftsbeziehungen aufrecht. Die Bundesregierung blieb nach wie vor eine der wichtigsten Handelspartner:innen der CPP-Regierung: Zwischen 1961 und 1964 war die Bundesrepublik stets eine der vier größten Abnehmer:innen ghanaischer Exportwaren.²⁶⁹ Insbesondere durch die hohe Kakaoausfuhr nach Westdeutschland verfügte Accra in den 1960er Jahren durchgängig über eine positive Handelsbilanz gegenüber der BRD.²⁷⁰ Die Bundesrepublik kaufte mehr Kakao aus Ghana als alle RGW-Staaten zusammen.²⁷¹ Der Handel mit Bonn zahlte sich für Accra also aus.

Darüber hinaus erhoffte sich Nkrumahs Regierung von der Bundesrepublik weitere finanzielle Unterstützung bei der Industrialisierung des Landes. Im

267 Vgl. BAarch DC 20-I-4 255, o. A.: Anordnung zum Beschluß des Ministerrates vom 12.9.1957 über die berufliche Aus- oder Weiterbildung für Bürger anderer Staaten [...], 12.9.1957, S. 3. Siehe hierzu auch: Stephan/Wiedemann: Lohnstruktur und Lohndifferenzierung, S. 556.

268 Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 311–315.

269 Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderberichte Ghana 1967, Stuttgart/Mainz 1967, S. 71.

270 Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 268; Langer: Die Außen- und Entwicklungspolitik, S. 45–47.

271 Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 362.

Sommer 1961 – parallel zu der Annäherung an die RGW-Länder – begannen Accra und Bonn, über ein erstes Kreditabkommen zu verhandeln. Ghana schwebte ein Kreditrahmen von 100 Millionen DM vor, der so allerdings nicht zustande kam. In Anbetracht der ghanaischen Linksausrichtung war die Bundesregierung nicht bereit, das Kreditabkommen in dieser Größenordnung abzuschließen. Auf der anderen Seite hielt insbesondere Botschafter Lüders es nicht für ratsam, die finanzielle Unterstützung komplett zu verweigern, da dies mutmaßlich nur die Verbindung zwischen Ghana und der SU stärken würde. Die westdeutsche Lösung des Dilemmas lag darin, nur einen Teil der gewünschten Summe zu gewähren. Ende 1961 sagte die Bundesregierung einen Kredit von 20 Millionen DM zu, den Accra für den Bau einer Straßenbrücke über den Volta nutzte.²⁷² Den entsprechenden Vertrag unterzeichneten beide Parteien allerdings erst im Mai 1963.²⁷³ Die Pläne Nkrumahs, eine Handelsmission in Ost-Berlin zu eröffnen, hatten dazu geführt, dass Bonn zwischenzeitig alle geplanten Entwicklungskooperationen auf Eis legte.²⁷⁴ Als das Kreditabkommen endlich zustande kam, war dies ein Erfolg für die BRD, die sich damit als Partnerin für die ghanaischen Infrastrukturprojekte etablierte. Verbindungen zu westdeutschen Firmen, die teilweise eigene Kredite gewährten, hatte sie schon vorher vermittelt.²⁷⁵ Sie nutzte die Aussicht auf weitere finanzielle Unterstützung und eine enge ökonomische Kooperation ganz gezielt, um zu verhindern, dass Ghana die DDR anerkannte.²⁷⁶

Obwohl die Bundesregierung vor allem wirtschaftlich aber auch entwicklungspolitisch eine wichtige Partnerin Accras blieb, wirkte sich dies erstaunlicherweise kaum auf die praktische Fortbildungszusammenarbeit der beiden Staaten aus. Im Gegenteil, die gemeinsamen Praktikumsprogramme stagnierten auf niedrigem Niveau. Unter den 951 „Regierungspraktikanten“, die 1962 im Rahmen der Bundesprogramme gefördert wurden, befanden sich nur 13 ghanaische Teilnehmer. Auch in den folgenden beiden Jahren stieg diese Zahl kaum an. Die Planungen für das Jahr 1964 sahen zunächst ebenfalls lediglich 15 ghanaische

272 Vgl. ebd., S. 306f. Landricina erwähnt hier, dass die Gelder ursprünglich für den Bau einer Schnellstraße zwischen Accra und Tema verwendet werden sollten. Diesen Plan verwarf die CPP aber, da der westdeutsche Kredit für die Baukosten nicht ausgereicht hätte. Vgl. BArch B 136/2978, BMWi an die Mitglieder des IRA für Kapitalhilfe, Betr.: Ghana, 1.9.1962.

273 Vgl. Langer: Die Außen- und Entwicklungspolitik, S. 113.

274 Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 320.

275 Vgl. Ebd., S. 307; Langer: Die Außen- und Entwicklungspolitik, S. 51–53.

276 Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 307 & 322.

Fachkräfte vor.²⁷⁷ Erst gegen Ende des Jahres sagte die Firma Stahlunion die Übernahme eines größeren Kontingents zu.²⁷⁸

Dass die bundesdeutschen Schulungen für Ghana zunächst keinen größeren Umfang erreichten lag hauptsächlich daran, dass sich hier, wesentlich deutlicher als im Außenhandel, die sozialistische Orientierung Accras niederschlug. Während die CPP-Regierung weiterhin auf die westdeutsche Kakaoabnahme angewiesen war und auch die Unterstützung der Bundesregierung für ihre Entwicklungspläne benötigte, besaß sie bei den Auslandsschulungen einen deutlich größeren Spielraum. Die RGW-Staaten boten zahlreiche Fortbildungen an, die aus Sicht der ghanaischen Regierung noch dazu den Vorteil boten, dass sie sich ideologisch besser in das angestrebte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem fügten. Im Vergleich dazu schienen die Bonner Schulungen weniger attraktiv.

Gleichzeitig täuschen die statistischen Zahlen der Bundesregierung ein Stück weit, denn Accra schickte durchaus Praktikant:innen nach Westdeutschland, nur üblicherweise nach Hessen. Durch die Programme der hessischen Landesregierung war eine interne Konkurrenz der Bundesregierung entstanden, die letztere durch ihre finanzielle Unterstützung der hessischen Schulungen selbst mit aufgebaut hatte. Die hessisch-ghanaischen Schulungen hatten sich – auch durch die engen persönlichen Kontakte zwischen Reuß und Edusei – gut etabliert. Ob die Bundesregierung diese regionale Konzentration eventuell gezielt unterstützte, ist unklar. In jedem Fall förderten Botschafter Lüders und sein Presse- und Kulturattaché Dietrich Loewe das hessische Engagement und baten Hessen um die Aufnahme weiterer ghanaischer Praktikant:innen, mit der Begründung, es „sei von außerordentlicher Bedeutung, gerade jetzt noch mehr Ghanaier nach der Bundesrepublik und nach dem Westen als Praktikanten kommen zu lassen, damit sie die Unterschiede zwischen der östlichen und der westlichen Lebensauffassung kennenlernen.“²⁷⁹ So lief Wiesbaden Bonn bei der Fortbildungs Kooperation

277 Ob die westdeutschen Statistiken tatsächlich alle ghanaischen „Regierungspraktikanten“ erfassten, ist allerdings unklar. Die Aufstellung von 1962 trägt die einschränkende Bemerkung „soweit dem BMZ bekannt“. Bei späteren Übersichten der bereits realisierten oder geplanten Fortbildungen fehlen bis in das Jahr 1964 hinein teilweise die Daten einzelner Bundesländer. So ermöglichen diese Übersichten nur eine ungefähre Einschätzung des jeweiligen Umfangs. Vgl. HStAH-NLA, Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 21, BMZ: Übersicht über die Praktikantenprogramme im Rahmen der Entwicklungshilfe, Stand 5.8.1962, S. 1f; HStAH-NLA, Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 23, Schreiben des BMZ (Jelden), Betr.: Aus- und Fortbildung von Angehörigen aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland; hier: Rahmenplan, 24.3.1964.

278 Vgl. BAArch B 119/5440, CDG, Betr.: Industrie-Programm Ghana, 7.9.1964.

279 HHStAW 502–11648b, Vermerk, Betr.: Besuch des Presse- und Kulturreferenten der deutschen Botschaft Accra am 27.10.61, 30.10.1961, S. 2. Siehe auch: HHStAW 502–11647a, Loewe an

erst einmal den Rang ab. Den wenigen ghanaischen Bundespraktikanten standen 1961 schon 85 ghanaische Landespraktikant:innen in Hessen gegenüber.²⁸⁰ Die regionale Konzentration innerhalb der BRD war ein Stück weit zum Selbstläufer geworden, denn die heimkehrenden Fachkräfte betonten oft die hessische Beteiligung an ihren Schulungen: „Land Hessen Scholarship“, bemerkte Loewe, „ist in Ghana ein Begriff.“²⁸¹

Tabelle 12: Ghanaische „Regierungspraktikanten“ in der BRD, 1961–1966.²⁸²

Ghanaische Regierungspraktikanten in der BRD	1961	1962	1963	1964	1965	1966
	95	86	Keine Gesamtangabe	k. A.	k. A.	k. A.
davon in Hessen	85	73	80	k. A.	k. A.	k. A.

Die hessisch-ghanaische Kooperation verliert an Relevanz ...

Der hessische Erfolg war allerdings nicht von Dauer. Mit den 85 ghanaischen Praktikant:innen, die im Sommer 1961 in hessischen Betrieben arbeiteten, hatte die Fortbildungskooperation zwischen Accra und Wiesbaden schon ihren Höhepunkt erreicht.²⁸³ Bereits 1962 sank die Zahl der Fachkräfte auf 73 Personen, 1963 stieg sie nochmal leicht auf 80 an.²⁸⁴ Ursächlich für den Rückgang der Programme waren zwei Entwicklungen, die sich – wegen der zuvor getroffenen Schulungsvereinbarungen zeitlich verzögert – auf die Fortbildungen auswirkten. Zum einen

Reuß, ohne Betreff, 15.6.1961, S. 1; HHStAW 502–11648a, Lüders an Reuß, ohne Betreff, 7.7.1961, S. 2f.

280 Vgl. HHStAW 502–11647a, Reuß an Zinn (Ministerpräsident Hessen), Betr.: Ghana, 6.7.1961.

281 HHStAW 502–11647a, Dietrich Loewe (Botschaft Accra) an Barth (Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr), Betr.: Nachkontakte mit den Hessen-Praktikanten, 12.3.1964, S. 2.

282 Vgl. PA AA B 58 994, i. A. Dr. Blank (AA) an Botschaft der BRD, Accra, Betr.: Ausbildung ghanaischer Praktikanten in der Bundesrepublik, 4.2.1961; HHStAW 502–11647a, Reuß an Zinn, Betr.: Ghana, 6.7.1961; NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 21, BMZ: Übersicht über die Praktikantenprogramme im Rahmen der Entwicklungshilfe und Programme der Bundesländer, soweit dem BMZ bekannt, Stand: 5.8.1962; HHStAW 502–11647a, Osswald an C. De Graft-Dickson, ohne Betreff, 12/1963 [Kopie]; HHStAW 502–11647a, Zinn an Prof. Dr. John Ockert (Institut für programmiertes Lernen), ohne Betreff, 7.3.1966.

283 Vgl. HHStAW 502–11647a, Reuß an Zinn (Ministerpräsident Hessen), Betr.: Ghana, 6.7.1961.

284 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 21, BMZ: Übersicht über die Praktikantenprogramme [...], Stand: 5.8.1962; HHStAW 502–11647a, Osswald (Hess. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr) an C. De Graft-Dickson (Ghana Supply Commission), ohne Betreff, 12/1963 [Übersetzung].

ging Wiesbaden, informiert von der Botschaft in Accra, davon aus, dass Krobo Edusei sich nach seiner Reise in den Osten nun zunehmend an den sozialistischen Staaten orientierte. Edusei selbst hatte Staatssekretär Reuß beiläufig von den erfolgreichen Verhandlungen im Osten berichtet – möglicherweise, um damit den hessischen Ehrgeiz anzustacheln.²⁸⁵ Botschafter Lüders betonte danach mehrfach, dass Edusei kein Freund des Westens mehr sei. Er habe „entsprechend den Weisungen seines Herrn inzwischen sehr enge Kontakte mit allen Oststaaten aufgenommen und ist von westlicher Seite aus kaum noch ansprechbar.“²⁸⁶ Ob diese Einschätzung zutreffend war, oder ob Eduseis Verhalten gegenüber den sozialistischen Staaten allein auf taktische Erwägungen zurückzuführen ist, muss dahin gestellt bleiben. Jedenfalls ging die hessische Landesregierung davon aus, ihren wichtigsten Kontaktmann in Ghana verloren zu haben.²⁸⁷

Hinzu kam zum anderen, dass Wiesbaden inzwischen dabei war, das hessische Netzwerk in Westafrika auch auf andere Staaten auszudehnen. Für den Jahresbeginn 1962 plante Reuß eine Reise durch diverse Länder wie Nigeria, Togo, die Elfenbeinküste und Dahomey.²⁸⁸ Als Botschaftsmitarbeiter Loewe die Landesregierung Ende 1961 um weitere Fortbildungen für ghanaische Praktikant:innen bat, reagierte Reuß daher zunächst abschlägig. Bevor Hessen Accra weitere Stipendien gewähre, müsse es zunächst einmal seinen Verpflichtungen gegenüber den anderen westafrikanischen Staaten gerecht werden, erklärte der Staatssekretär. Ghanaer:innen würden daher nur noch in dringenden Einzelfällen berücksichtigt.²⁸⁹ Angesichts der politischen Differenzen zwischen Ghana und der BRD sowie der neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich Hessen in den anderen, nun ebenfalls unabhängigen westafrikanischen Staaten boten, verlor die ehemals exklusive Zusammenarbeit zwischen Wiesbaden und Accra an Bedeutung. 1962 hatte sie ihren Zenit bereits überschritten.

285 Vgl. HHStAW 507–11273, Edusei an Reuß, ohne Betreff, 9.11.1961.

286 HHStAW 502–11648b, Lüders an Reuß, ohne Betreff, 6.12.1961. Siehe auch: HHStAW 507–11273, Lüders an das AA, Betr.: Ausscheiden von Krobo Edusei aus der ghanaischen Regierung, 17.4.1962, S. 3.

287 Vgl. HHStAW 502–11648b, Reuß an Zinn, Betr.: Ghana, 9.7.1962. Hinzu kam, dass Edusei im April 1962 wegen des Vorwurfs der Verschwendung seinen Posten als Industrieminister verlor. Ende des Jahres kehrte er allerdings als Landwirtschaftsminister zurück ins Kabinett. Vgl. Obed Yao Asamoah: *The Political History of Ghana (1950–2013). The Experience of a Non-Conformist*, Bloomington 2014, S. 66.

288 Vgl. HHStAW 502–11648b, Reuß an Lüders, ohne Betreff, 28.11.1961. Bereits 1960 hatte Reuß Kontakte zur tanganjikanischen Regierung aufgebaut und dieser „Ausbildungshilfen“ angeboten. Vgl. Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 113.

289 Vgl. HHStAW 502–11648b, Vermerk, Betr.: Besuch des Presse- und Kulturreferenten der deutschen Botschaft Accra am 27.10.61, 30.10.1961, S. 3.

Ein Ende der gemeinsamen Programme bedeutete dies freilich nicht. Auch in den folgenden Jahren zeigten sich beide Seiten durchaus an einer gemeinsamen Fortbildungskooperation interessiert.²⁹⁰ In Hessen übernahmen nach Reuß' Pensionierung im April 1963 vor allem der damalige Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Albert Osswald, und dessen Regierungsdirektor Erwin Barth die Kontaktpflege mit Ghana. Insbesondere Osswald versuchte, die Auslandsschulungen ganz gezielt zu nutzen, um Wiesbaden Handelsvorteile zu verschaffen. In einem Schreiben an Charles de Graft-Dickson, den Vorsitzenden der *Ghana Supply Commission* und damit zuständig für die zentrale Vergabe der ghanaischen Staatsaufträge, beteuerte der Minister: „Sie können sicher sein, daß die Hessische Landesregierung weiterhin bemüht ist, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Bildungshilfe für ghanaische Staatsangehörige zu gewähren. Zur Zeit haben wir rund 80 Ghanaer auf Kosten der Hessischen Landesregierung in Ausbildung.“ Diese Zusage verband er unmittelbar mit „eine[r] kleine[n] Gegenbitte [...], für die Sie sicher Verständnis haben werden [...]:“

„Da Sie jetzt der Vorsitzende der Ghana Supply Commission sind und diese m. W. für die verschiedensten Sektoren des Material-Bedarfs Aufträge nach dem Ausland erteilt, wäre es schön, wenn Sie mir evtl. Bedarfslisten oder Ausschreibungen so rechtzeitig zusenden könnten, daß ich diese Unterlagen der Hessischen Wirtschaft zuleiten kann. Ich bin überzeugt, daß die Firmen meines Landes in der Lage sind, international konkurrenzfähige Angebote zu unterbreiten.“²⁹¹

Den engen „Zusammenhang zwischen Ausbildung und Bestellung deutscher Geräte“²⁹² durch ehemalige Teilnehmer:innen bemerkte Wiesbaden auch an anderen Stellen. Exportwirtschaftlich blieben die Schulungen für die Landesregierung also vorerst von Bedeutung. Im Januar 1966 entschied die Regierung unter Ministerpräsident Zinn, nachdem sie das Budget für Entwicklungszusammenarbeit generell gekürzt hatte, dennoch vorerst keine neuen Praktikant:innen aus Ghana mehr aufzunehmen. Damit hatte die Zusammenarbeit offensichtlich ihren Tiefpunkt erreicht, ihre Exklusivität hatte sie aber schon Ende 1961 eingebüßt.²⁹³

290 Vgl. HHStAW 502–11647a, Osswald (Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr) an Zinn, Betr.: Entwicklungshilfe, 15.10.1963; HHStAW 502–11647a, Osswald an Zinn, Betr.: Nachkontakte mit den ehemaligen Stipendiaten der Hessischen Landesregierung aus Entwicklungsländern, 1.4.1964.

291 HHStAW 502–11647a, Osswald an Graft-Dickson (Ghana Supply Commission), ohne Betreff, 12/1963. Siehe auch: HHStAW 502–11647a, Osswald an Zinn, Betr.: Entwicklungshilfe, 11.12.1963.

292 HHStAW 502–11647a, Arndt an Zinn, Betr.: Entwicklungshilfe, 4.2.1965.

293 Vgl. HHStAW 502–11647a, Zinn an Professor Dr. John Ockert (Institut für programmiertes Lernen), ohne Betreff, 7. März 1966.

... und die bundesdeutschen Programme gewinnen an Bedeutung

Während die hessisch-ghanaische Fortbildungskooperation in den frühen 1960er Jahren an Bedeutung verlor, gelang es Bonn Mitte des Jahrzehnts doch noch, die Bundesprogramme für Ghana auszubauen. Schon seit den frühen 1960er Jahren hatte die Bundesregierung Accra immer wieder Schulungsangebote unterbreitet, von denen die CPP-Regierung aber stets nur einige angenommen hatte. Der fachliche Schwerpunkt der gemeinsamen Programme lag im technischen Bereich. Die BRD schulte Techniker für konkrete Projekte, wie beispielsweise für eine Kakaoverarbeitungsanlage, aber auch für die ghanaische Regierungsdruckerei, deren Bau und Lieferung in weiten Teilen von der DDR finanziert worden war. Dies war nur eines von mehreren Beispielen dafür, dass Accra die Leistungen der beiden deutschen Staaten pragmatisch kombinierte.²⁹⁴

Neben den technischen Berufen war Bonn insbesondere daran interessiert, journalistischen Nachwuchs aus Ghana in die Bundesrepublik einzuladen.²⁹⁵ Denn die Bundesregierung hatte dort, wie auch in anderen Staaten, die Erfahrung gemacht, dass Zeitungsagenturen, deren Mitarbeiter:innen in der BRD geschult worden waren, „nach Rückkehr der Praktikanten deutsche Nachrichten wesentlich häufiger verbreiteten als vorher.“²⁹⁶ Hier deutet sich bereits an, dass aus westdeutscher Perspektive in der konkreten Zusammenarbeit mit Accra durchaus deutschlandpolitische Interessen im Zentrum standen. Dies scheint zunächst im Widerspruch zu stehen zu der politisch recht neutral gehaltenen Konzeption der „Regierungspraktikantenprogramme“. Diese Differenz zwischen Theorie und Praxis resultierte zum Teil daraus, dass die bilaterale Kooperation weitestgehend vom Auswärtigen Amt dominiert war, das maßgeblich daran beteiligt war, die deutsch-deutsche Konkurrenz in den Ländern des globalen Südens auszufeuchten.²⁹⁷ Die ghanaische Haltung zur Deutschlandfrage bildete für das AA den Dreh- und Angelpunkt für die Gestaltung der bilateralen Beziehungen. Da das Außen-

294 Vgl. BArch B 213/4027, Ausschnitt aus dem Ergebnisbericht des AA über die Sitzung des IRA für Technische Zusammenarbeit am 14.6.1961; GH/PRAAD/RG 7/1/2140, Extract from the Minutes of a Meeting of the Cabinet Committee on Establishment and Scholarships Matters held on 5.10.1962. Siehe auch: Landricina: Nkrumah and the West, S. 340.

295 Vgl. u. a. GH/PRAAD/RG. 3/5/1516, R. K. Fosu (Ministry of Foreign Affairs) to Scholarship Secretariat, Betr.: Journalism Scholarships offered by the Federal Republic of Germany, 23.2.1963. Siehe auch: Landricina: Nkrumah and the West, S. 306.

296 BArch B 145/7406, BPA: Erfahrungen mit der Ausbildung von Praktikanten, 20.7.1962. Siehe ähnlich auch: BArch B 145/7406, Hilgers (BPA): Vermerk, Betr.: Ausbildung von Journalisten aus Entwicklungsländern, 12.7.1962.

297 Vgl. Kilian: Die Hallstein-Doktrin, S. 360 – 364; Andreas Wiegeshoff: „Wir müssen alle etwas umlernen“. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland (1945/51 – 1969), Göttingen 2013, S. 306 & 315f.

ministerium die gesamte Kommunikation mit der westdeutschen Botschaft in Accra übernahm, die wiederum alle offiziellen Schulungsprogramme mit der ghanaischen Regierung verhandelte, konnte das Auswärtige Amt in der zwischenstaatlichen Fortbildungskooperation einen prägenden Einfluss entfalten.

Aber selbst das BMZ, dem wesentlich die Gestaltung der Programmkonzeption oblag und das dabei stets auf einen entwicklungspolitischen Fokus gepocht hatte, zeigte in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit eine Art Rivalitätsreflex, der spätestens dann zutage trat, wenn die westdeutschen Ministerien eine konkrete Konkurrenz der DDR bemerkten. Dann überwog das deutschlandpolitische Kalkül stets die entwicklungspolitischen Grundlinien. Wie unmittelbar der deutsch-deutsche Wettstreit um die Praktikumsprogramme vor Ort erschien und wie sehr dies die westdeutsche Seite beschäftigte, illustriert ein Beispiel aus dem Jahr 1964.

Bonn hatte Accra für dieses Jahr schon Ende 1963 vierzehn Fortbildungsstellen angeboten. Die ghanaische Regierung hatte zwar zunächst Interesse an diesen Schulungen signalisiert, dann aber keine Kandidat:innen benannt.²⁹⁸ Als Oberregierungsrat Jelden im April 1964 bei der westdeutschen Botschaft nachhakte, wie es um die Nominierung von Teilnehmer:innen stehe, erfuhr er, dass die zukünftigen Praktikant:innen abreisebereit seien, nur die Zustimmung des ghanaischen Kabinetts fehle noch, werde aber in Kürze erfolgen.²⁹⁹ Doch einige Wochen später musste Botschafter Reichhold zurück rudern: Das Kabinett habe die Annahme der westdeutschen Praktikumsplätze nun doch abgelehnt, informierte er das AA, ohne jedoch eine Begründung zu nennen.³⁰⁰ Schon zuvor hatte Reichhold vermutet, dass Accra dabei sei, die eigene Stipendienpolitik einer Überprüfung zu unterziehen.³⁰¹ Da die CPP-Regierung allerdings etwa zeitgleich fünfzehn Fachkräfte in die DDR entsandte, ging die westdeutsche Botschaft davon aus, dass es sich bei der Ablehnung des Bonner Angebots um eine politische Entscheidung handelte.³⁰²

Um so erstaunter war das AA, als die ghanaische Regierung kurz darauf darum bat, sechzehn ghanaischen Autoschlossern ein Praktikum in der BRD zu

298 Vgl. PA AA B 58 994, Jelden an AA, Betr.: Fortbildung ausländischer Praktikanten in der Bundesrepublik, 16.4.1964.

299 Vgl. PA AA B 58 994, Reichhold an AA, Telegramm, ohne Betreff, 21.5.1964.

300 Vgl. PA AA B 58 994, Reichhold an AA, Telegramm, ohne Betreff, 12.6.1964.

301 Vgl. PA AA B 58 994, Reichhold an AA, Telegramm (verschlüsselt), ohne Betreff, 29.5.1964.

302 Vgl. PA AA B 58 994, Brühl (Botschaft der BRD Accra) an AA, Betr.: Praktikanten aus Ghana, 12.8.1964, S. 2.

ermöglichen, damit diese die Fahrzeuge der ghanaischen Polizei warten und reparieren könnten.³⁰³ Dietrich Graf von Brühl, Legationsrat der westdeutschen Botschaft, bemühte sich darum, den (vermeintlichen) Widerspruch aufzuklären und erfuhr dabei vom *Scholarship Secretariat*, dass Accra inzwischen eine neue Stipendienpolitik verfolge, die darauf ausgerichtet sei, nur solche Fachkräfte in das Ausland zu schicken, die nach ihrer Rückkehr auch eine Anstellung in Ghana finden würden. Das westdeutsche Angebot sei „in diesem Sinne nicht brauchbar“³⁰⁴ gewesen. Hier schlug sich die neue ghanaische Stipendienpolitik, die darauf ausgerichtet war, die Schulungsprogramme an den Arbeitsmarktbedarf zu koppeln, also direkt auf die bilaterale Kooperation nieder. Politische Gründe, so das *Scholarship Secretariat* weiter, stünden keineswegs hinter der Ablehnung. Und auch die Entsendung der Praktikanten in die DDR sei auf ein Missverständnis zurückzuführen. Es handele sich um Fachleute für die Regierungsdruckerei in Tema. Da in der Druckerei auch Maschinen einer Heidelberger Firma verwendet würden, hätten der Leiter der Druckerei und das *Scholarship Secretariat* eigentlich beabsichtigt, die Praktikanten nach Westdeutschland zu schicken. „Das Schreiben der ghanaischen Staatsdruckerei“ sei jedoch „durch ein Versehen (?) an die sowjetzonale Handelsdelegation [gegangen], die mit Vergnügen die Gelegenheit aufgriff und innerhalb von drei Wochen die Praktikantenstellen zur Verfügung stellte.“³⁰⁵ Die Botschaft beschloss offensichtlich, diese Darstellung nicht anzuzweifeln. Brühl betonte gegenüber dem AA explizit: „Der gesamte, für Ghana sehr typische Sachverhalt ist glaubhaft. Er beleuchtet die Schwierigkeiten, die der Tätigkeit der Botschaft in Ghana gemacht werden.“³⁰⁶ Er plädierte daher dafür, die erbetenen sechzehn Praktikumsstellen für die ghanaische Polizei zu gewähren, da sich stets ein „politische[r] Nutzen [...] aus der Vergabe von Praktikantenstellen in der Bundesrepublik [...] ergibt.“³⁰⁷ Nachdem sich auch das Außenministerium in diesem Sinne ausgesprochen hatte, genehmigte das BMZ schließlich im September 1964 die Vergabe der Praktikumsplätze und informierte

303 Vgl. PA AA B 58 994, Brühl (Botschaft der BRD, Accra) an AA, Betr.: Praktikanten aus Ghana, 22.7.1964; PA AA B 58 994, E. C. Allotey an Brühl, ohne Betreff, 30.6.1964; PA AA B 58 994, Dr. Lanwer (AA) an Botschaft der BRD, Accra, Betr.: Praktikanten aus Ghana, 31.7.1964.

304 PA AA B 58 994, Brühl (Botschaft) an AA, Betr.: Praktikanten aus Ghana, 12.8.1964.

305 Ebd., S. 3.

306 Ebd.

307 Ebd.

das AA, dass die ersten acht Teilnehmer bereits im Herbst des Jahres ausreisen könnten, um in der BRD zu Werkstattleitern ausgebildet zu werden.³⁰⁸

Im Sommer und Herbst 1964 war das AA insgesamt ausgesprochen besorgt darum, dass die ghanaische Regierung die DDR anerkennen könne. Schließlich hatte Accra erst im Vorjahr eine Handelsvertretung in Ost-Berlin eröffnet. Um die Anerkennung in jedem Fall zu verhindern, griff die Bonner Regierung auf eine Reihe von Mitteln zurück. Sie stellte Entwicklungsgelder in Aussicht, verstärkte die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort und setzte im August 1964 einen neuen Botschafter ein: Hans-Georg Steltzer, der bis dahin die Afrikaabteilung des AA geleitet hatte und als bester Afrikaexperte des Amtes galt.³⁰⁹ Diese Personalentscheidung war, Matteo Landricina zufolge, maßgeblich von der Bedeutung Accras für die Bonner Deutschlandpolitik bestimmt.³¹⁰ Steltzer sah in den westdeutschen Fortbildungsprogrammen ebenfalls vor allem ein Instrument, um der BRD politische Loyalitäten zu sichern. Angesichts der deutsch-deutschen Konkurrenz, so der Diplomat, stellten die Schulungen eine Möglichkeit dar, „bestehende Verbindungen lebendig“³¹¹ zu halten. Das ghanaische *Scholarship Secretariat* war wiederum nach den Unstimmigkeiten der vergangenen Monate ausgesprochen bemüht darum, der westdeutschen Botschaft zu zeigen, dass es durchaus an einer stärkeren gemeinsamen Zusammenarbeit interessiert sei. Noch im August 1964 bat die ghanaische Behörde die Bonner Vertretung zusätzlich zu den Schulungen für die Autoschlosser noch um vier weitere Fortbildungsplätze, darunter einen für einen Mitarbeiter der Regierungsdruckerei. Gerade in diesem Fall, so betonte Botschafter Steltzer, liege es im „politische[n] Interesse [...], dem Wunsch der beteiligten ghanaischen Stellen nachzukommen.“³¹² Auch hier folgte das BMZ der Einschätzung der Botschaft und genehmigte die beantragten Praktikumsplätze kurzfristig.³¹³

Das beschriebene Beispiel zeigt zum einen, wie stark die antikommunistische Strategie des Auswärtigen Amtes die konkrete bilaterale Fortbildungskooperation bestimmte und dass das BMZ sich diesen Erwägungen zumindest beugte oder diese aber ebenfalls teilte. Auffällig ist, dass das BMZ zu keinem Zeitpunkt darauf

308 Vgl. PA AA B 58 994, Dr. Dufner (AA) an BMZ, ohne Betreff, 26. 8. 1964; PA AA B 58 994, Jelden an AA, Betr.: Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik, 7.9.1964.

309 Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 334–339.

310 Vgl. ebd., S. 339.

311 PA AA B 97 158, Steltzer an AA, Betr.: Kulturpolitischer Jahresbericht 1964, 9.4.1965, S. 4.

312 PA AA B 58 994, Steltzer an AA, Betr.: Praktikantenprogramm für Ghana, 27.8.1964.

313 Vgl. PA AA B 58 994, Dr. Haniel (BMZ) an Botschaft Accra, Betr.: Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik, 8.10.1964.

bestand, die neu beantragten Schulungen auf ihren entwicklungspolitischen Zweck zu prüfen. Zum anderen wird hier deutlich, dass Accra im Laufe des Jahres 1964 ein eigenes Interesse an den westdeutschen Fortbildungen entwickelte und begann, diese aktiv zu fördern. Das stellte einen deutlichen Kontrast zu den Vorjahren dar. Der Grund für diesen Meinungsumschwung lag vor allem in der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation Ghanas, welche die Regierung dazu bewog, die Beziehungen zum Westen wieder zu intensivieren. Die ökonomischen Probleme nahmen 1964 so weit zu, dass sich die CPP-Regierung gezwungen sah, auch die kapitalistischen Staaten um finanzielle Unterstützung zu bitten.³¹⁴ Von der BRD erhoffte sie sich weitere Kredite.³¹⁵ In dieser Situation nutzte Accra die Annahme der Bonner Schulungsangebote, um Bonn die prinzipielle Kooperationsbereitschaft Ghanas zu signalisieren. Die Regierung Erhard ergriff diese Chance und hoffte darauf, mithilfe der Fortbildungsprogramme die Beziehungen zu Ghana zu verbessern und so einer weiteren Annäherung an Ost-Berlin zuvor zu kommen. Befördert durch das westdeutsche Interesse, Ghana mithilfe von Entwicklungsleistungen an sich zu binden, und durch die zunehmende ghanaische Finanznot gewann die Fortbildungskooperation der beiden Staaten – trotz der prinzipiellen politischen Differenzen – schließlich an Dynamik.

Das Interesse des AA, über die Auslandsschulungen politischen *good will* zu schaffen und ghanaische Politiker enger an die BRD zu binden, hatte noch einen weiteren Effekt: Es eröffnete letzteren wie schon in der ersten Phase die Möglichkeit der Vorteilsnahme. Sowohl Minister der CPP – am prominentesten und aktivsten darunter Außenminister Kojo Botsio – als auch hohe ghanaische Beamten konnten ihre Verwandten relativ problemlos mit Praktikumsstellen der Bundesregierung versorgen.³¹⁶ Die bereitwillige Aufnahme von Protégés war Teil des Versuchs, den westdeutschen Einfluss im Ausland auszuweiten. Schon bei einer Tagung im Herbst 1962 hatte das BMZ gemeinsam mit den beteiligten Organisationen festgestellt, dass viele „Protektionskinder als Praktikanten in

314 Vgl. Landricina: Deutsch-deutscher Gegensatz, S. 392.

315 Vgl. Landricina: Nkrumah and the West, S. 337 & 349.

316 Vgl. PA AA AV Neues Amt 19400, Dr. Harting (BPA) an die westdeutsche Botschaft Accra, Betr.: Journalistisches Praktikum für Herrn Botsio aus Ghana, 19.6.1964; PA AA AV Neues Amt 19400, Steltzer an das AA, Betr.: Stipendienantrag für die Nichte des ghanaischen Aussenministers, Frl. Sarah Mbroh, 5.3.1965; PA AA AV Neues Amt 19400, Steltzer an das AA, Betr.: Stipendium für den Sohn des ghanaischen Staatssekretärs Dei-Anang, 10.9.1965; PA AA AV Neues Amt 19400, Kubatz (Botschaft der BRD, Accra) an Tupetz (Sozialamt des BSR), ohne Betreff, 4.11.1965.

Deutschland [sind]. Fachlich sind diese oft Nieten und eine Belastung für die ausbildenden Betriebe. Nach der Rückkehr sind sie jedoch häufig aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft des Entwicklungslandes von großem politischen und wirtschaftlichen Nutzen für uns.“³¹⁷ Die individuellen westdeutschen Zusagen an einzelne Politiker trugen letztlich zum Kontrollverlust des *Scholarship Secretariats* bei. Die deutschlandpolitischen Interessen der Bundesregierung beförderten also im Zusammenspiel mit der ghanaischen Günstlingswirtschaft die Verwaltungsschwierigkeiten.

Ghanaische Kontrollversuche

Wie bereits gezeigt, rangen die westdeutschen Ministerien Mitte der 1960er Jahre um einen politisch wirksamen, aber gleichzeitig praktikablen Umgang mit den „Ostblockabwanderern“. Auf die zwischenstaatliche Kooperation zwischen Ghana und der BRD wirkte sich die Tatsache, dass viele der ausreisenden Praktikant:innen und Student:innen die Bundesrepublik als Destination wählten, weitaus weniger aus, als auf die konzeptionellen, einwanderungsrechtlichen oder auch rein praktischen Erwägungen Bonns. Die Aufnahme ghanaischer Abwandernder in die westdeutschen Programme oder auch deren Ablehnung zogen in der Regel keine Meinungsverschiedenheiten nach sich. Üblicherweise akzeptierte Accra die westdeutschen Begründungen für die jeweiligen Entscheidungen, die meist entweder die Qualifikation der Ghanaer:innen oder die Schulungskapazitäten betrafen.³¹⁸

Zu Spannungen kam es allerdings, als Nkrumahs Regierung Anfang 1964 versuchte, die Pässe der ghanaischen Student:innen und Praktikant:innen in der BRD einzuziehen. Diesen Vorstoß, der erneute unkontrollierte Ausreisen verhindern und vermutlich auch dazu beitragen sollte, die zentrale Verwaltung der Stipendien zu ermöglichen, lehnte das zuständige Bundesinnenministerium schlichtweg ab, da er mit den ausländerrechtlichen Bestimmungen – insbesondere der Ausweispflicht – nicht vereinbar sei.³¹⁹ Zudem habe noch keine andere staatliche Vertretung in der Bundesrepublik „jemals eine ähnliche Maßnahme

317 BArch B 106/64445, Dr. Isey (DSE): Probleme der Ausbildung. Weiterbildung und Betreuung von Praktikanten aus Entwicklungsländern. 6. Arbeitstagung, Zusammenfassender Bericht, 19.10.1962.

318 Vgl. GH/PRAAD/RG 3/1/600, Doe (Ghanaischer Botschafter Bonn) u. a. an Enoch Okoh (Secretary of the Cabinet, President's Office), Betr.: Defective Students from the Soviet Union and Eastern European Countries, 13.3.1964.

319 Vgl. PA AA B 82 656, BMI an AA, Fernschreiben, Betr.: Einziehung der Pässe ghanaischer Studenten, 5.2.1964.

getroffen.“³²⁰ Der Ton zwischen dem BMI und der ghanaischen Botschaft verschärfte sich, vor allem als letztere auf dem von ihr vorgeschlagenen Vorgehen – die Pässe in der Botschaft zu deponieren und den Stipendiat:innen stattdessen offiziell beglaubigte Identitätsnachweise auszuhändigen – insistierte.³²¹ Das BMI beabsichtigte gar, damit zu drohen, ausländerrechtlich gegen die betroffenen Ghanaer:innen vorzugehen, sollte die ghanaische Vertretung nicht einlenken.³²² Das verhinderte allerdings das AA, dem daran gelegen war, die entstandenen Spannungen nicht weiter zu verschärfen.³²³ Letztlich nahm die ghanaische Botschaft Abstand von dem Plan, ohne dass hierfür Drohungen notwendig waren.³²⁴ Das vorherige hartnäckige Festhalten am Einziehen der Pässe deutet allerdings darauf hin, wie problematisch die unkontrollierten Ausreisen für die ghanaische Regierung waren.

2.3 Das Ende des good will – Aushandlungen zwischen Praktikant:innen und deutschen Stellen, 1961–1966

Dass beide deutschen Staaten die Praktikumsprogramme in der zweiten Phase stärker selbst prägten, schlug sich auch auf die Aushandlungen nieder. Die Eigeninteressen der deutschen Regierungen gewannen an Gewicht, was unter anderem dazu führte, dass diese dem Eigen-Sinn der Fachkräfte weniger entgegenkommend begegneten. Die Spielräume der Teilnehmer:innen wurden deutlich enger.

Studium gewünscht

Ende 1962 beschwerten sich kamerunische Facharbeiter und Studenten in der DDR. Sie solidarisierten sich mit acht Landsleuten, die von den ostdeutschen Behörden dazu angehalten wurden, nach vollendeter Fachausbildung in ihr Herkunftsland zurückzureisen.³²⁵ Die Absolventen wehrten sich gegen die ge-

320 PA AA B 82 656, von Viereck (BMI) an das AA, Betr.: Einziehung der Pässe ghanaischer Studenten, 11.6.1964.

321 PA AA B 82 656, Ghanaische Botschaft an das AA, Note Verbal, ohne Betreff, 8.4.1964.

322 Vgl. PA AA B 82 656, von Viereck (BMI) an das AA, Betr.: Einziehung der Pässe ghanaischer Studenten, 11.6.1964.

323 Vgl. PA AA B 82 656, von Pirch (AA), Vermerk, ohne Betreff, 30.6.1964.

324 Vgl. PA AA B 82 656, Ghanaische Botschaft an das AA, Note Verbal, ohne Betreff, 3.7.1964.

325 Auf den folgenden Vorfall geht bereits Quinn Slobodian in seinem Artikel über afro-asiatische Student:innen in den beiden deutschen Staaten ein. Sein Fokus liegt dabei allerdings auf den politischen Vorwürfen der Teilnehmer gegenüber der DDR. Die Studienwünsche der Prakti-

plante Heimreise, denn, so machten sie geltend, ihnen sei zu Beginn ihres Aufenthaltes in der DDR versprochen worden, dass sie im Anschluss an ihre betriebliche Schulung noch ein Studium aufnehmen könnten. Es gebe sogar dementsprechende Verträge zwischen den Betrieben und den Kamerunern. Als diese Einwände die ostdeutschen Stellen nicht von ihren Rückführungsplänen abbrachten, waren nicht nur alle Praktikanten aus Kamerun, sondern auch ihre studierenden Landsleute in Aufruhr. Sie sahen in der Angelegenheit ein „Politikum“³²⁶. Da alle acht Betroffenen Mitglieder der oppositionellen *Union des Populations du Cameroun* (UPC) waren und im Falle einer Rückkehr politische Verfolgung zu befürchten hatten, warfen die Kameruner Ost-Berlin vor, die antikommunistischen Kräfte in ihrem Heimatland zu unterstützen.³²⁷ Die Strategie der friedlichen Koexistenz, im Rahmen derer sich die DDR um Beziehungen zu allen afrikanischen Staaten und Regierungen bemühte – und damit auch zur „reaktionären Ahidjo-Regierung in Kamerun“³²⁸ –, führe dazu, so kritisierten die Teilnehmer, dass die SED-Regierung die Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte in Kamerun aufgeben müsse.

Dem ersten Anschein nach befand sich die ostdeutsche Regierung in einem Loyalitätskonflikt. In den vergangenen Jahren hatte Ost-Berlin enge Verbindungen zur UPC gepflegt. Dr. Félix Moumié, der damalige Parteivorsitzende, hatte vor seiner Ermordung durch den französischen Geheimdienst zu den Kooperationspartnern der SED-Führung gezählt.³²⁹ Die frühen Praktikums- und Studienverträge waren alle über Parteiverbindungen oder aber über die gesellschaftlichen

kanten und die staatlichen Reaktionen darauf erwähnt er nicht. Vgl. Slobodian: *Bandung in Divided Germany*, S. 653.

326 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 56, DAfriG: Bericht über eine gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees der Union der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR und der DAfriG, 9.11.1962, S. 9.

327 Vgl. ebd., S. 9. Zur Gefahr der politischen Verfolgung siehe: Slobodian: *Bandung in Divided Germany*, S. 653.

328 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 56, DAfriG: Bericht über eine gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees [...], 9.11.1962, S. 9. Ursprünglich zitiert in: Slobodian: *Bandung in Divided Germany*, S. 653.

329 Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 53, Brigitta Biehl (Dolmetscherin): Bericht, Betreff, 29.11.59; BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 53, Otto Dankert: Bericht über die Betreuung des Präsidenten der Union der Kamerunischen Bevölkerung, Herrn Dr. Moumie (sic), in der Zeit vom 19. bis 27.11.1959. Zur Ermordung Moumiés im November 1960 siehe: Marcel Tribelhorn: Wie der französische Geheimdienst den afrikanischen Freiheitskämpfer Félix Moumié in Genf vergiftete, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 5.11.2018, 7:00 Uhr, URL: <https://www.nzz.ch/schweiz/die-raetselhafte-ermordung-des-doktor-moumie-ld.1433817> [letzter Zugriff. 25.6.2019, 11:38 Uhr].

Organisationen zustande gekommen.³³⁰ Doch im Zuge ihrer internationalen Anerkennungsbemühungen setzte die DDR-Führung ab 1961 verstärkt darauf, nicht nur die Kontakte zu afrikanischen Parteien, sondern vor allem die offiziellen staatlichen Beziehungen auszubauen, so auch die zur westorientierten kamerunischen Regierung.³³¹ Dieses Ziel überwog die Parteiensolidarität.

Statt die in Kamerun verbotene UPC und ihre Mitglieder zu unterstützen, erklärte die DAFriG, an die sich die Teilnehmer gewandt hatten, die Konflikte schlicht zu einer internen Angelegenheit Kameruns, in die sich Ost-Berlin nicht einmische. Die Studienwünsche der ehemaligen Teilnehmer lehnten die Mitarbeiter der Gesellschaft ab, ohne zu zögern: Die von Betrieben und Praktikanten unterzeichneten Studienverträge seien ungültig, da sie ohne die Absprache mit dem MfV abgeschlossen worden seien. Dabei ist es durchaus nicht auszuschließen, dass das Bildungsministerium den Teilnehmern anfänglich ein anschließendes Studium in Aussicht gestellt hatte. Zumindest im Falle der ghanaischen Fachkräfte verfuhr das Ministerium in den frühen 1960er Jahren mehrfach so, dass es erfolgreiche Absolventen in Fachhochschul-Studiengänge übernahm, womit es vermutlich auch die Hoffnungen anderer Teilnehmer:innen weckte. Allerdings gingen die Zusagen gegenüber Ghana nicht auf Wünsche der Praktikanten zurück, sondern entsprangen ministeriellen Absprachen.³³² Das war anscheinend ein entscheidender Unterschied. Die Prioritäten der DDR-Regierung hatten sich offensichtlich verschoben: Nach 1961 stand nicht mehr die Unterstützung des afrikanischen Freiheitskampfes im Vordergrund, sondern der Ausbau offizieller staatlicher Beziehungen. Damit nahm aber auch das Entgegenkommen gegenüber den Praktikant:innen ab, dass die ostdeutschen Stellen in den Anfangsjahren noch häufig gezeigt hatten.

Insgesamt blieb das Interesse der Teilnehmer:innen an einem Studium in der DDR wie schon in der ersten Phase eines der am meisten verhandelten Themen

330 Vgl. BArch DE 1/21382, SPK, Abt. IÖB: Überblick über die Aus- und Weiterbildung von Bürgern nationaldemokratischer Staaten in Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik, 29.9.1961, S. 5.

331 Vgl. Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 167; Winrow: The Foreign Policy, S. 34. Konkret zielte das MfAA darauf, in Kamerun die Voraussetzungen für den Abschluss von Abkommen zu schaffen. Vgl. PA AA MfAA A 16837, Kulturabteilung (MfAA): Aussenpolitische Konzeption für die Entwicklung der kulturellen Beziehungen mit den Staaten Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens und Asiens im Jahre 1962, 15.11.61.

332 Vgl. PA AA M 1 A 15975, Prof. Dr. Kaiser (MfV) an Dowuana-Hammond (Ministry for Education), ohne Betreff, 17.5.1962; PA AA M 1 A 15975, Helemann (HV Accra): Aktenvermerk, Betr.: Übergabe eines Briefes vom Ministerium für Volksbildung an den Minister für Education D. Hammond, 14.6.1962; PA AA M 1 A 15975, Gerhardt: Aktennotiz über die Unterredung mit Mr. Ankrah, Stellvertreter des Leiters der Handelsmission der Republik Ghana am 6.1.1964, 13.1.1964.

zwischen den afrikanischen Praktikant:innen und den ostdeutschen Behörden. Die Fachkräfte strebten weiter danach, mit einem Studienabschluss auch ihren gesellschaftlichen Status zu erhöhen. Zum Teil hofften sie darauf, damit ihre beruflichen Aufstiegschancen zu verbessern, zum anderen wollten sie Erwartungshaltungen im Herkunftsland gerecht werden. Beides trieb auch den nigerianischen Praktikanten Olusola Opadeji um, als er Helmut Schiffner, einen Mitarbeiter der DafriG, um ein Studienstipendium bat. Als Schiffner die Suche nach einem Studienplatz als schwierig abtat, drängte Opadeji darauf, ihm zumindest irgendeinen höheren Abschluss zu ermöglichen, damit er nach der Rückkehr sein Gesicht wahren könne und bessere Aussichten auf eine Stelle habe.³³³ Er schilderte sein Dilemma:

„As I explained to you, the 2 year Facharbeiter Course here is equivalent to what is normally done in Nigeria for 2 years also. You can imagine in what poor position one could be if he happens to go back with such a qualification. Now I want you to help me to find out if actually there is any higher professional qualification after the arbeiter course. For example the ‚Meister Course‘ if there is any good Certificate awarded.“³³⁴

Damit verwies der Nigerianer zum einen auf die Erwartungshaltung an die Teilnehmer:innen der Auslandsschulungen, die im Herkunftsland bestand. Angehörige, Freund:innen oder auch zukünftige Arbeitgeber:innen gingen davon aus, dass die Rückkehrer:innen eine höhere Qualifikation erreicht hätten als dies im Heimatland möglich gewesen wäre – wozu wäre sonst der Aufenthalt in Übersee notwendig gewesen? Diese Erwartung entsprang wahrscheinlich der kolonialen Erfahrung, dass der Studienaufenthalt in Europa oder Amerika zu höheren Abschlüssen führte. Zudem wird hier das bereits in der ersten Phase aufgetretene Problem deutlich, dass die Weiterbildungen in den Industrieländern – anders als von allen Seiten angenommen – keineswegs automatisch die Schulungen in den afrikanischen und asiatischen Staaten übertrafen.

Opadejis Bitten blieben allerdings erfolglos, obwohl er offensichtlich zu den kooperativen, sozialistisch orientierten Praktikant:innen gehörte – er versorgte die DafriG laufend mit Informationen über die politischen Entwicklungen in Nigeria.³³⁵ Wie ihm erging es auch anderen Praktikant:innen, die sich auf der Suche nach einem Studienstipendium an die DafriG wandten. Die Zeit des Wohllollens,

333 Zur Ablehnung Schiffners vgl. BArch SAPMO DY 13/2248, Schiffner an Opadeji, ohne Betreff, 3.12.1965.

334 BArch SAPMO DY 13/2248, Opadeji an Schiffner, ohne Betreff, 6.12.1965.

335 Vgl. u. a. BArch SAPMO DY 13/2248, Opadeji an Schiffner, ohne Betreff, 27.11.1965; BArch SAPMO DY 13/2248 Opadeji ohne Adressat, ohne Betreff, 17.1.1966; BArch SAPMO DY 13/2248, Peter Sebold (DafriG) an Opadeji, ohne Betreff, 10.2.1966.

in der Ost-Berlin sich intensiv darum bemüht hatte, die Wünsche der afrikanischen Teilnehmer:innen nach Möglichkeit zu berücksichtigen, war offensichtlich vorbei. Stattdessen versuchte die SED-Regierung, alle Beziehungen über die offiziellen staatlichen Kanäle zu lenken und erklärte, dass Bewerbungen auf Studienstipendien nur über die jeweiligen nationalen Regierungen erfolgen könnten.³³⁶

Im Unterschied zur DDR war in Westdeutschland der Anteil der Teilnehmer:innen, die in der Erwartung, ein Studium aufnehmen zu können, eingereist waren, anscheinend gesunken. Im Vergleich zu den Anfangsjahren erreichten die westdeutschen Stellen wesentlich weniger Beschwerden darüber, dass die Fachkräfte „nur“ an einem Fortbildungs- oder Ausbildungsprogramm teilnahmen. Vermutlich trug hier die intensivere Informationspolitik der westdeutschen Botschaften in den Herkunftsländern langsam Früchte und führte dazu, dass die zukünftigen Praktikant:innen schon vorab genauer wussten, was sie erwartete.³³⁷ Dennoch kam es in Einzelfällen auch in der Bundesrepublik weiterhin vor, dass Fachkräfte den Wunsch äußerten, ein Studium aufzunehmen. Besonders häufig wurde dieser Wunsch von Teilnehmern der „Ingenieurschulstipendienprogramme“ geltend gemacht. Diese waren im Sommer 1962 als Teil der „Regierungspraktikantenprogramme“ eingeführt worden. Sie gewannen rasch an Umfang und stellten 1964/65 bereits etwa 12 % aller Teilnehmer:innen.³³⁸ Dazu zählten auch die beiden Ghanaer Boukari und Tettey, die 1962 ein Praktikum im Stadtbauamt Gießen sowie anschließend an der Staatsbauschule absolvierten. Sie waren Teil einer größeren Gruppe, die teilweise an Staatsbauschulen, teilweise an Ingenieurschulen lernte. Die beiden Fachleute hatten bereits kurz nach ihrer Ankunft den Wunsch geäußert, an die Technische Hochschule Darmstadt zu wechseln.³³⁹ Nachdem diese Anfrage keinen schnellen Erfolg hatte, wandten sich die beiden Teilnehmer an ihren damaligen Arbeitgeber, den Leiter der Bauverwaltung im Stadtbauamt. Dieser nahm sich der Bitte an und leitete sie an Albert Osswald weiter, der damals noch Oberbürgermeister der Stadt Gießen war, bevor er kurz

336 Vgl. exemplarisch: BArch SAPMO DY 13/2248, Hans Kistner (DAfriG) an Beatrice Ugbo Ufomba, ohne Betreff, 15.11.1963.

337 Vgl. exemplarisch: HHStAW 502–11647a, Dietrich Loewe (Botschaft Accra) an E. Barth (Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr), ohne Betreff, 12.7.1961.

338 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 22, Dr. Pusch (NMWV): 1. Vermerk, Betr.: 9. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe 22.–24.10.1963, S. 1; NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 24, BMZ: Kurzprotokoll der 15. Sitzung des Länderausschusses Entwicklungshilfe am 27./28.10.1964, 16.12.1964, S. 5.

339 Vgl. HHStAW 502–11647a, Zinn an Osswald, Betr.: Studien der afrikanischen Praktikanten, 25.6.1962, S. 2.

darauf hessischer Wirtschaftsminister wurde. Dabei kritisierte der Bauverwaltungsleiter das Vorgehen der staatlichen Stellen und äußerte die Sorge, dass der (entwicklungs-)politische Effekt der Fortbildungen verfehlt werde, wenn die Vorstellungen der Teilnehmer nicht stärker berücksichtigt würden:

„Der Unterzeichnete kann sich aus vielen Vorgängen des Eindrucks nicht erwehren, daß entweder beim Abschluß der Vereinbarungen mit der ghanaesischen Regierung Unklarheit herrschte bzw. beide Regierungen nicht genügend klärten, in welcher Form vorgegangen werden kann. So kommt es nun, daß eine Unzufriedenheit vorhanden ist, die sich teilweise in sehr scharfen Worten äußerte. Damit ist das ganze in guter Absicht aufgezogene Projekt u. E. gefährdet bzw. kann gegenteilige Wirkungen haben. Man muß sich vergegenwärtigen, daß diese Studenten, die fließend englisch sprechen und teilweise zu Hause schon genügend Ausbildungsmöglichkeiten hatten, geglaubt haben, daß Deutschland und insbesondere Hessen ihnen ganz besonders entgegenkommt, da sie ja praktisch eingeladen worden sind.“³⁴⁰

Ein Vergleich mit der SU, die ebenfalls ghanaische Student:innen aufnehme, vermutete der Leiter der Bauverwaltung, werde daher wohl nicht zu Gunsten der Bundesrepublik ausfallen.

Oberbürgermeister Osswald reagierte, nachdem er die beiden Ingenieure kurz darauf persönlich getroffen und sich deren Beschwerden selbst angehört hatte – die drei waren sich bei der Verabschiedung der Ghanaer aus dem Stadtbauamt begegnet, bevor beide an die Staatsbauschule wechselten. Auch er setzte sich anschließend für deren Anliegen ein. In einem Schreiben an Ministerpräsident Zinn berichtete Osswald von seinem Gespräch mit den beiden Praktikanten, wobei er die Argumentation des Bauverwaltungsleiters übernahm: Die hessische Unterstützung müsse besser koordiniert werden, um die erwünschten Früchte zu tragen. Auch der Oberbürgermeister erinnerte daran, dass die Praktikant:innen nach ihrer Rückkehr möglicherweise Vergleiche anstellten – auch zu den sowjetischen Programmen. Wenn die hessischen Schulungen dabei nicht gut abschnitten, würden sie letztlich sogar einen negativen Effekt erzielen.³⁴¹

Doch auf diese Argumentation ließ sich Ministerpräsident Zinn nicht ein. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf andere Aspekte der Situation, vor allem auf die Frage der notwendigen Qualifikationen. Das hessische Kultusministerium habe sich der Angelegenheit durchaus angenommen und die Anträge der beiden

340 HHStAW 502–11647a, Leiter der Bauverwaltung im Stadtbauamt Gießen an Oberbürgermeister Osswald, Betr.: Studium der ghanesischen Praktikanten Boukari und Tettey in Deutschland, 5.4.1962.

341 Vgl. HHStAW 502–11647a, Osswald an Zinn, Betr.: Studium der ghanesischen Praktikanten, 10.4.1962.

Ghanaer geprüft. Dabei sei es zu dem Ergebnis gekommen, dass Tettey nicht für ein Hochschulstudium qualifiziert sei. Um sich aber letzte Gewissheit zu verschaffen, ob ein Hochschulstudium für ihn nicht doch infrage komme, seien seine Unterlagen an die Bonner Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen weitergeleitet worden. Anders liege der Fall hingegen bei Boukari. Er sei vermutlich der einzige aus der Gruppe der ghanaischen Ingenieure, der die Hochschulreife besitze. Allerdings habe er die notwendigen Zeugnisse und Unterlagen trotz mehrfacher Aufforderung der Landesregierung bislang nicht vorgelegt:

„Hier besteht der Eindruck, daß es Herrn Bukari aus ungeklärten Gründen schwerfällt, seine Zeugnisse beizubringen und daß er deswegen in Verkennung der Gegebenheiten Menschen sucht, die sich durch seine subjektiven Darstellungen angeregt für ihn einsetzen und seine Immatrikulation an der Technischen Hochschule Darmstadt befürworten und durchzusetzen versuchen.“³⁴²

Das Kultusministerium habe Boukari nun eine Frist bis zum Wintersemester gewährt, um die erforderlichen Unterlagen nachzureichen. In dieser Zeit absolviere er ein Vorpraktikum, das auch im Falle eines Studiums notwendig sei, sodass er keine Zeit verliere. Vom Nachweis der Hochschulreife, darauf bestand Zinn, könne aber keinesfalls abgesehen werden: „Keine deutsche Hochschule wird einen Bewerber immatrikulieren, wenn er nicht den Nachweis der Hochschulreife erbringt; dies ist eine feste Regel, von der es keine Ausnahme gibt.“³⁴³ Darüber hinaus plädierte der Ministerpräsident entschieden dafür, den Wünschen der Ingenieure, an eine Technische Hochschule zu wechseln, höchstens in Ausnahmefällen zu entsprechen. Zum einen sprächen Haushaltsschwierigkeiten dagegen, vor allem aber entspreche dies nicht den Wünschen der Partnerländer, mit denen die hessische Regierung explizit Ausbildungen mit betriebspraktischem Schwerpunkt vereinbart habe.³⁴⁴

Die Reaktionen auf die Studienwünsche Tetteys und Boukaris zeigen dreierlei. Erstens waren Praktikant:innen in der Lage, sowohl unter den Ausbilder:innen als auch unter Politiker:innen Fürsprecher:innen zu mobilisieren. Diese handelten anscheinend aus einem persönlichen Verständnis für die Fachkräfte heraus, betonten darüber hinaus aber auch die Angst vor der sowjetischen Konkurrenz. Ob es die beiden Ghanaer waren, die den Vergleich mit den sozialistischen Staaten aufbrachten oder ob die westdeutschen Unterstützer hier ihrer eigenen Sorge Ausdruck verliehen beziehungsweise das Szenario der kommu-

342 HHStAW 502–11647a, Zinn an Osswald, Betr.: Studien der afrikanischen Praktikanten, 25. 6. 1962, S. 3.

343 Ebd., S. 3.

344 Vgl. ebd., S. 4.

nistischen Konkurrenz instrumentell nutzten, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. In jedem Fall aber führte der Hinweis dazu, dass der zuständige Ausbildungsleiter und auch Oberbürgermeister Osswald sich aktiv für die Wünsche der Praktikanten einsetzten. Zweitens wird deutlich, dass die hessische Landesregierung die östliche Konkurrenz nicht so stark fürchtete. Stattdessen befasste sie sich in erster Linie mit den notwendigen Studienqualifikationen. Dabei war sie stark darauf bedacht, die gängigen Zugangsvoraussetzungen für das Hochschulstudium einzuhalten. Sie war nicht bereit, Ausnahmen von den Regelungen zuzulassen. Diese strikte Haltung deckte sich mit der Position der Bundesministerien, die im Umgang mit den „Ostblockabwanderern“ ein bis zwei Jahre später stets darauf bestanden, keinesfalls von den gängigen Studien- und Praktikumsqualifikationen abzuweichen (siehe Kapitel 2.1).³⁴⁵ Drittens ging die hessische Landesregierung im Einzelfall aber durchaus auf die Wünsche der Praktikanten ein – sofern die entsprechenden Qualifikationen vorlagen. Sie schloss den Wechsel an eine Technische Hochschule nicht *per se* aus, sondern prüfte die Angelegenheit und hätte – bei Vorliegen der notwendigen Unterlagen – in Ausnahmefällen sogar von den Absprachen mit den Herkunftsländern abgesehen.

Qualifikation und berufliche Stellung

Die Frage der Qualifikationen wurde in der zweiten Phase ebenfalls zu einem wichtigen Thema. Vor allem die westdeutschen Stellen verwiesen auf die fehlende oder vorhandene formale Eignung, um damit die Ablehnung oder Gewährung einer Fördermaßnahme zu begründen. In einigen Fällen nutzten aber auch die Praktikant:innen selbst den Hinweis auf ihre Qualifikationen, um zum Beispiel höhere Zahlungen zu erwirken. Damit waren sie immer wieder erfolgreich. 1962 konnten zwei Teilnehmer in der BRD erreichen, dass die Unterhaltszuschüsse für alle höheren Fach- und Führungskräfte insgesamt auf 650 DM monatlich angehoben wurden.³⁴⁶ Auch im Falle von acht tanganjikanischen Wasserbautechnikern, die seit Ende April 1963 in Westdeutschland geschult wurden, spielte die

345 Vgl. exemplarisch BArch B 213/394, Haniel (BMZ): Kurzprotokoll, 9. Sitzung Länderausschuss am 22.–24.10.1963, 9.12.1963, S. 2f. Im Falle der aus der DDR Abgewanderten, an denen ein besonders politisches Interesse bestand, waren die Ministerien aber teilweise durchaus bereit, von den eigentlich notwendigen Qualifikationen abzusehen. Vgl. BArch B 213/438, AA: Vermerk, Betr.: Aus dem Ostblock in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin abgewanderte Praktikanten und Studenten aus den Entwicklungsländern, 24.2.1964, S. 4.

346 Vgl. BArch B 213/1563, AA: Ergebnisbericht der 6. Arbeitsbesprechung des IRA am 18.4.1962, 19.4.1962, S. 1f.

Frage der Qualifikationen und der beruflichen Erfahrung eine wichtige Rolle. Sie nahmen am ersten niedersächsischen „Landespraktikantenprogramm“ für Tanganjika teil, ausgerichtet vom Landesministerium für Wirtschaft und Verkehr. Unter den insgesamt 26 Teilnehmern verschiedener Berufe bildeten sie die größte Fachgruppe. Die Teilnehmer kamen mit einer Ausnahme alle aus Tanganjika, nur ein Praktikant stammte aus Njassaland. Abgesehen von den Wasserbautechnikern nahmen sie an Schulungen in den folgenden Bereichen teil: Kraftfahrzeugtechnik, Elektrotechnik, Fernmeldewesen, Maschinenbau, Rundfunktechnik, Druck, Fotografie, Chemie und Pressewesen.³⁴⁷ Die acht Wasserbautechniker waren Angestellte des *Ministry of Agriculture* in Dar es Salaam und für die Auslandsschulung beurlaubt.³⁴⁸ Vor dem Berufseinstieg hatten alle zunächst die höhere Schule und anschließend für ein bis drei Jahre eine technische Schule besucht.³⁴⁹ Sie besaßen außerdem ohne Ausnahme mehrjährige praktische Berufserfahrungen. Die meisten von ihnen konnten sieben bis zehn Jahre Arbeitspraxis nachweisen.

Drei Monate nach ihrer Ankunft, im August 1963, versuchten die Wasserbautechniker erstmals, eine finanzielle Unterstützung bei ihrer Heimatregierung zu erwirken, mit der Begründung, dass das westdeutsche Stipendium von 400 DM für ihre Unkosten nicht ausreiche. Das tanganyikanische Landwirtschaftsministerium war aber nicht zu einer schnellen Genehmigung bereit. Es äußerte Zweifel an den angegebenen Ausgaben der Fachkräfte und bat darum, die Finanzaufstellung durch die zuständige deutsche Betreuungsbehörde bestätigen zu lassen.³⁵⁰ Daraufhin formulierten die Teilnehmer einige Monate später drei neue Eingaben, die sie dieses Mal vorab der Carl Duisberg-Gesellschaft vorlegten. Neben allgemeinen Beiträgen zum Lebensunterhalt – nach eigener Kalkulation fehlten ihnen monatlich 70 DM pro Person, um ihre Unkosten zu decken – beantragten sie außerdem einen Bekleidungszuschuss und Büchergeld, wobei sie insbesondere darauf verwiesen, dass für diese beiden Posten bei ihrer Heimat-

347 Vgl. NLA-HStAH Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 1504, Presse-Information des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 124/1963, 29.11.1963.

348 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Dr. Freybott (CDG) an Krug (CDG Köln), Betr.: Niedersächsisches Ausbildungsprogramm für Praktikanten aus Tanganyika, 27.5.1964.

349 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Damrath (Direktor der Staatlichen Ingenieurschule Suderburg): Bericht über den Sonderlehrgang der Praktikanten aus Tansania an der Staatlichen Ingenieurschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Suderburg, undatiert.

350 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Mwakalinga/Ngussa/Abdallah/Ngalisoni/Vakolavene/Shekue/Mlingi/Mellya an Permanent Secretary (Ministry of Agriculture, Dar es Salaam), Betr.: Financial Embarrassment, 10.2.1964.

regierung ein Fonds existiere, während im Rahmen der westdeutschen „Regierungspraktikantenprogramme“ hierfür keine Gelder bereitstünden.³⁵¹

Die CDG, beunruhigt von dieser Initiative, organisierte nur wenige Tage später eine Aussprache zwischen den Praktikanten und Dr. Wolfgang Freybott (CDG) sowie Oberregierungsrat Dr. Rolf Pusch vom niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr (NMWV). Pusch drängte darauf, die Briefentwürfe in jedem Fall zurückzuhalten, da diese seiner Meinung nach einige Fehlinformationen enthielten. Insbesondere störte er sich an der Darstellung, dass von westdeutscher Seite keine Bekleidungs- und Bücherzuschüsse zur Verfügung gestellt worden seien. Dies sei so nicht richtig. Die Teilnehmer hätten bereits bei ihrer Ankunft einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 350 DM zum Kauf von Winterkleidung erhalten. Allerdings hätten sowohl die Tanganjikaner als auch ihre deutschen Betreuer das Geld als allgemeine Einkleidungsbeihilfe interpretiert und daher keine Winterkleidung gekauft, welche dann bei Anbruch der kalten Jahreszeit fehlte.³⁵² Den Hinweis, dass es möglich sei, Büchergeld zu beantragen, hätten die Praktikanten schlicht nicht verstanden. Die monatlichen Ausgaben der Fachkräfte veranschlagte Pusch deutlich niedriger mit 405 bis 430 DM pro Monat.³⁵³ Statt potenzielle Unterhaltszuschüsse der tanganyikanischen Regierung zu befürworten, riet Pusch den Wasserbautechnikern in paternalistischer Manier dazu, besser hauszuhalten:

„Zu ihren Wünschen auf Erhöhung des Unterhaltszuschusses empfahl ich größere Sparsamkeit (insbesondere Zubereitung des Frühstücks und des Abendessens im eigenen Heim). Ich wies daraufhin, daß Tausende von lernenden Ausländern in der Bundesrepublik mit dem offiziellen Satz von 400,- DM monatlich auskommen, daß zahlreiche Deutsche ebenfalls über keinen höheren Monatsbetrag verfügten und daß insbesondere Alters- und Invali-

351 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Mwakalinga/Ngussa/Abdallah/Ngalisoni, Vakolavene/Shekue/Mlingi/Mellya an Permanent Secretary (Ministry of Agriculture, Dar es Salaam), Betr.: Outfit Allowance, 11.2.1964; NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, dies. an Permanent Secretary (Ministry of Agriculture), Betr.: Book Allowance, 11.2.1964.

352 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Dr. Pusch (NMWV): Vermerk, Betr.: Landespraktikantenprogramm I (Tanganjika), 19.2.1964. In der Zwischenzeit hatten alle acht Teilnehmer sich je 200 DM für die Anschaffung von Winterkleidung von der CDG geliehen, die sie nun monatlich mit 50 DM zurückzahlen mussten, was ihr Budget deutlich schmälerte. Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Mwakalinga/Ngussa/Abdallah/Ngalisoni/Vakolavene/Shekue/Mlingi/Mellya an Permanent Secretary (Ministry of Agriculture, Dar es Salaam), Betr.: Outfit Allowance, 24.2.1964.

353 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Dr. Pusch (NMWV): Vermerk, Betr.: Landespraktikantenprogramm I (Tanganjika), 19.2.1964.

denrentner trotz des angeblichen Wirtschaftswunders immer noch mit weniger als mit DM 400,- im Monat auskommen müßten.“³⁵⁴

Mit dem Ergebnis der Besprechung zeigte Pusch sich zufrieden, denn die Praktikanten erklärten sich dazu bereit, ihre Briefe zu überarbeiten.³⁵⁵ In Puschs Ausführungen finden sich erneut deutliche Hinweise darauf, dass die deutschen Stellen häufig vermeintlich deutsche Tugenden, wie Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Fleiß, von den Fachkräften forderten, welche sich partiell mit den angenommenen Charaktereigenschaften der „modern men“ deckten. Ein Grund dafür mag die Tatsache gewesen sein, dass eben jene Charakterzüge dazu beitrugen, dass sich Teilnehmer:innen reibungslos in Arbeitsprozesse einbinden ließen und auch im Verlauf der Fortbildungen keine Forderungen stellten. Trotz der herablassenden Haltung, die Oberregierungsrat Pusch gegenüber den Tanganjikanern immer wieder an den Tag legte – zum Beispiel, wenn er bemerkte, die genannten Auseinandersetzung habe „wieder einmal bewiesen, daß Afrikaner nicht mit deutschen Maßstäben gemessen werden dürfen, sofern es um Pflichtgefühl, Verantwortungsbewußtsein und sparsames Wirtschaften geht“³⁵⁶ – stellte er sich in der beschriebenen Angelegenheit einer weiteren Unterstützung durch die CDG dennoch nicht in den Weg.

CDG-Mitarbeiter Freybott sandte die überarbeiteten Briefe der Praktikanten zusammen mit einer eigenen Stellungnahme, in der er sich explizit für die Gewährung von Büchergeld und Bekleidungszuschüssen aussprach, an das *Ministry of Agriculture* in Dar es Salaam. Hinsichtlich der Stipendienhöhe von 400 DM bemerkte er:

„Although we have found out in many cases of other trainees from Africa and other continents that this amount can be regarded as sufficient to cover personal needs, we do not deny that under certain circumstances – especially in the case of trainees already disposing of considerable professional experience from their home countries and therefore also requiring more comfort than young unmarried trainees – an amount slightly above DM 400,- and ranging from 400,- to DM 430,- may be justified.“³⁵⁷

Freybott verwies also explizit auf die Berufserfahrung der Wassertechniker, um damit ihr Anliegen zu unterstützen. Im Landwirtschaftsministerium in Dar es Salaam war der Brite A. McCallum mit der Angelegenheit befasst. Dieser lehnte

354 Ebd., S. 2f.

355 Vgl. ebd.

356 Ebd., S. 3.

357 NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Freybott (CDG) an Permanent Secretary (Ministry of Agriculture), Betr: Training of 8 staff members of your Ministry, 28.2.1964.

die Subventionsbitte entschieden ab. Obwohl regelmäßig ähnliche Anfragen von tanganyikanischen Auslandspraktikant:innen aus diversen Ländern eingingen, habe die Regierung diesen Anträgen noch nie zugestimmt. Sie erachte die Stipendien der Gastgeberländer für ausreichend.³⁵⁸ Offensichtlich beschritt die tanganyikanische Regierung hier den entgegengesetzten Weg zur ghanaischen Regierung. Sie nahm die vielen Anträge keinesfalls als Anlass zu eigenen Subventionen der Programme, sondern verweigerte eigene Unterhaltszuschüsse.³⁵⁹ Allerdings genehmigte McCallum die beantragten Bücher- und Bekleidungszuschüsse, wenn er auch darauf drängte, dass die westdeutschen Stellen ebenfalls weitere Unterstützung leisteten.³⁶⁰ Die CDG entsprach dieser Bitte und sagte den Teilnehmern im Sommer 1964 die einmalige Zahlung von 100 DM Büchergeld (statt der anfänglich geplanten 50 DM) sowie begrenzte Zuzahlungen zu Fahrtkosten oder kulturellen Veranstaltungen zu.³⁶¹ So hatten die Praktikanten, mit aktiver Hilfe der CDG, zumindest einen Teil ihrer Anliegen durchsetzen können.

Offensichtlich gaben die Wassertechniker sich mit diesen Zusagen zufrieden, denn sie stellten keine weiteren finanziellen Forderungen. Allerdings hatte der Vorfall auf einer anderen Ebene ein Nachspiel: Nachdem die tanganyikanische Entscheidung über die Zuschüsse bereits gefallen war, schaltete sich das BMZ ein, das erst verspätet von der gesamten Angelegenheit erfuhr. Botschafter Schröder, der von McCallum zu den Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik befragt worden war, hatte sich bei dem leitenden Ministerium darüber beschwert, dass die Entscheidung vor Ort durch das unterstützende Schreiben der CDG verkompliziert worden sei.³⁶² Oberregierungsrat Helmut Jelden war erzürnt darüber, dass er von den niedersächsischen Stellen nicht informiert worden war und sah das

358 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, A. McCallum (Ministry of Agriculture, Dar es Salaam) an Freybott (CDG), ohne Betreff, 27.4.1964. Siehe auch: NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Schröder (Botschafter der BRD, Dar es Salaam) an BMZ, Betr.: I. Praktikantenprogramm für Tanganjika, 24.4.1964.

359 Eric Burton konstatiert hingegen, dass die tansanische Regierung die Studienstipendiat:innen in den sozialistischen Staaten mit eigenen Devisenzahlungen finanziell unterstützt habe. Unklar bleibt hier allerdings, wann genau diese Zahlungen eingeführt wurden. Vgl. Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 219.

360 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, A. McCallum (Ministry of Agriculture, Dar es Salaam) an Freybott (CDG), ohne Betreff, 27.4.1964.

361 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Freybott (CDG): Aktennotiz, Betr.: 2. Zwischenseminar in Berlin vom 5. bis 9.8.1964, undatiert.

362 Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Schröder (Botschafter der BRD, Dar es Salaam) an BMZ, Betr.: I. Praktikantenprogramm für Tanganjika, 24.4.1964. Zur Einbindung der Botschaft in den Entscheidungsprozess siehe auch: NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, A. McCallum (Ministry of Agriculture, Dar es Salaam) an Freybott (CDG), ohne Betreff, 27.4.1964.

BMZ seiner Verhandlungshoheit beraubt. Das Vorgehen der CDG-Landesstelle sei „in der Sache und in der Form scharf zu mißbilligen“³⁶³, kritisierte er. Der verantwortliche CDG-Mitarbeiter Freybott bemühte sich darum, die Situation zu klären. In einer ausführlichen Begründung seines Vorgehens verwies er abermals auf die berufliche Stellung der Teilnehmer:

„Zur Erläuterung der Situation, in der sich die Praktikanten zu dem Zeitpunkt befanden, muß vorausgeschickt werden, daß die 8 tanganyikanischen Wasserfachleute als Beamte des Landwirtschaftsministeriums für das Praktikum beurlaubt wurden und deshalb den Standpunkt vertreten, sie seien zur Ausbildung von Tanganyika in die Bundesrepublik Deutschland sozusagen ‚versetzt‘ worden, so daß ihnen gewisse Leistungen des tanganyikanischen Staates noch zuständen.“³⁶⁴

Auch die Praktikanten selbst verwiesen also auf ihre berufliche Position und die damit einhergehenden Möglichkeiten, um ihre materielle Lage zu verbessern. Darin pflichtete Oberregierungsrat Pusch ihnen bei, der in einem weiteren Schreiben die Initiative der CDG-Landesstelle rechtfertigte. Freybott, so Pusch, habe sich bei seiner Empfehlung, die höchstens als „bedingte Befürwortung“ verstanden werden könne, an den bundesdeutschen Richtlinien orientiert, die vorsahen, dass „Spitzenkräfte mit abgeschlossener akademischer Ausbildung oder vergleichbarer Qualifikation, die eine entsprechende berufliche Stellung haben“³⁶⁵, mit bis zu 650 DM unterstützt werden könnten. Denn schließlich „wäre [es] nicht abwegig, wollte man die 8 Wasserfachleute ihrer Qualifikation und Stellung nach höher einschätzen als den üblichen Praktikanten.“³⁶⁶

Die Tatsache, dass die acht Wasserbautechniker Beamte des tanganyikanischen Landwirtschaftsministeriums waren, wirkte sich also doppelt auf ihre materielle Situation aus. Zum einen hatten sie als Regierungsmitarbeiter überhaupt erst einen Anspruch auf die Zuschüsse ihres Arbeitgebers. Zum anderen war ihre berufliche Stellung für die CDG und das niedersächsische Landesministerium das entscheidende Argument dafür, die Anfrage zumindest partiell zu unterstützen. Da selbst die offiziellen Programmrichtlinien die finanzielle Einstufung von Praktikant:innen generell von deren professioneller Qualifikation

363 NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Jelden (BMZ) an CDG Köln, Betr.: Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern, 20.5.1964.

364 NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Freybott an Krug (CDG Köln), Betr.: Niedersächsisches Ausbildungsprogramm für Praktikanten aus Tanganyika, 27.5.1964.

365 NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Pusch an das BMZ, Betr.: Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern, 8.6.1964 [Entwurf, abgesandt am 10.6.1964].

366 Ebd.

und Stellung abhängig machten, sahen Pusch und Freybott ihr Vorgehen als gerechtfertigt an, zumal der Antrag an das *Ministry of Agriculture* nicht die westdeutschen Kassen belasten würde.³⁶⁷ Auch dieser Aspekt war entscheidend. Denn trotz aller Verweise auf die berufliche Position der Tanganjikaner kam keiner der westdeutschen Akteur:innen auf die Idee, die Praktikanten tatsächlich höher einzustufen, auch wenn sie selbst darauf verwiesen, dass die Regierungsbeamten durchaus die Kriterien für Spitzenkräfte erfüllten.

Wie äußerte sich in der gesamten Auseinandersetzung nun der Eigen-Sinn der Teilnehmer? Ihre erste Anfrage beim *Ministry of Agriculture* im August 1963 kann als eine Art Testballon angesehen werden. Die Regierungsbeamten waren gut informiert. Sie wussten um die Fördermöglichkeiten ihres Arbeitgebers und versuchten, diese auszuschöpfen. Als das Ministerium um weitere Belege und eine Befürwortung der deutschen Stellen bat, ließen die Praktikanten die Angelegenheit vorerst ruhen. Eine besondere Dringlichkeit bestand von ihrer Seite offensichtlich nicht. Erst ein halbes Jahr später wurden sie erneut aktiv. Inzwischen war es in Deutschland Winter geworden. Die Tanganjikaner hatten sich von der CDG eine größere Geldsumme vorstrecken lassen, um sich Mäntel zu kaufen, und mussten diesen Kredit nun mit einem recht hohen Abtrag von 50 DM monatlich abzahlen. Folglich fehlte ihnen dieses Geld, um ihre permanenten Fixkosten zu decken. Hinzu kam, dass im gleichen Zeitraum ihr Fortbildungsprozess stagnierte. Ein geplanter Sonderkurs an der Staatlichen Ingenieurschule in Suderburg war noch nicht angelaufen. Gleichzeitig fiel es den westdeutschen Stellen schwer, die Teilnehmer zur Überbrückung der Wartezeit an geeignete Betriebe oder Behörden zu vermitteln. Als im Februar 1964 die Unterredung mit der CDG und der Landesregierung stattfand, hatten diese, so erinnerte sich Freybott, „mit der nervlichen Belastung zu kämpfen, der die Praktikanten wegen ihrer nach eigener Auffassung finanziell schwierigen Situation und wegen des nach eigener Auffassung mangelnden Fortschrittes in ihrer Ausbildung unterlagen.“³⁶⁸ Angesichts der Sorge um die Ausbildungsfortschritte wogen anscheinend auch die finanziellen Nöte der Praktikanten noch schwerer.

Generell war das Interesse an einem guten Schulungserfolg ein ganz wesentliches Handlungsmotiv der Wasserbautechniker. Immer wieder setzten sie sich aktiv dafür ein, die Fortbildungseffekte zu verbessern, zum Beispiel in dem

³⁶⁷ Der Hinweis darauf, dass es keinen Grund gäbe, Mittel, die andernorts zur Verfügung standen, zu verweigern, fiel im Verlaufe der Auseinandersetzungen mehrfach. Vgl. u.a.: NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Freybott an Krug, Betr: Niedersächsisches Ausbildungsprogramm für Praktikanten aus Tanganyika, 27.5.1964, S. 2.

³⁶⁸ Ebd., S. 2.

sie konkrete Betriebe vorschlugen, in denen sie bestimmte Fähigkeiten erwerben konnten.³⁶⁹ Auch im Gespräch mit Pusch und Freybott war der Ausbildungserfolg ein entscheidendes Argument, mit dem der Oberregierungsrat die Teilnehmer letztlich davon überzeugte, von einem weiteren Anliegen (dem Wunsch den Unterricht in Suderburg auf Englisch zu halten) abzusehen. Pusch weigerte sich vehement, auf diesen Wunsch einzugehen. Stattdessen bestand er darauf, dass es nur drei mögliche Alternativen gäbe:

„Eigene ernste Anstrengungen, um den Suderburger Versuch doch erfolgreich durchzuführen – Verzicht auf den Sonderlehrgang aus Sprachgründen und damit Verbleiben in den Ausbildungsbetrieben, obwohl dort nur wenig hinzugelernt werden kann – oder (drittens) Abbruch des Praktikums, Heimreise, Eingeständnis gegenüber ihrer Entsendebehörde, daß sie, obwohl zunächst als dafür geeignet befunden, dennoch den Anforderungen des Fortbildungsprogramms nicht gewachsen sind.“³⁷⁰

Mit dieser Drohung konfrontiert gaben die acht Teilnehmer nach und zogen ihre Forderung zurück. Im Gegensatz dazu war der vorherige Appell an „ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber ihrem Land“³⁷¹ wirkungslos geblieben. Der eigene Fortbildungserfolg – eventuell als Voraussetzung für einen weiteren beruflichen Aufstieg – war den Wasserbautechnikern also ausgesprochen wichtig. Sie waren offensichtlich zielstrebig, ergebnisorientiert und motiviert zu lernen – Charaktereigenschaften, die wahrscheinlich auch zu ihrem beruflichen Erfolg in Tanganjika beigetragen hatten. Staatliche Zuschüsse forderten sie erst dann hartnäckig ein, als die Sorge um den eigenen Fortbildungserfolg und finanzielle Engpässe zusammentrafen.

Abstimmung mit den Füßen – die „Ostblockabwanderung“

Spätestens ab 1963 befassten sich die Regierungen intensiv mit der Abwanderung der afrikanischen Student:innen und Praktikant:innen aus den RGW-Staaten. Sie versuchten, diesen Ausreiseprozess bei ihrer jeweiligen Programmkonzeption zu berücksichtigen, gingen von bisherigen Regelungen ab und bemühten sich darum, neue zu entwerfen. Die Aus- bzw. Einreise stellte ein immenses praktisches Problem dar, denn die Fortbildungsprogramme konnten dadurch weder im Osten noch im Westen wie geplant realisiert werden. Der einen Seite fehlten nun die

³⁶⁹ Vgl. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Freybott (CDG) an Damrath (Ingenieurschule Suderburg), Betr.: Sonderkursus für 8 Wasserfachleute aus Tanzania, 25.11.1964.

³⁷⁰ NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Pusch (NMWV): Vermerk, Betr.: Landespraktikantenprogramm I (Tanganjika), 19.2.1964, S. 3.

³⁷¹ Ebd., S. 3.

Teilnehmer:innen, die andere Seite sah sich mit irregulären neuen Bewerber:innen konfrontiert, die entweder eine Finanzierung benötigten oder aber abgeschoben werden sollten. Bei der Brisanz, welche die Situation für die beteiligten Ministerien und Behörden besaß, ist es erstaunlich, dass sich zu dieser Thematik in den deutschen und ghanaischen Archiven kaum Aushandlungen zwischen Programmteilnehmer:innen und staatlichen Stellen finden. Eine mögliche Erklärung für diese Diskrepanz ist, dass es sich bei dem Wunsch, den Osten zu verlassen nicht um etwas handelte, dass die Praktikant:innen mittels schriftlicher Anfragen oder vermittelnder Gespräche vorab klärten. Die Ausreise war eine Abstimmung mit den Füßen, bei der die Fachkräfte schlicht Fakten schufen.³⁷² Da sie die Entscheidung zur Abwanderung ohne Einbeziehung ihrer Arbeitgeber:innen oder der staatlichen Behörden trafen, ging dieser Prozess auch nicht in die Archive ein.

Aber auch die Integration der „Ostblockstipendiaten“ in das westdeutsche Schulungssystem hinterließ, jenseits der regierungs- und verwaltungsinternen Diskussionen, nur wenige Spuren. Das könnte darauf hindeuten, dass die neu Zugereisten sich relativ problemlos in die bundesdeutschen Programme einfügten. Möglicherweise waren sie – erleichtert über die Gelegenheit, überhaupt eine neue Förderung in einem anderen Land zu erhalten – besonders kompromissbereit. Hierfür sprechen zwei Hinweise. Bei einer Besprechung im Auswärtigen Amt berichteten Mitarbeiter der CDG und des AA, dass die Abgewanderten sich auch dann nicht beschwerten, wenn ihre westdeutsche Förderung mit einer „Herabstufung“ verbunden sei, sie also beispielsweise statt an einem Studienprogramm „nur“ an einem Praktikumsprogramm teilnehmen konnten. In der Regel seien die Bewerber:innen „einsichtig und bereit [...], sich auch mit einer Fachschulausbildung oder einer Praktikantentätigkeit zufrieden zu geben.“³⁷³ Auf der gleichen Sitzung äußerte ein anderer Beamter des AA die Vermutung, dass möglicherweise gerade die Teilnehmer:innen aus dem Osten, die den Sozialismus selbst erlebt hätten, ein „beruhigendes Element“³⁷⁴ darstellen könnten gegenüber den „freien Praktikanten“, die direkt aus dem globalem Süden kamen und seiner Einschätzung nach häufiger zu radikalen Ansichten neigten.

Eine andere Erklärung wäre, dass die „Ostblockabwanderer“, wenn sie unzufrieden waren, auch in Westdeutschland unterhalb des Radars der verant-

372 Siehe auch Slobodian: *Bandung in Divided Germany*, S. 655.

373 BAArch B 213/438, AA: Vermerk, Betr.: Aus dem Ostblock in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin abgewanderte Praktikanten und Studenten aus den Entwicklungsländern, 24.2.1964, S. 6.

374 Ebd.

wortlichen offiziellen Stellen agierten. Hierfür gibt es ebenfalls Hinweise. Zum einen verließen immer wieder Bewerber:innen unbemerkt das Aufnahmelager in Wickrath, sodass die Behörden jede Spur von ihnen verloren.³⁷⁵ Zum anderen berichtete der BSR im September 1963 von einem weit verbreiteten Vorgehen, von dem die Mitarbeiter:innen meist nur durch Zufall erfuhren: Abgelehnte Bewerber:innen blieben häufiger ohne das Wissen der westdeutschen Stellen in der BRD und versuchten, sich dort selbst zu finanzieren. Wenn sich dies als schwierig erweise, so der BSR, bäten sie unterschiedliche Institutionen oder Privatpersonen um Unterstützung. Diese setzten sich anschließend für eine weitere Förderung der ehemaligen Student:innen und Praktikant:innen ein und organisierten Übergangslösungen, unter anderem auch deshalb, weil sie vermuteten, dass die Abgewanderten politisch bevorzugt würden. Wenn sich aufgrund der offiziellen Aufnahmekriterien aber kein passendes Programm finden lasse, so schilderte der BSR den Ablauf weiter, seien die Bewerber:innen enttäuscht und es komme häufig zu Konflikten, wonach die abgelehnten Praktikant:innen sich neue Unterstützer suchten. Nach mehreren erfolglosen Versuchen dieser Art kehrten die Afrikaner:innen oft doch wieder in den Osten zurück.³⁷⁶

Auch wenn keine direkten Auseinandersetzungen über die Abwanderung und die Integration im Westen erhalten sind, sprechen die Handlungen der Praktikant:innen ein Stück weit für sich. Die Tatsache, dass so viele Teilnehmer:innen die sozialistischen Staaten verließen, zeugt in jedem Fall von einem größeren Maß an Unzufriedenheit mit der Situation vor Ort, denn schließlich trafen die Fachkräfte bewusst die Entscheidung, eine gesicherte Schulungsmöglichkeit inklusive Stipendium aufzugeben. Als ausschlaggebende Ursachen für die Abwanderung kristallisierten sich vier zentrale Interessen der Teilnehmer:innen heraus: der Schutz vor rassistischer Diskriminierung und körperlicher Gewalt, die Hoffnung auf ein besseres Schulungsergebnis, welches beispielsweise an der fachlichen Qualität der Ausbildung, an den technischen Standards der Ausbildungsfirmen, aber auch an der internationalen Übertragbarkeit der Schulungszertifikate gemessen wurde, die Möglichkeit zur politischen Selbstorganisation und in etwas geringerem Maße das persönliche Wohlergehen während der Ausbildung.³⁷⁷ Kri-

375 Vgl. exemplarisch PA AA AV Neues Amt 19.400, CDG an westdeutsche Botschaft, Accra, Betr.: Regierungsprogramm Ghana VII/BMZ; Zustimmung zum VII. Regierungspraktikantenprogramm Ghana, 29.11.1966.

376 Vgl. BArch B 213/438, Thiele (Sozialamt BSR): Erfahrungsbericht über die Betreuung und Weiterleitung der aus dem Ostblock in Berlin eintreffenden Studienbewerber aus Entwicklungsländern, 23.9.1963, S. 3f.

377 Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Constantin Katsakioris und Julie Hessler. Katsakioris nennt die Gewalt gegen Afrikaner:innen als zentralen Ausreisegrund; Hessler sieht rassistische

terien für letzteres waren unter anderem die Höhe der finanziellen Förderung oder die Qualität der Wohnunterkunft. Verhandlungen über den Status der Praktikant:innen spielten ebenfalls eine wichtige Rolle, führten aber in der Regel nicht zur Ausreise. Neben den vier genannten zentralen Abwanderungsfaktoren, waren in einigen Fällen auch andere Gründe ausschlaggebend. So berichteten Sprecher der „Union afrikanischer Studenten und Arbeiter in der DDR“, dass manche Afrikaner:innen die DDR verließen, weil sie nicht genug Unterstützung bei der Überwindung von Studienschwierigkeiten erhielten und sich stattdessen einem unempathischen bürokratischen Prozess, drohender Exmatrikulation und der wiederholten Ankündigung, sie würden in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, ausgesetzt sahen.³⁷⁸ Das verweist auf den zweiten Schluss, der sich aus der Abwanderung ziehen lässt: Offensichtlich rechneten die Praktikant:innen nicht damit, dass eine Anfrage bei den Behörden irgendetwas an ihren Problemen ändern würde – oder aber sie waren mit diesem Versuch bereits gescheitert – daher handelten sie auf eigene Faust.

Für die Fachkräfte, die nach einem kurzen oder längeren Aufenthalt in der Bundesrepublik in die DDR zurückkehrten, zog ihre Ausreise in der Regel keine Konsequenzen nach sich. Nach wie vor gab es keine gesetzliche Grundlage, die eine Ahndung ermöglicht hätte, sodass die SED-Regierung die Teilnehmer:innen gewähren lassen musste.³⁷⁹ Auch die Beurteilungen durch die ostdeutschen Schulen und Betriebe fielen anschließend nicht unbedingt negativ aus.³⁸⁰ Allerdings kam es vereinzelt vor, dass untergeordnete staatliche Stellen – anscheinend in der Annahme, dass ihr Handeln rechtlich legitimiert sei – Reisen in den Westen eigenmächtig sanktionierten. Das Volkspolizei-Kreisamt (VPKA) Bitterfeld nahm beispielsweise einem kongolesischen Studenten seinen Personalausweis ab, nachdem er vier Wochen in Brüssel verbracht hatte. Darüber hinaus wurde ihm auferlegt, zunächst einige Monate in der Produktion seinen „guten Willen zu beweisen“³⁸¹, bevor er sein Studium wieder aufnehmen dürfe. Nach einigen Mo-

Gewalt, unbefriedigende Schulungsbedingungen, politische Entfremdung zwischen den links-orientierten Student:innen und auch das kalte Klima als Hauptgründe für die Unzufriedenheit der Stipendiat:innen an. Vgl. Katsakioris: Nkrumah's Elite, S. 9–11; Hessler: Death of an African Student, S. 45.

378 Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 56, DAfriG: Bericht über eine gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees der Union der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR und der DAfriG, 9.11.1962, S. 10.

379 Vgl. Mac Con Uladh: Studium bei Freunden?, S. 201.

380 Vgl. exemplarisch: BArch SAPMO DY 13/2248, Otto (Fachschule für Binnenhandel Blankenburg): Kurzeinschätzung über Gideon Ude, 8.4.1964.

381 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Jean Michel Mayala an das ZK der SED, ohne Betreff, 23.5.1962.

naten erhielt er seinen Ausweis zurück, allerdings verbunden mit einer lokalen Aufenthaltsbeschränkung auf den Kreis Bitterfeld.³⁸² Mit der Aufenthaltsbeschränkung und der Zuweisung einer festgelegten Arbeit erließ die örtliche Ordnungsmacht interessanterweise genau die Sanktionen, die vorgesehen waren, um das Verhalten (ehemaliger) ostdeutscher Grenzgänger:innen zu ahnden. Damit missachtete die Polizeidienststelle – absichtlich oder unabsichtlich – die Tatsache, dass die zugrundeliegende Verordnung nur für DDR-Bürger:innen galt.³⁸³ Auch einige Universitäten versuchten, die Reisen in den Westen durch hochschulinterne Regelungen zu unterbinden oder aber die Student:innen durch verbale Einschüchterungen davon abzuhalten.³⁸⁴ Hinweise darauf, dass die Ausbildungsbetriebe gegenüber den Fachkräften ähnliche Praktiken nutzten, finden sich in den Akten nicht. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie ähnlich vorgingen, insbesondere wenn die Warnungen mündlich ausgesprochen wurden.

Verhinderter Familiennachzug

Ein weiteres Thema, das Praktikant:innen und Behörden in Westdeutschland gelegentlich beschäftigte, war die Frage des Familiennachzugs. Obwohl die Einreise von Familienangehörigen in die BRD generell untersagt war, versuchten manche Praktikant:innen, eine Ausnahme von dieser Regel zu erwirken.³⁸⁵ Im Dezember 1961 berichtete beispielsweise der hessische Landtagsabgeordnete Schneider, dass einige ghanaische Teilnehmer ihre Familien nachholen wollten und dafür auch schon aktiv geworden seien: „Die erforderlichen – erheblichen – Mittel für Schiff oder Flugzeug beschaffen sie sich durch ein Darlehen gegen Bürgschaft, und sie werden dann bei der Gemeinde wegen einer Wohnung vorstellig.“³⁸⁶ Als eine Dienststelle der Landesregierung versuchte, die Auszahlung der Darlehen zu verhindern, kritisierte ein Ghanaer, dass Bonn „schlechte Politik [mache]“, denn, so gab Schneider dessen Aussage wieder, „wer in der Sowjetzone tätig sei könne seine Familie jederzeit dorthin überführen.“³⁸⁷ In diesem Fall traf der häufig bemühte Vergleich mit den vermeintlichen Vorzügen der jeweils an-

382 Vgl. ebd.

383 Vgl. Lindenberger: Diktatur der Grenze(n), S. 207 f.

384 Vgl. Mac Con Uladh: Studium bei Freunden?, S. 201.

385 Für das Verbot des Familiennachzugs vgl.: BAArch B 145/7406, AA: Rundschreiben an diplomatische und berufskonsularische Vertretungen, Betr.: Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland, 15.11.1961, S. 6.

386 HHStAW 502–11647a, Schneider (Abgeordneter des Hessischen Landtags) an Ministerpräsident Zinn, ohne Betreff, 10.12.1961.

387 Ebd.

deren deutschen Programme zu: Ost-Berlin gestattete den Familienangehörigen ghanaischer Praktikant:innen tatsächlich die Einreise. Für deren Lebenshaltungskosten mussten die Teilnehmer:innen allerdings selbst aufkommen.³⁸⁸ Offensichtlich verglichen die Fachkräfte in der BRD die Konditionen in Ost und West und forderten selbstbewusst, die gleichen Vorzüge zu genießen wie ihre Landsleute im Nachbarland.

Auf diese Argumentation ließ sich die hessische Landesregierung aber nicht ein. Sie lehnte den beantragten Nachzug der Ehefrauen kategorisch ab.³⁸⁹ Ministerpräsident Zinn begründete diese Entscheidung damit, dass er keinen Präzedenzfall schaffen wolle. Bei 125 „Regierungspraktikanten“ in Hessen sowie insgesamt 10.000 „freien Praktikanten“ und „Regierungspraktikanten“ bundesweit, könne dies sonst unabsehbare Folgen haben. Außerdem sei der Unterhaltsbeitrag, den die Teilnehmer erhielten, nicht ausreichend, um davon eine Familie zu ernähren. Und schließlich werde die Wiedereingliederung der Fachkräfte im Herkunftsland noch schwieriger, wenn die Familien ebenfalls in Deutschland lebten. Oder anders gesagt, die Rückkehr stehe dann überhaupt infrage: „Falls die Familie auch hier ist, so fürchte ich, wird der wesentlichste Anreiz zur Rückkehr völlig entfallen.“³⁹⁰ Zinns Argumentation entsprach den Prinzipien, welche die westdeutschen Einwanderungsdebatten in den frühen 1960er Jahren prägten. Zwischen 1960 und 1965 entwarfen Bund und Länder das erste Ausländergesetz der Bundesrepublik. Dabei zielten sie vor allem darauf, Mechanismen zu schaffen, um den liberalen Reiseverkehr und den Zugang zum bundesdeutschen Arbeitsmarkt stärker kontrollieren zu können. Insbesondere für Menschen aus dem globalen Süden sollte die Einreise erschwert werden.³⁹¹ Diese Haltung der Abschottung vertrat offensichtlich auch Zinn. Von der Feststellung, dass der Familiennachzug in der DDR aber möglich sei, ließ sich der Ministerpräsident nicht beeindrucken (wie auch schon im Falle der teilnehmenden Ingenieure). Er räumte zwar ein, dass die Fachkräfte oft „auf eine andere Hand-

388 Vgl. BArch DE 1/21380, Vereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung Ghanas über die berufliche Aus- und Weiterbildung von Bürgern Ghanas in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, 16.9.1959, S. 3.

389 Vgl. u.a. HHStAW 502–11647a, F. C. Nkuakotse (Staatliche Textilfachschule Lauterbach/Hessen) an v. Steinrück (Hessisches Wirtschaftsministerium), Betr.: Schriftliche Bestätigung des Verbotes zur Einreise meiner Frau nach Westdeutschland als privater Lehrling, 30.12.1961.

390 HHStAW 502–11647a, Zinn an Schneider, ohne Betreff [Entwurf, abgesandt am 15.1.1962], S. 2.

391 Vgl. Schönwälder: Einwanderung, S. 216, 231–233, 237, 239, 245, 257–271. Siehe dazu z.B. auch: BArch B 213/396, Kurzprotokoll der 20. Sitzung des Länderausschusses a, 7.7.1965, S. 10.

habung der Dinge in der Sowjetzone oder in Sowjetrußland“³⁹² hinwiesen. Meist lasse sich allerdings nicht nachprüfen, ob diese Behauptungen zuträfen. Von der CDG sei er darüber informiert worden, dass die Zahlungen in der DDR keinesfalls höher seien. Darüber hinaus argumentierte Zinn, dass die hohe Zahl der „Ostblockabwanderer“ dafür spräche, das westdeutsche Vorgehen nicht zu verändern.³⁹³

Angesichts dieser Haltung blieben die Bemühungen der Ghanaer, ihre Familien nachzuholen, erfolglos. Für die hessische Landesregierung standen einwanderungspolitische Erwägungen an erster Stelle. Das Ziel, eine umfangreichere Migration aus dem globalen Süden unbedingt zu verhindern, hatte Priorität. Es wog schwerer als der Vergleich mit der ostdeutschen Konkurrenz und führte dazu, dass Wiesbaden nicht bereit war, den ghanaischen Praktikanten entgegenzukommen.

Eheschließungen und verhinderter Familiennachzug in die andere Richtung

In Ostdeutschland war das Problem des Familiennachzugs genau umgekehrt gelagert. Hier sorgte sich die Regierung eher darum, dass ausländische Praktikanten ostdeutsche Frauen heiraten und mit diesen ins Ausland reisen könnten.³⁹⁴ Die afrikanischen Praktikanten durften allerdings im Gegensatz zur BRD gemeinsam mit ihren Ehefrauen und Kindern einreisen.³⁹⁵ Damit erfuhren die Programmteilnehmer eine privilegierte Behandlung, denn obwohl die ostdeutsche Regierung faktisch vor allem mit der Abwanderung ostdeutscher Bürger:innen zu kämpfen hatte und nur wenige Ausländer:innen dauerhaft in die DDR einwanderten, verfolgte sie in der Regel dennoch eine restriktive Einwan-

392 HHStAW 502–11647a, Zinn an Schneider, ohne Betreff [Entwurf, abgesandt am 15.1.1962], S. 2.

393 Vgl. ebd., S. 3.

394 Diese Haltung änderte sich allerdings im Laufe der Zeit. Sara Pugach berichtet von einer Konstellation in den frühen 1970er Jahren, als sudanesishe Studenten ihre Frauen und Kinder mit in die DDR bringen wollten. Als Ost-Berlin ihnen dies zunächst verweigerte, argumentierten sie, dass der Familiennachzug in der Bundesrepublik problemlos möglich sei. Im Unterschied zu den westdeutschen Stellen ließ sich die DDR-Regierung von diesem Argument überzeugen und gestattete schließlich die Einreise der sudanesischen Ehefrauen und Kinder. Vgl. Pugach: *African Students and the Politics of Race*, S. 146.

395 Vgl. u. a. BArch DE 1/21380, Vereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung Ghanas über die berufliche Aus- und Weiterbildung von Bürgern Ghanas in Betrieben und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, 16.9.1959, S. 3. Siehe auch: Pugach: *African Students and the Politics of Race*, S. 146.

derungspolitik.³⁹⁶ Ob die gleiche Regelung auch für die wenigen weiblichen Praktikantinnen in der DDR galt, die gegebenenfalls ihre Ehemänner mitnehmen wollten, geht aus den Akten nicht hervor. Zumindest den männlichen Praktikanten gegenüber zeigte sich die SED-Regierung mit der Einreiseerlaubnis für die Familienangehörigen erstaunlich liberal. Möglicherweise lag der Grund dafür in dem Versuch, Ehen mit ostdeutschen Frauen zu verhindern, die offensichtlich als das größere Übel angesehen wurden. Die Genehmigung einer binationalen Ehe war generell nicht leicht zu erhalten, insbesondere für Afrikaner.³⁹⁷ Die staatlichen Behörden errichteten vielfältige bürokratische Hürden, um die Eheschließung zwischen den afrikanischen Programmteilnehmern und DDR-Bürgerinnen zu verhindern.³⁹⁸ Bis 1968 entschieden die lokalen Kreisbehörden über Heiratsbegehren.³⁹⁹ Das hatte zum einen zur Folge, dass die Beurteilungen der Sachlage uneinheitlich ausfielen, zum anderen eröffnete es subjektiven, diskriminierenden Entscheidungen oder Auflagen Tür und Tor. Einige Standesämter verlangten beispielsweise von den Praktikanten, dass diese eine schriftliche Zustimmung ihrer Heimatregierung zur Heirat einer deutschen Frau vorlegen müssten oder gar einen „Ehefähigkeitsnachweis“⁴⁰⁰. Als die Vorsitzenden der „Union afrikanischer Studenten und Arbeiter“ sich bei der DAfriG über dieses Vorgehen beschwerten, zogen sie „Vergleiche zwischen der Freundschaftspolitik der DDR und dieser Praxis, sowie zwischen der DDR und den westlichen Ländern [...], wo es solche Schwierigkeiten nicht gibt“⁴⁰¹. Obwohl die Mitarbeiter:innen der DAfriG konstatieren mussten, dass „die Afrikaner [durch dieses Vorgehen der ostdeutschen Behörden, J. O.] zwangsläufig in eine gewisse Opposition zur DDR geraten bzw.

396 Zur Abwanderungsproblematik und der geringen Einwanderungsquote vgl. Elsner/Elsner: Zwischen Nationalismus und Internationalismus, S. 10 – 15.

397 Vgl. Pugach: African Students and the Politics of Race, S. 143 – 145. Mike Dennis stellt fest, dass sich diese bürokratischen Hürden in den 1980er Jahren gegenüber den Vertragsarbeiter:innen aus Mosambik und Vietnam nicht verändert hatten. Trotz 1.000 unehelicher Kinder, die die mosambikanischen Arbeiter gemeinsam mit ostdeutschen Frauen bekamen, heirateten nur drei dieser binationalen Paare. Vgl. Dennis: Asian and African Workers, S. 109.

398 Vgl. Mac Con Uladh: Studium bei Freunden?, S. 206.

399 Vgl. Ebd.

400 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 56, DAfriG: Bericht über eine gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees der Union der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR und der DAfriG, 9.11.1962, S. 10.

401 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 56, DAfriG: Bericht über eine gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees der Union der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR und der DAfriG, 9.11.1962, S. 11.

Zweifel an ihrer Politik hegen“⁴⁰², verweigerten sie den Vorsitzenden der Union jegliche Diskussion darüber.⁴⁰³

Trotz der Kritik behielt die SED-Führung ihre bürokratische Verhinderungsstrategie bei.⁴⁰⁴ Hintergrund dieser Praxis war – neben der Argumentation, dass die Praktikanten in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten, um nicht dem „brain drain“ Vorschub zu leisten – vor allem die Sorge davor, dass die ostdeutschen Ehefrauen gemeinsam mit ihren Männern das Land verlassen könnten.⁴⁰⁵ In den wenigen Fällen, in denen DDR-Bürgerinnen es trotz aller Hürden geschafft hatten, einen Afrikaner zu heiraten, versuchte die Regierung, ihre Ausreise zu verhindern. Eine Ausreisegenehmigung musste sich das Paar erst einmal erkämpfen wie zuvor auch schon die Eheschließung.⁴⁰⁶ Hinter den staatlichen Versuchen, binationale Ehen und die Ausreise der ostdeutschen Ehefrauen zu unterbinden, stand in erster Linie machtpolitisches Kalkül. Durch den Mauerbau hatte die Regierung die Ausreise von DDR-Bürger:innen weitestgehend verhindert. Danach war sie bemüht, die noch vorhandenen Schlupflöcher zu minimieren. Die Ehe mit einem Ausländer sollte für die ostdeutschen Frauen nicht zu einer gängigen Ausreiseoption werden. Neben diesem machtpolitischen Fokus spielten aber auch rassistische Klischees eine Rolle, was sich zum Beispiel daran zeigte, dass vor allem Afrikaner von der Verhinderungspraxis betroffen waren.⁴⁰⁷ Die Versuche des Machterhalts verbanden sich also mit rassistischen Vorbehalten gegenüber sexuellen Kontakten zwischen deutschen Frauen und afrikanischen Männern, die in der ostdeutschen Gesellschaft insgesamt weit verbreitet waren.

Konfliktherd sexuelle Beziehungen – und andere Kontakte zur deutschen Bevölkerung

Immer wieder waren Liebesbeziehungen, Flirts oder sexuelle Begegnungen der Stein des Anstoßes, wenn es zu – teilweise gewalttätigen – Konflikten zwischen

402 Ebd.

403 Vgl. ebd.

404 1968 zentralisierte und verschärfte sie diese sogar noch. Vgl. Mac Con Uladh: Studium bei Freunden?, S. 206.

405 Vgl. ebd., S. 207f.

406 Vgl. exemplarisch BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Amadou Booker Sadjì an Straub (Ministerium des Innern), ohne Betreff, 11.4.1962 und weitere Korrespondenz dazu in der gleichen Akte. Siehe auch: Pugach: African Students and the Politics of Race, S. 144.

407 Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 56, DARIG: Bericht über eine gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees [...], 9.11.1962, S. 10.

den männlichen afrikanischen Teilnehmern und der lokalen Bevölkerung kam.⁴⁰⁸ Wie schon in der ersten Phase sahen es die Ausbildungsbetriebe und die staatlichen Behörden kritisch, wenn Praktikanten engere Kontakte zu deutschen Frauen pflegten, insbesondere wenn sie versuchten, sich von diesen in ihren Wohnheimen besuchen zu lassen.⁴⁰⁹ Im Frühjahr 1962 sorgte die Leiterin eines Lehrlingsheim in Jena dafür, dass DDR-Bürgerinnen, die drei kamerunische Auszubildende besuchten, „mit Polizeigewalt aus dem Zimmer dieser 3 Freunde entfernt“⁴¹⁰ wurden. Die drei Kameruner, die im Betrieb Carl Zeiss zu Feinmechanikern ausgebildet wurden, beschwerten sich daraufhin darüber, dass ihnen die Bevölkerung der Stadt ablehnend gegenüberstehe und es ihnen verweigert worden sei, Besuche im Wohnheim zu empfangen. Dieser Zustand sei für sie nicht hinnehmbar: „ehe wir es uns verbieten lassen, Besuche zu empfangen, kehren wir lieber nach Afrika zurück.“⁴¹¹ Auch die Kameruner nutzten den Vergleich mit der BRD, um ihr Anliegen zu unterstreichen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Teilnehmern behaupteten sie allerdings nicht, dass die Bundesregierung in solchen Fragen entgegenkommender sei, sondern sie appellierten an den Abgrenzungswillen der ostdeutschen Stellen: „Was sollen wir jetzt machen? Sollen wir weiterhin leben wie in einem Gefängnis? Nein, nein; wir sind nicht in Westdeutschland ... Aber unsere Probleme bleiben ungelöst.“⁴¹² Obwohl sie damit implizit ihre solidarische Haltung gegenüber der DDR betonten, bewirkten sie keine Lockerung der Besuchsregeln. Stattdessen wandte der Kaderleiter des Betriebs sich an das Ministerium für Volksbildung, um die Versetzung oder „Rückführung“ der Praktikanten zu erreichen.⁴¹³ Ob diese oder andere Disziplinarmaßnahmen tatsächlich umgesetzt wurden, geht aus den erhaltenen Quellen nicht hervor. Forderungen nach solchen Konsequenzen wurden allerdings in

408 Vgl. Mac Con Uladh: *Studium bei Freunden?*, S. 210; Pugach: *African Students and the Politics of Race*, S. 136–138. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Julie Hessler auch für die Studien- und Praktikumsprogramme der Sowjetunion. Vgl. Julie Hessler: *Death of an African Student in Moscow. Race, Politics and the Cold War*, in: *Cahiers du monde russe*, 47/1–2 (2006), S. 33–63, hier: S. 35 f.

409 Vgl. Pugach: *African Students and the Politics of Race*, S. 135.

410 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Seele (Kaderhauptleiter, Carl Zeiss Jena) an MfV, ohne Betreff, 11.4.1962.

411 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Schreiben der Kameruner an den Direktor der Betriebsakademie [Abschrift, Übersetzung des französischen Briefes], undatiert.

412 Ebd.

413 Vgl. SAPMO BArch DY 30/IV 2/20 57, Seele (Kaderhauptleiter, Carl Zeiss Jena) an MfV, ohne Betreff, 11.4.1962.

ähnlichen Fällen immer wieder laut.⁴¹⁴ Für eine Lockerung des Besuchsverbots setzte sich hingegen keine der ostdeutschen Behörden ein.

Trotz der verbreiteten moralischen Verurteilung von sexuellen Kontakten zwischen afrikanischen Männern und ostdeutschen Frauen sind interessanterweise keine Dokumente überliefert, in denen diese Kritik auf den kolonialen – und bis in die Gegenwart vorherrschenden – Topos einer Bedrohung der weißen Frau durch den schwarzen Mann zurückgriff.⁴¹⁵ Die DDR-Bürgerinnen wurden in keinem Fall als Opfer dieser Beziehungen präsentiert. Stattdessen unterstellten ihnen Betriebe und Behörden meistens, Prostituierte zu sein. Auch im Falle der drei Kameruner titulierte der Kaderleiter die betroffenen Frauen konsequent nur als „fragliche Mädchen“⁴¹⁶. Indem die ostdeutschen Stellen implizit unterstellten, dass deutsche Frauen, die mit schwarzen Männern schliefen, dieses nur gegen Bezahlung täten, ersetzten sie ein rassistisches Klischee (das der angeblichen überbordenden Sexualität schwarzer Männer) durch ein anderes. „Schuld“ an dieser staatlicherseits ungewollten erotischen Verbindung waren, aus Sicht der ostdeutschen Behörden, nun nicht mehr schwarze Männer mit einer vermeintlich besonders starken Libido, sondern vor allem weiße ostdeutsche Frauen, die bereit wären, die Grenzen einer akzeptierten Sexualität für materielle Vorteile zu überschreiten.⁴¹⁷

In seiner geschichtswissenschaftlichen Untersuchung des Studiums von Ausländer:innen in Ostdeutschland konstatiert Damian Mac Con Uladh, dass rassistische Übergriffe auf nicht-weiße Ausländer in der DDR, auch jenseits der Konkurrenz um die ostdeutschen Frauen, in den Jahren 1964/65 zunahmen. Eine Erklärung für diese Entwicklung liefert er nicht. Die Recherche für die hier vorliegende Studie konnten diesen Trend nicht so eindeutig bestätigen, wobei er in Anbetracht der vielfältigen Belege, die Mac Con Uladh vorlegt, auch nicht ausgeschlossen werden kann. Beschwerden über diskriminierende Vorfälle nahmen die ostdeutschen Behörden gegebenenfalls nicht ernst. Stattdessen schoben sie entweder den Betroffenen selbst die Schuld dafür zu, unterstellten ihnen eine zu

414 Vgl. Pugach: *African Students and the Politics of Race*, S. 135.

415 Zu diesem Schluss kommt auch Pugach. Vgl. ebd., S. 139. Zum kolonialen Sexualitätstopos siehe u. a.: Anette Dietrich: *Weißer Weiblichkeit. Konstruktionen von „Rasse“ und Geschlecht im deutschen Kolonialismus*, Bielefeld 2007, S. 359; Fatima El-Tayeb: *Schwarze Deutsche. Der Diskurs um „Rasse“ und nationale Identität 1890–1933*, Frankfurt/New York 2001, S. 160 f.; Frank Oliver Sobich: *„Schwarze Bestien, rote Gefahr“*, Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a. M. 2006, S. 349–371.

416 BArch SAPMO DY 30/IV 2/20 57, Seele (Kaderhauptleiter, Carl Zeiss Jena) an MfV, ohne Betreff, 11.4.1962.

417 Vgl. Pugach: *African Students and the Politics of Race*, S. 139.

große Sensibilität, sprachen von Einzelfällen oder sahen feindliche Mächte am Werk.⁴¹⁸ Die DDR-Institutionen leugneten den Rassismus, da er nicht zum Idealbild eines sozialistischen Staates passte. Ganz ähnlich verfuhr auch die SU, wenn sie mit Diskriminierungs- oder Gewalterfahrungen der afrikanischen Student:innen und Praktikant:innen konfrontiert waren.⁴¹⁹ Diese rigorose Abwehrhaltung war ein Spezifikum der sozialistischen Staaten und sie ging im Zweifelsfall auf Kosten der afrikanischen Teilnehmer:innen. Solange die staatlichen Behörden rassistisches Verhalten ignorierten, um ihr Land als strahlendes Beispiel der internationalen Solidarität zu präsentierten, konnte sich die Situation für die Praktikant:innen nicht verbessern.

Rassistisches Verhalten war hingegen kein ostdeutsches Alleinstellungsmerkmal. Auch in der BRD schilderten die Teilnehmer:innen, wie zum Beispiel die in Suderburg geschulten Tanganjikaner und deren Ausbildungsleiter, rassistische Diskriminierungen, wenn auch nicht in der gleichen Häufigkeit.⁴²⁰ Dass für Westdeutschland weniger Vorfälle dieser Art dokumentiert sind als für Ostdeutschland, geht aber möglicherweise auch auf die unterschiedlichen Überlieferungslogiken der beiden Staaten zurück. Denn während die ostdeutschen Institutionen Konflikte, Probleme und Aushandlungen üblicherweise akribisch dokumentierten, betrachteten die westdeutschen Stellen bestimmte Aspekte wie auch Diskriminierungserfahrungen eher als Privatsache, wodurch sie häufig keinen Eingang in die Akten fanden. Dass Afrikaner:innen auch in der Bundesrepublik durchaus Rassismus erlebten, zeigen unter anderem die Schwierigkeiten, diesen eine Wohnung bei privaten Vermieter:innen zu vermitteln oder die in den Behörden und Betrieben verbreiteten Äußerungen über deren vermeintlich mangelnde Arbeitsmoral (siehe auch Kap. 1.3).⁴²¹

Neben dem verbreiteten Alltagsrassismus gab es aber sowohl Ostdeutsche als auch Westdeutsche, die den afrikanischen Praktikant:innen freundschaftlich begegneten. Für die BRD sind für die 1960er Jahre immer wieder Fälle belegt, in

418 Vgl. Mac Con Uladh: Studium bei Freunden?, S. 209–213.

419 Vgl. Mazov: A Distant Front, S. 233–238.

420 Vgl. u. a. NLA-HStAH Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, o. A.: Afrikaner studieren in Suderburg, in: Allgemein Zeitung der Lüneburger Heide, 23. 3. 1964; NLA-HStAH, Nds. 500 Acc. 2/73 Nr. 165, Gerhard Wagenleiter: Soziale und unterrichtliche Probleme bei der Ausbildung und Betreuung ausländischer Praktikanten an der Gewerblichen Berufsschule der Stadt Braunschweig, 04/1964, S. 5–7; NLA-HStAH, Nds. 500 Acc. 2002/069 Nr. 56, Damrath (Staatliche Ingenieurschule Suderburg): Abschlussbericht über den Sonderlehrgang der Praktikanten aus Tansania an der Staatlichen Ingenieurschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Suderburg, undatiert.

421 Vgl. exemplarisch: HHStAW 502–10209, o. A.: Erfahrungen bei der Ausbildung von Praktikanten aus Entwicklungsländern, Ein Rundgespräch, in: Berichte und Dokumente der deutschen Auslandsarbeit, Beilage des Auslands-Kurier Heft 5/1965, S. II.

denen westdeutsche Bürger:innen aktiv versuchten, die afrikanischen Fachkräfte bei ihren Anliegen zu unterstützen.⁴²² Dass dies in der DDR ebenfalls der Fall war, zeigte sich beispielsweise auch an der Besorgnis der DDR-Institutionen über die unregulierten privaten Kontakte zwischen der lokalen Bevölkerung und den Praktikant:innen.⁴²³ Angesichts der Kontrollbestrebungen Ost-Berlins kann davon ausgegangen werden, dass sowohl einige Teilnehmer:innen als auch DDR-Bürger:innen darum bemüht waren, ihre privaten Beziehungen der Kenntnis staatlicher Behörden zu entziehen. Trotz der Konflikte zwischen Praktikant:innen und lokaler Bevölkerung in beiden deutschen Staaten kann also nicht davon ausgegangen werden, dass die Kontakte zwischen den Teilnehmer:innen und den Bürger:innen der Gaststaaten generell schwierig und konfrontativ waren. Eher ist davon auszugehen, dass die Beziehungen der Fachkräfte zu den Menschen in ihrem Gastland sich ausgesprochen unterschiedlich gestalteten. Sie reichten von Freundschaften und Liebesbeziehungen bis hin zu erklärter Feindschaft und Konkurrenz.⁴²⁴

Das Wohlfallen endet

Die Anliegen der Teilnehmer:innen veränderten sich im Vergleich zur ersten Phase nicht allzu sehr. Die afrikanischen Praktikant:innen in Ost und West bestanden darauf, ihre Reisefreiheit zu nutzen, waren an einem möglichst großen Fortbildungseffekt interessiert oder auch daran, ihre Schulung um ein Studium zu ergänzen, und wollten gerne von ihren Familienangehörigen begleitet werden. Sie forderten materielle Verbesserungen und beschwerten sich über rassistische Diskriminierungen. Zwei Aspekte verloren im Vergleich zu den ersten Jahren an Relevanz. Zum einen äußerten wesentlich weniger Fachkräfte den Wunsch, in einen anderen Betrieb verlegt zu werden. Möglicherweise hatten beide deutsche Staaten inzwischen bewährte Partner:innen gefunden und wussten, in welchen Firmen mit einem positiven Fortbildungsverlauf zu rechnen war. Zum anderen

422 Vgl. HHStAW 502–11647a, Leiter der Bauverwaltung im Stadtbauamt Gießen an Osswald, Betr.: Studium der ghanesischen Praktikanten Boukari und Tettey in Deutschland, 5.4.1962; BArch B 213/438, Thiele (Sozialamt BSR): Erfahrungsbericht über die Betreuung und Weiterleitung der aus dem Ostblock in Berlin eintreffenden Studienbewerber aus Entwicklungsländern, 23.9.1963, S. 3f.

423 Vgl. BArch SAPMO DY 30/IV 2/20/56, DAfriG: Bericht über eine gemeinsame Beratung des Exekutivkomitees der Union der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR und der DAfriG, 9.11.1962.

424 Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt auch Eric Burton. Vgl. Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus, S. 220.

spielte die Wohnraumfrage in der BRD eine wesentlich geringere Rolle als in den Jahren zuvor. Für die Zeit nach 1961 sind keine Fälle dokumentiert, in denen Praktikant:innen ihre Schulungen abbrachen, weil sie mit ihrer Wohnsituation unzufrieden waren. Verschiedene Schritte hatten zu dieser Entlastung geführt: Im Haushalt des BMZ standen 4 Millionen DM für Bauvorhaben zur Verfügung, die CDG hatte eine eigene Wohnheimbau GmbH gegründet, die Bundesländer finanzierten eigene Bauvorhaben und auch in diesem Bereich hatten die Betreuungsorganisationen Erfahrungen gesammelt und wussten inzwischen, welche Vermieter:innen Teilnehmer:innen zu fairen Bedingungen aufnahmen.⁴²⁵ Darüber hinaus hatte sich die Lage auf dem westdeutschen Wohnungsmarkt durch öffentliche Förderprogramme insgesamt entspannt. Während die Quote fehlender Wohnungen im Jahr 1950 noch 50 % betrug, lag sie Anfang der 1960er Jahre nur noch bei vier Prozent.⁴²⁶

Die Verhandlungs- oder Protestformen – die Art also, wie sich der Eigen-Sinn der Praktikant:innen äußerte – wandelten sich partiell. Nach wie vor wandten die Teilnehmer:innen sich mit schriftlichen oder mündlichen Beschwerden an die zuständigen deutschen Stellen, an die Regierungen ihrer Heimatländer, an ihre Arbeitgeber:innen und Ausbildungsleiter:innen. Dabei führten sie weiterhin häufig das Argument ins Feld, dass die Schulungsbedingungen im Osten respektive im Westen vorteilhafter seien. Auch zeigten die afrikanischen Fachkräfte unterschiedliche Formen von Eigeninitiative: Sie suchten sich private Unterstützer:innen für ihre Anliegen, forschten nach möglichen Darlehen, ignorierten bestehende Regeln (wie beispielsweise die Besuchsverbote in den Wohnheimen) oder verließen ihr Gastland auf eigene Faust.

Das Ausmaß, in dem es zu solchen eigenmächtigen Ausreisen kam, sowie Start und Endpunkt dieser Reisen stellen einen der größten Unterschiede zu den Anfangsjahren dar: Während zu Beginn der Schulungen relativ viele Fachkräfte aus der BRD in ihre Heimatländer zurückkehrten, vor allem, weil sie keine angemessene Wohnunterkunft fanden, reisten in den 1960er Jahren weit mehr Student:innen und Praktikant:innen der RGW-Staaten in die Bundesrepublik, wo sie auf eine neue Förderung hofften. Die Abwanderung nahm in der zweiten Phase also deutlich zu und verlief darüber hinaus in eine andere Richtung: Die Teilnehmer:innen wanderten nicht mehr aus dem Westen zurück in den globalen Süden, sondern nun verstärkt aus dem Osten in den Westen.

425 Vgl. BAarch B 213/6729, Kurzprotokoll über die 3. Sitzung des Länderausschusses am 6.12.1962, undatiert, S. 9; BAarch B 145/7406, BMZ: Bericht über die Lebensverhältnisse und über die Betreuung ausländischer Praktikanten in der Bundesrepublik, 20.6.1963, S. 3.

426 Vgl. Gabriele Metzler: Der deutsche Sozialstaat. Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall, Stuttgart/München 2003, S. 174 f.

Neu war auch, dass die Fachkräfte wesentlich seltener mit Streik oder Arbeitsverweigerung auf empfundene Missstände reagierten. Ebenso verließen weniger Praktikant:innen ihre Ausbildungsbetriebe. Insgesamt scheinen die Protestformen gemäßiger als noch in den Anfangsjahren und vor allem in der BRD weniger organisiert. Die Teilnehmer:innen handelten dort häufig für sich allein, statt sich entweder in ihrem Ausbildungsort oder auch über verschiedene Städte hinweg gemeinsam abzustimmen.

Die größte Veränderung im Vergleich zu den ersten Jahren lag aber in der Haltung, mit der die beiden deutschen Staaten auf den Eigen-Sinn der Praktikant:innen reagierten. Gerade die ostdeutschen Behörden zeigten wesentlich weniger Entgegenkommen als zu Beginn der Schulungen. Sie waren kaum noch zu Kompromissen oder Ausnahmeregelungen bereit. Eine ähnliche Tendenz zeigten auch die westdeutschen Stellen, wobei diese zumindest dann bereitwillig auf die Wünsche der Fachkräfte eingingen, wenn dies keine größeren Zugeständnisse oder finanziellen Ausgaben erforderte. Aber auch in der BRD nahmen die Bereiche zu, die nicht verhandelbar waren, wie beispielsweise die Hochschulstandards oder die Einreisepraxis. Die härtere Haltung der Verantwortlichen in Ost- und Westdeutschland scheint auf den ersten Blick paradox. Gerade in Zeiten, in denen Bonn und Ost-Berlin ihre Konkurrenz besonders intensiv ausfochten, ließen sie sich gleichzeitig nicht mehr so leicht von dem Argument überzeugen, dass im jeweils anderen deutschen Staat alles besser sei. Der Handlungsspielraum der Fachkräfte nahm trotz der verschärften Konkurrenz ab. Das „golden age“⁴²⁷ der Fortbildungsprogramme hatte in dieser Hinsicht ein vorschnelles Ende gefunden. Das Wohlwollen der Praktikant:innen war offensichtlich bereits in den frühen 1960er Jahren nicht mehr so wichtig wie noch zu Beginn der Programme. Woran lag das?

Zum einen hatten sich die Programme inzwischen ein Stück weit etabliert. Die Verantwortlichen in Ost und West sahen daher kaum noch die Notwendigkeit, das Funktionieren der Schulungen zu beweisen. Zum anderen hatten die beiden deutschen Regierungen anscheinend inzwischen erkannt, dass politische Entscheidungen im Ost-West-Konflikt nicht aufgrund der zuvorkommenden Behandlung von Praktikant:innen fielen. Politische Loyalitäten wurden mit anderen Maßnahmen geschaffen: mit bilateralen Verträgen und lebendigen Handelsbeziehungen sowie mit der Zahlung oder dem Vorenthalten von Entwicklungsgeldern. Dennoch – davon waren Bonn und Ost-Berlin überzeugt – waren die Fortbildungsprogramme wirksam. Sie banden die Partnerländer an die BRD oder die DDR, sie waren ein Zeichen des Wohlwollens gegenüber den kooperierenden

⁴²⁷ Tournès/Scott-Smith: Introduction, S. 15.

Regierungen und sie führten zu besseren Handelskontakten. Nur waren sie dafür nicht auf das Votum der einzelnen Teilnehmer:innen angewiesen. Um einen Effekt zu erzielen, mussten die Programme lediglich stattfinden, die Zufriedenheit der Praktikant:innen war nicht zwangsläufig erforderlich. So hatte selbst die Abwanderung der ostdeutschen Teilnehmer:innen nur wenig staatliche Reaktionen zur Folge. In den späten 1950er Jahren war das internationale Kräfteverhältnis noch so in Bewegung, waren die Beziehungen zum globalen Süden noch so uneingeübt, dass auch einzelnen Individuen, als Vertreter:innen ihrer Staaten, mehr Einfluss zugesprochen wurde. Anfang der 1960er Jahre verfestigten sich die globalen Beziehungen. Gerade in Zeiten der vehementen systempolitischen Auseinandersetzung zeigten beide deutschen Staaten nur eine geringe Offenheit für die Interessen der Fachkräfte. Statt deren Position zu stärken, führte die verschärfte Ost-West-Konkurrenz anscheinend dazu, dass die „kleinen“ Akteur:innen an Wirkmacht verloren, während die staatliche Ebene an Bedeutung gewann.

2.4 Zwischenfazit: Die beiden deutschen Staaten übernehmen die Kontrolle

Anfang der 1960er Jahre hatten sich die Programme sowohl in der BRD als auch in der DDR weitestgehend etabliert, was auch dazu führte, dass sie zunehmend ein je eigenes Profil entwickelten. Stärker als in den Anfangsjahren setzten die beiden deutschen Regierungen eigene konzeptionelle Schwerpunkte. In Ghana führte Nkrumahs politische Hinwendung zu den sozialistischen Staaten ebenfalls zu einer Neuausrichtung der Programme.

Die Tatsache, dass sich die Systemkonfrontation ab 1961 deutlich verschärfte, wirkte sich in allen drei Staaten auf die Praktikumsprogramme aus, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß und mit verschiedenen Effekten. In Ghana gewannen politische Kriterien immens an Bedeutung. Das galt für die Wahl der Partnerländer ebenso wie für das Ziel, mithilfe der Fortbildungen nicht nur technisches Wissen, sondern auch politische Sichtweisen zu vermitteln. Partiiell war auch die Auswahl der Teilnehmer:innen davon betroffen, bei der die politische Einstellung stärker berücksichtigt wurde als noch in den Anfangsjahren. Die politischen Zielsetzungen waren dabei allerdings kein Selbstzweck, stattdessen waren sie aus Nkrumahs Sicht untrennbar mit den gesellschaftlichen, ökonomischen und technischen Modernisierungsbestrebungen Ghanas verbunden. Die Förderung einer neuen politischen Geisteshaltung schien eine zentrale Voraussetzung für die Erneuerung der ghanaischen Wirtschaftsstruktur zu sein. Die intensivere Fortbildungskooperation mit den sozialistischen Staaten ab 1961 ging auf eben diese Verknüpfung zurück: Die Sowjetunion und ihre Verbündeten boten aus ghana-

ischer Perspektive zumindest potenziell die gewünschte Mischung aus praktischen fachlichen Schulungen, welche sich an einem im weiten Sinne sozialistischen Modernisierungskonzept orientierten und den gewünschten politisch-ideologischen Unterricht zur theoretischen Unterfütterung dessen anboten. Aufgrund der ähnlichen Entwicklungsstrategien und politischen Perspektiven waren die Praktikumsprogramme in Osteuropa für Nkrumahs Regierung ein wichtiges Mittel, um die politische und ökonomische Neuausrichtung des Landes umzusetzen. Dadurch wurde auch die DDR zu einem der bevorzugten Kooperationsländer Accras. Als immer mehr Teilnehmer:innen ihre sozialistischen Gastländer Richtung Westen verließen, bekräftigte die CPP-Regierung ihr Interesse an einer Kooperation mit den osteuropäischen Staaten, indem sie die dortigen Fortbildungen trotz eigener finanzieller Schwierigkeiten aus dem ghanaischen Haushalt bezuschusste. Diese Subventionsentscheidung bezeugt den Willen der Regierung, weiterhin die Fortbildungen in den sozialistischen Staaten wahrzunehmen.

Die Zusammenarbeit mit der BRD intensivierte sich hingegen erst dann, als Ghanas finanzielle Lage so prekär wurde, dass die CPP-Regierung auch im Westen nach Unterstützung suchte. Accra nutzte die Fortbildungszusagen in diesem Fall anscheinend als Zeichen des Wohlwollens gegenüber Bonn. Mit der Annahme von Praktikumsstellen signalisierte die CPP-Regierung die Bereitschaft, insgesamt auf die BRD zuzugehen. Die parallele Kooperation mit dem Westen und dem Osten stellte dabei aus Sicht der ghanaischen Regierung keinen Widerspruch dar, denn auch der rein fachliche Wissenstransfer aus den kapitalistischen Staaten konnte zur gewünschten Modernisierung Ghanas beitragen.

Charakteristisch für die ghanaische Stipendienpolitik war darüber hinaus der frappierende Widerspruch zwischen konzeptionellen Vorgaben und ihrer praktischen Realisierung. Politiker und Beamte:innen vermittelten Verwandte und politische Anhänger:innen häufig außer der Reihe in eine Auslandsförderung. Die Auslandsschulungen waren, aufgrund der begrenzten Bildungsmöglichkeiten vor Ort, zu einer Art Ware geworden, mit deren Verteilung sich Loyalitäten sichern ließen. In der Hoffnung auf eigene Vorteile unterstützten beide deutschen Regierungen dieses Vorgehen und trugen so dazu bei, dass die ghanaische Regierung, trotz aller Steuerungsversuche, die Kontrolle über die Stipendienvergabe verlor.

Auch die ostdeutsche Programmkonzeption erfuhr in der zweiten Phase eine deutliche Politisierung. Deutschlandpolitische Interessen gewannen überragende Bedeutung für die Praktikumsprogramme. Angesichts der Blockade durch die Hallstein-Doktrin und der schwierigen Finanzlage zählten die Fortbildungsprogramme zu den wenigen Mitteln, die Ost-Berlin noch blieben, um die Beziehungen zum globalen Süden auszubauen. Die DDR stellte die Schulungen daher gezielt in den Dienst ihrer Anerkennungspolitik. Auf die praktische Realisierung der Wei-

terbildungen wirkten sich vor allem Strategien des innenpolitischen Machterhalts aus. Wie der Historiker Thomas Lindenberger ausführt, stabilisierte die SED-Führung durch die aktive Einbindung der Bevölkerung in die Diktatur ihre Herrschaft.⁴²⁸ Dieses Vorgehen fand auch auf den Bereich der „Internationalen Solidarität“ im Allgemeinen und der Fortbildungsprogramme im Besonderen Anwendung. Beide politischen Ziele, *Bindung* und *Beeinflussung*, gewannen in den frühen 1960er Jahren an Bedeutung, das erstere stand aber weiterhin im Vordergrund. Zunehmend strebte die ostdeutsche Regierung danach, beide politischen Absichten durch die Kontrolle und Lenkung politischer Aktivitäten zu erreichen. Ganz gezielt verstärkte sie die Kontrollmaßnahmen gegenüber den ausländischen Fachkräften und Student:innen. Dabei war die politische Überwachung der Teilnehmer:innen keineswegs ein Spezifikum der sozialistischen Staaten. Wie Hilary Perraton ausführt, ließ beispielsweise das britische *Foreign Office* Student:innen aus dem globalen Süden beobachten, welche in den sozialistischen Staaten studierten, und berichtete dem MI5 über seine Ergebnisse. Die CIA spionierte in den 1960er Jahren algerische Student:innen aus und auch das *Colonial Office* hatte kommunistische Student:innen aus Afrika überwachen lassen, darunter unter anderem Kwame Nkrumah.⁴²⁹ Die ostdeutsche Besonderheit lag also weniger in der Kontrolle und Überwachung an sich, als in der Form der Umsetzung: Über die neu geschaffenen Organisationen, wie die DAfriG oder die „Union afrikanischer Studenten und Arbeiter“, band die ostdeutsche Regierung sowohl aktive DDR-Bürger:innen als auch ausländische Teilnehmer:innen aktiv ein, um das Verhalten der Afrikaner:innen zu überwachen und deren politisches Engagement zu lenken.⁴³⁰ Obwohl Ost-Berlin ganz explizit auch an einer stärkeren politischen Beeinflussung der Teilnehmer:innen gelegen war, haperte es in diesem Bereich an einer systematischen praktischen Umsetzung. Diverse denkbare Mittel, wie beispielsweise die Einführung verpflichtender politischer Kurse, schöpfte die DDR in der zweiten Phase nicht aus.⁴³¹ Die „politische Arbeit“ blieb im Einzelfall den jeweiligen Betreuer:innen überlassen. Dennoch kann festgehalten werden, dass (deutschland-)politische Zielsetzungen zu dem zentralen Motiv der Praktikumsprogramme wurden. Die Absicht, zu einer technischen Modernisierung beizutragen oder den ostdeutschen Export zu fördern, trat demgegenüber in den Hintergrund.

⁴²⁸ Vgl. Lindenberger: Diktatur der Grenze(n), S. 203f.

⁴²⁹ Vgl. Perraton: International Students, S. 214f & 217.

⁴³⁰ Vgl. Slobodian: Bandung in Divided Germany, S. 653.

⁴³¹ Auch die Sowjetunion führt obligatorische Marxismus-Leninismus-Kurse erst 1968 ein. Vgl. u. a. Katsakioris: Nkrumahs Elite, S. 7.

Trotz der eigenen deutschlandpolitischen Motive sowie der Ostannäherung und des offenkundigen Interesses Accras lehnte Ost-Berlin es 1961 erst einmal ab, die Fortbildungskooperation mit Ghana auszubauen. Wegen des Mauerbaus und der Versuche, sich von westlichen Importen unabhängig zu machen, fehlten der DDR die finanziellen Mittel dafür. Erst nachdem die ostdeutsche Regierung 1963 die neue afrikapolitische Konzeption beschlossen und Ghana etwa gleichzeitig eine eigene Wirtschafts- und Handelsmission in der DDR errichtete hatte, kam die Fortbildungskooperation endlich in Schwung. Bis zum Sturz Nkrumahs 1966 arbeiteten beide Staaten auf dem Gebiet der Schulungen eng zusammen.

Auch in der Bundesrepublik gewann das Ziel der politischen Bindung an Bedeutung. Dies zeigte sich allerdings kaum an den konzeptionellen Entwürfen der Bundesregierung, denn Walter Scheel, der als Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit die Verantwortung für die Programme übernommen hatte, übte in dieser Hinsicht einen mäßigenden Einfluss aus. Scheel stand der deutschlandpolitischen Instrumentalisierung von Entwicklungspolitik zwar nicht prinzipiell skeptisch gegenüber, versuchte aber, diese gering zu halten. Die einzigen programmatischen Ansätze zur Politisierung entstanden dementsprechend auf Anregung der Bundesländer im Bereich der Betreuung, die fortan auch Veranstaltungen zum Ost-West-Konflikt und zu den Vorzügen des politischen Systems der Bundesrepublik umfassen sollte. Da deren Besuch aber gänzlich freiwillig blieb, kann nur von einem unsystematischen Versuch die Rede sein. Deutschlandpolitische Erwägungen gewannen in der BRD allerdings immer dann an Bedeutung, wenn der Wettstreit zur DDR ganz unmittelbar erschien, zum Beispiel im Umgang mit den „Ostblockstipendiaten“ oder auch in der bilateralen Fortbildungskooperation mit Ghana. Das lag zum einen daran, dass in solchen konkreten Bedrängungssituationen der Rivalitätsreflex die vorherigen konzeptionellen Überlegungen überwog. Zum anderen zeigte sich hier der Einfluss des Auswärtigen Amtes, das sowohl die bilaterale Zusammenarbeit als auch die Abwanderungsdebatten maßgeblich prägte und dessen systempolitisches Kalkül andere Betrachtungsweisen überwog.

Im Vergleich zu politischen Interessen besaßen allerdings Modernisierungsideologien einen wesentlich größeren Einfluss auf die Konzeption der westdeutschen Praktikumsprogramme. Kapitalistische Modernisierungsvorstellungen waren zentral für die Neuausrichtung der Fortbildungen unter dem BMZ. Denn dieses teilte keineswegs die vorherige *Laissez-faire*-Haltung der Bundesregierung, sondern gestaltete die Schulungen ganz aktiv. Die Praktikumsprogramme galten dem BMZ als ein ergänzendes Instrument in der stark wirtschaftspolitisch ausgerichteten Entwicklungspolitik. Daher bemühte es sich darum, diese möglichst zielführend in eine konsistente Entwicklungspolitik einzubetten. Die Wirtschaftsverbände und die CDG blieben dabei wichtige Impulsgeberinnen. Sie

waren beispielsweise die treibenden Kräfte hinter dem Beschluss, die Praktikumsprogramme hauptsächlich auf Führungskräfte auszurichten, wobei auch diese Entscheidung maßgeblich von den Annahmen westlicher Modernisierungstheorien geprägt war, die in dieser Bevölkerungsgruppe zum einen geeignete Wirtschaftspartner, zum anderen die „Change Agent[s]“⁴³² der gesellschaftlichen Modernisierung sahen.

Eine weitere Entwicklung war charakteristisch für die Programme in beiden deutschen Staaten während der Systemkonfrontation: Die afrikanischen Praktikant:innen in der BRD und der DDR verloren deutlich an Einfluss. Während sich die ideologische Konfrontation zwischen beiden deutschen Staaten verschärfte, nahm das Entgegenkommen gegenüber den Fachkräften ab, selbst wenn diese einen Ost-West-Vergleich bemühten. In der BRD und der DDR gewannen eigene Aspekte an Bedeutung: Bonn ging es zunehmend darum, Standards der Praktikumsprogramme oder der Hochschulen zu wahren – wohl auch, um gegenüber der internationalen Konkurrenz zu bestehen – sowie darum, eine rigidere Einreisepolitik durchzusetzen. Ost-Berlin war hingegen vor allem daran interessiert, die innenpolitische Macht zu erhalten und die Beziehungen nach außen auszuweiten.

Anders als in den Anfangsjahren verweigerten die beiden deutschen Regierungen den Praktikant:innen zunehmend die Mitbestimmung. Die deutsch-deutsche Konkurrenz wurde nun vor allem auf staatlicher Ebene ausgetragen, die Zufriedenheit der einzelnen Teilnehmer:innen schien für diesen Wettkampf nicht mehr so relevant. Ihr Einfluss auf die Gestaltung der Schulungen wie auch auf ihre Lebensbedingungen nahm daher deutlich ab. Stattdessen nahmen die Staaten die Zügel mehr in die eigene Hand. Inwiefern diese zunehmend aktive staatliche Lenkung insgesamt als ein strukturierender Effekt der Systemkonkurrenz angesehen werden kann, müssen weiterführende Studien klären.⁴³³

Dennoch fanden die Teilnehmer:innen Mittel und Wege, sich zumindest partiell den staatlichen Vorgaben zu entziehen. Durch die Abwanderung aus dem Osten gelang es den Praktikant:innen, die Machtverhältnisse teilweise auszuhebeln. Hier entfaltete sich eine Eigendynamik, welche die beteiligten Staaten kaum kontrollieren konnten. Das wirkte sich gleich in mehreren Ländern auf die Gestaltung der Fortbildungsprogramme aus. In Anbetracht der kollektiven Eigeninitiative ging die Bundesregierung von den ansonsten vehement verteidigten Einreiseregulungen wie auch teilweise von den Programmkriterien ab, indem sie ehemalige Praktikant:innen aus der DDR in die Förderung übernahm, obwohl

432 Vente: Möglichkeiten und Grenzen, S. 11.

433 Siehe hierzu aber auch zur Kritik dieser Perspektive: Iriye: *Global Communities*, S. 60 – 63.

diese nicht die notwendigen Qualifikationen mitbrachten. Die ghanaische Regierung sah sich durch die Ausreisen dazu genötigt, die sozialistischen Weiterbildungen zu subventionieren, um die Teilnehmer:innen zum Bleiben zu animieren und so weiterhin mit den RGW-Staaten kooperieren zu können.

Obwohl die meisten Praktikant:innen aus dem Osten in den Westen reisten, gab es durchaus auch eine Gegenbewegung. Einige Fachkräfte kehrten, nachdem sie in der BRD keine Förderung erhalten oder mit ihrem dortigen Aufenthalt unzufrieden waren, wieder in die sozialistischen Länder zurück. Das spricht dafür, dass zumindest für einen Teil der Abgewanderten weniger ideologische Gründe ausschlaggebend waren als rein pragmatische Kriterien. Sie loteten die vorhandenen Möglichkeiten auf beiden Seiten der Mauer aus und entschieden sich dann für die praktikabelste oder vielversprechendste Option.